



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Umwelt
Bundesamt



Umweltbewusstsein in Deutschland 2022

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)
Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, Online-Kommunikation, Trends & Analysen · 11055 Berlin
E-Mail: buergerinfo@bmuv.bund.de · Internet: www.bmuv.de

Umweltbundesamt (UBA)
Wörlitzer Platz 1 · 06844 Dessau-Roßlau
E-Mail: buergerservice@uba.de · Internet: www.umweltbundesamt.de

Redaktion

BMUV, Referat G I 1: Heike Williams
UBA, Fachgebiet I 1.4: Dr. Angelika Gellrich

Gestaltung

Volker Haese, Bremen

Druck

Lokay, Reinheim

Stand

September 2023

1. Auflage

2.000 Exemplare (gedruckt auf Recyclingpapier)

Bestellung dieser Publikation

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09 · 18132 Rostock
Telefon: 030 / 18 272 272 1 · Fax: 030 / 18 10 272 272 1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmuv.de/publikationen

Hinweis

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden. Mehr Informationen unter: www.bmuv.de/publikationen

Umweltbewusstsein in Deutschland 2022

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

„Umweltbewusstsein in Deutschland“ ist eine Studie, die das Bundesumweltministerium alle zwei Jahre gemeinsam mit dem Umweltbundesamt herausgibt.

Verfasst wurde die vorliegende Broschüre von Dr. Torsten Grothmann, Dr. Vivian Frick und Richard Harnisch (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung) sowie Marlene Münsch, Dr. Sara Elisa Kettner und Prof. Dr. Christian Thorun (ConPolicy – Institut für Verbraucherpolitik, Projektleitung).



Inhaltsverzeichnis

Begleitworte des wissenschaftlichen Beirats	6
1. Die Ergebnisse im Überblick	8
1.1 Zusammenfassung	9
1.2 Results at a glance – Summary	14
2. Erwartungen an die Umweltpolitik	19
2.1 Wichtige politische Themen und Aufgaben in Deutschland	20
2.2 Wichtigkeit von Umwelt und Klima in verschiedenen Politikbereichen	22
2.3 Wer tut genug für den Umwelt- und Klimaschutz?	24
3. Wie Umweltprobleme wahrgenommen werden	27
3.1 Planetare Grenzen	28
3.2 Informiertheit über Umweltthemen	29
3.3 Wahrgenommene Bedrohlichkeit der Umweltprobleme	31
3.4 Politische Aufgabenbereiche im Umweltschutz	34
4. Klimafolgen und Anpassung an den Klimawandel	37
4.1 Wahrnehmung von Folgen des Klimawandels	38
4.2 Politische Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel	39
5. Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität	41
5.1 Veränderungsbedarfe für eine bessere Lebensqualität	42
5.2 Wahrnehmung von Gesundheitsbelastungen durch die Umwelt	44

6. Kenngrößen des Umweltbewusstseins in Deutschland	48
6.1 Umweltaffekt	49
6.2 Umweltkognition	51
6.3 Umweltverhalten	52
6.4 Das Umweltbewusstsein im Überblick	53
7. Konsumverhalten und Engagement für Umwelt und Klima	56
7.1 CO ₂ -Fußabdruck	57
7.2 Kauf nachhaltiger Produkte	59
7.3 Der ökologische Handabdruck	60
7.4 Bereitschaft für Engagement und Wandel	62
7.5 Wahrnehmung der Umwelt- und Klimabewegungen	64
8. Umwelt- und klimafreundlicher Umbau der deutschen Wirtschaft	66
8.1 Wie der ökologische Wirtschaftsumbau bewertet wird	68
8.2 Welche Folgen des ökologischen Wirtschaftsumbaus die Menschen erwarten und befürchten	72
8.3 Soziale Gerechtigkeit als Kernherausforderung des Umbaus	77
8.4 Wie handlungsbereit sind die Menschen und was erwarten sie von Staat und Wirtschaft?	80
Literaturverzeichnis	85
Abkürzungsverzeichnis	86
Abbildungsverzeichnis	87

Begleitworte des wissenschaftlichen Beirats

Liebe Leserinnen und Leser,

die Umweltbewusstseinsstudie 2022 wurde von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Umweltbundesamt und das Projektteam der Umweltbewusstseinsstudie bestehend aus ConPolicy – Institut für Verbraucherpolitik und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) danken allen Mitgliedern des Beirats herzlich für ihre wertvollen fachlichen Beiträge im Laufe des Forschungsprozesses.

Anlässlich der Veröffentlichung der Studienergebnisse haben wir die wissenschaftlichen Beirätinnen und Beiräte gefragt: Welcher Aspekt hat Sie am meisten überrascht oder betroffen gemacht? Welches besondere „Highlight“ lässt sich in der Studie entdecken? Worin besteht ihr Mehrwert? Welche spannenden Fragen wirft die Studie auf, die künftig noch stärker betrachtet werden sollten?

Mit diesen Begleitworten eröffnen wir diese Broschüre und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

„Die Umweltbewusstseinsstudie nimmt einen Akteur der ökologischen Transformation in den Blick, der in der öffentlichen Debatte, aber auch in der wissenschaftlichen Forschung, bisher vernachlässigt wurde: die deutsche Wirtschaft. Die Ergebnisse geben zu denken: Obwohl die Zustimmung zum ökologischen Wirtschaftsumbau sehr hoch ist, verbinden die Menschen damit kaum Vorteile für ihre eigene Lebensqualität, sondern vor allem große Unsicherheit und Sorgen. Umso wichtiger wäre es, dass diese Befunde möglichst konkrete Diskussionen zu der Frage anstoßen, wie die ökologische Transformation der deutschen Wirtschaft sowie einzelner Unternehmen sozialverträglich ausgestaltet werden kann.“

*Prof. Dr. Katharina Kleinen-von KönigsLöw,
Kommunikationswissenschaft, Digitale Kommunikation
und Nachhaltigkeit, Universität Hamburg*

„Deutschland hat sich mit einer drastischen Reduktion der Treibhausgase bis 2030 und der Klimaneutralität bis 2045 ehrgeizige Ziele gesetzt. Wie aber werden die dafür erforderlichen Maßnahmen in der Bevölkerung gesehen? Wie entwickeln sich Umweltbewusstsein, Umweltverhalten, die Ökobilanz von Haushalten sowie die Akzeptanz von Maßnahmen – vom Ausbau der E-Mobilität bis hin zur CO₂-Steuer? Womit sind die Menschen zufrieden, wo mangelt es an Akzeptanz? Antworten liefert die Umweltbewusstseinsstudie und sie zeigt auch Veränderungen und Entwicklungspfade auf. Damit liefert sie unerlässliche Informationen für Politik und Öffentlichkeit.“

*Prof. Dr. Andreas Diekmann, Universität Leipzig
und Prof. em. Eidgenössische Technische Hochschule
(ETH) Zürich*



„Die Studie zeigt, dass das Vertrauen in politische Akteure bei den Befragten vergleichsweise gering ist. Dabei hängt eine nachhaltige sozial-ökologische Transformation maßgeblich von politischen Entscheidungen ab. Die Politik sollte deshalb das hohe Bewusstsein der Bevölkerung dafür, dass Veränderungen erforderlich sind, für mutige und innovative umweltpolitische Maßnahmen und Weichenstellungen nutzen.“

Univ.-Doz. Dr. Beate Littig, Institut für Höhere Studien, Wien/Österreich

„Im Jahr 2021 wurde das Klimaschutzgesetz verschärft und das Ziel der Klimaneutralität um fünf Jahre auf 2045 vorgezogen. Ob dies erreicht wird, hängt nicht nur von Politik und Wirtschaft ab, sondern auch vom Konsum- und Mobilitätsverhalten der privaten Haushalte. Die Surveys „Umweltbewusstsein in Deutschland“ dienen als ein wichtiger Gradmesser für Verhaltens- wie auch Mentalitätsveränderungen. Sie zeigen das Tempo dieses Wandels und quantifizieren den Anteil anhalten der Beharrungskräfte in einzelnen Bevölkerungsgruppen. So tragen sie zur Versachlichung der Debatte zum gesellschaftlichen Wandel im Themenfeld Umwelt und Klimaschutz bei.“

Prof. Dr. Jürgen Schupp, Senior Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

„Eine wichtige Einsicht der Umweltbewusstseinsstudie besteht darin, dass die Bevölkerung ein unbedingtes Festhalten am Kernkraftausstieg oder Maßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen vergleichsweise wenig unterstützt. Vielmehr sehen die Menschen zentrale Aufgabenbereiche der sozial-ökologischen Transformation in der ökologischen Landwirtschaft, im Schutz von Frischwasserressourcen oder im Ausbau der Kreislaufwirtschaft, um Plastikeinträge in die Umwelt zu verringern. Mehr noch: Für diese Aufgaben sind die Menschen bereit, sich persönlich zu engagieren. Das sind in Zeiten wie diesen durchaus ermutigende Nachrichten.“

Prof. Dr. Matthias Groß, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig sowie Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

„Die Studie ermöglicht wieder fundierte Einblicke in die Umwelteinstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Sie unterstreicht nachdrücklich die hohe Bedeutung sozialer Gerechtigkeit für den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Die Ergebnisse werfen die sehr relevante Forschungsfrage auf, welche Anforderungen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen an eine sozial gerechte Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen stellen und wie dabei gewährleistet werden kann, dass ihre Be- und Entlastungen auch zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt werden.“

Prof. Dr. Ines Weller, artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen

„Wer wissen will, ob und was die Politik den Menschen in Deutschland zumuten kann, vielleicht sogar sollte, muss sich in der Umweltbewusstseinsstudie informieren. Ich begleite den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz wissenschaftlich. Deshalb ist für mich besonders aufschlussreich, welche Befunde die Studie bei ihrer erstmaligen Befragung zum Strukturwandel ergeben haben. Trotz großer Zustimmung zum ökologischen Wirtschaftsumbau bekunden Mehrheiten der Befragten negative Erwartungen bezüglich der Effekte dieses Strukturwandels auf den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit. Das muss uns zu denken geben.“

Prof. Dr. Stefan Zundel, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

„Die Umweltbewusstseinsstudie zeigt sehr deutlich, dass Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zurzeit bei den Menschen in Deutschland an Priorität verlieren. In Anbetracht des Zusammentreffens multipler Krisen, zuletzt Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, sowie der damit verbundenen steigenden alltagspraktischen Herausforderungen ist dies wenig überraschend, dafür jedoch hoch besorgniserregend. Insbesondere in Kombination mit sich verfestigenden strukturellen Blockaden erfordert dies aus meiner Sicht ein zunehmend radikales Umdenken bezüglich zukünftiger Rollen (nicht-)staatlicher Akteure.“

Dr. Sarah Kessler, Department für Geographie, Lehr- und Forschungseinheit Mensch-Umwelt-Beziehungen, Ludwig-Maximilians-Universität München

1 Die Ergebnisse im Überblick

Eine große Mehrheit der Menschen befürwortet, die Wirtschaft in Deutschland umwelt- und klimafreundlich umzubauen.

91%
befürworten einen
klimafreundlichen Umbau

8%
sind gegen einen
klimafreundlichen
Umbau



1.1 Zusammenfassung

Seit 1996 wird rund alle zwei Jahre untersucht, wie umweltbewusst die Menschen in Deutschland sind. Die Umweltbewusstseinsstudie ist eine repräsentative Befragung zu umweltbezogenen Einstellungen, Handlungen und Politikerwartungen. Für die vorliegende Studie wurden im Sommer 2022 mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren online befragt.

Wie steht es um das Umweltbewusstsein der Menschen in Deutschland im Jahr 2022?

Die Ergebnisse zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz weiterhin ein wichtiges Thema für die Bevölkerung ist. Es steht auf Platz fünf der wichtigsten Herausforderungen. Doch noch mehr beschäftigen die Menschen andere gesellschaftliche Herausforderungen: Das Jahr 2022 war geprägt vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der damit verbundenen Energiekrise und einer hohen Inflation. Nach über zwei Jahren, die stark von der Corona-Pandemie bestimmt waren, nimmt deren Bedeutung im Alltag und in der Öffentlichkeit langsam ab. Vor diesem Hintergrund bewerten die Menschen in Deutschland zum Zeitpunkt der Befragung als die vier wichtigsten Themen: Gesundheit, Bildung, Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheitspolitik.

Beim Schwerpunktthema dieser Studie, dem umwelt- und klimafreundlichen Umbau der deutschen Wirtschaft, macht die Studie deutlich, dass eine breite Mehrheit hinter einem ambitionierten ökologischen Politikpfad steht. Die Ergebnisse zeigen aber auch: Damit der ökologische Wirtschaftsumbau gelingt und von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird, müssen soziale Belange ausreichend berücksichtigt werden. Den Staat sieht die Bevölkerung hier besonders in der Pflicht.

Was die Befragung auch zeigt: Für die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels, etwa durch Hitzeperioden oder Überschwemmungen, scheint das Gefahrenbewusstsein gestiegen zu sein. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass die Folgen des Klimawandels in den letzten Jahren auch in Deutschland zunehmend spürbar geworden sind, etwa durch die Zunahme extremer Wetterereignisse und Dürre im Sommer. Zudem gab es während des Befragungszeitraums Hitzeextreme und Waldbrände in Deutschland.

Umweltthemen sind insbesondere für die jüngeren Menschen in der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen sowie die Befragten im Alter ab 65 Jahren von großer Bedeutung. Das medial oft vermittelte Bild, dass die Sichtweisen der älteren Generation von denen der jungen stark abweichen, bestätigt die Studie also nicht.

Kurz und einfach: die wichtigsten Ergebnisse der Studie

- Wir haben gefragt, was Menschen in Deutschland über das Thema Umwelt denken.
- Vielen Menschen sind die Umwelt und das Klima sehr wichtig. Sie wollen, dass die Umwelt gesund bleibt – auch wenn es gerade viele andere Probleme gibt.
- Viele Menschen wollen, dass sich Dinge in Deutschland verändern. Sie wollen, dass die Umwelt mehr geschützt wird. Sie wollen, dass man auch beim Geld verdienen mehr an die Umwelt denkt. Und sie sagen, dass man Menschen mit wenig Geld mehr helfen soll. Damit alle Menschen in diesem Land ein gutes Leben haben.
- Viele Menschen machen sich Sorgen, weil sich das Klima verändert. Es gibt im Sommer mehr heiße Tage und weniger Regen. Es gibt auch öfter schlimmes Wetter. Viele Menschen fühlen sich dann nicht gut.
- Für junge Menschen und ältere Menschen ist die Umwelt besonders wichtig.



Umwelt- und Klimaschutz ist weiterhin wichtig, aber konkurriert mit anderen gesellschaftlichen Herausforderungen

Als wichtigste politische Themen in Deutschland sehen 67 Prozent der Befragten den Zustand des Gesundheitssystems, knapp gefolgt von dem Zustand des Bildungswesens mit 66 Prozent. Jeweils 59 Prozent nennen soziale Gerechtigkeit sowie Kriege und Terrorismus. Umwelt- und Klimaschutz ist für 57 Prozent der Menschen sehr wichtig und steht damit auf Platz fünf der wichtigsten Herausforderungen. Die Wichtigkeit des Themas Kriege und Terrorismus hat im Vergleich zur letzten Befragung in 2020 um 11 Prozentpunkte zugenommen, alle anderen gesellschaftlichen Themen haben leicht an Wichtigkeit verloren – ein Umstand, der vermutlich dem Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine zugeordnet werden kann.

Die meisten gesellschaftlichen Akteure tun nach Einschätzung der Befragten nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz. Während für die Mehrheit der Befragten Umweltverbände und die Wissenschaft (eher) genug tun, sind bei der Bundesregierung nur 30 Prozent und bei Industrie und Wirtschaft gar nur 15 Prozent dieser Meinung.

Die Energiewende erhält auch – oder gerade – in Zeiten der Energiekrise weiterhin großen Zuspruch: Bei der Energiepolitik sollte Umwelt- und Klimaschutz eine übergeordnete Rolle in politischen Entscheidungen spielen, findet die Mehrheit der Befragten. Auch bei der Landwirtschaftspolitik sehen das die Menschen so.

Die Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass Umwelt- und Klimaschutz auch in vielen weiteren Politikbereichen wie Wirtschafts- oder Sozialpolitik angemessen berücksichtigt werden sollte. Allerdings hat die wahrgenommene Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen gegenüber den Jahren 2018 und 2020 leicht abgenommen.

→ Kapitel 2

Vor allem Plastikmüll, Frischwasserknappheit und der Klimawandel bereiten Sorgen

Die Befragten schätzen mehrere politische Aufgabengebiete des Umwelt- und Klimaschutzes als relevant ein. Das Thema Plastik steht ganz oben auf der Liste: 61 Prozent der Bevölkerung empfinden Plastikeinträge in die Natur als sehr bedrohlich. Und eine noch größere Mehrheit von 75 Prozent erachtet es als sehr wichtig, dass weniger Plastik in die Natur gelangt. 72 Prozent finden es zudem sehr wichtig, Plastik und weitere Materialien durch das Konzept einer Kreislaufwirtschaft vermehrt wiederzuverwerten, eine lange Produktnutzung zu fördern und die Wegwerfmentalität zu reduzieren.

Den Klimawandel empfinden 58 Prozent der Menschen als sehr bedrohlich. Um den Klimawandel einzugrenzen, hat die internationale Klimapolitik das Ziel formuliert, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius bis zum Jahr 2100 gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Dass dieses Ziel erreicht wird, erachten 62 Prozent der Befragten als sehr wichtig. Weiterhin sehen 60 Prozent der Befragten es als sehr wichtige politische Aufgabe an, Wälder, Moore und andere Ökosysteme unter Schutz zu stellen und Schutzgebiete zu erweitern.

Während 70 Prozent es als sehr wichtig beurteilen, Atommüll sicher zu entsorgen, sind die Menschen bei der Frage, ob am Ausstieg aus der Atomkraft festgehalten werden sollte, zwiespaltig: 29 Prozent der Befragten finden dies sehr wichtig, 18 Prozent hingegen ist es gar nicht wichtig. Auch beim Tempolimit gehen die Meinungen auseinander: 31 Prozent, denen ein Tempolimit sehr wichtig ist, stehen 20 Prozent gegenüber, die dies gar nicht wichtig finden.

→ Kapitel 3

Weit überwiegende Mehrheit spürt Folgen des Klimawandels und hält Maßnahmen zur Anpassung für erforderlich

Dass die Menschen den Klimawandel als sehr bedrohlich empfinden, geht auch damit einher, dass sie verschiedene Folgen des Klimawandels bereits deutlich wahrnehmen: 85 Prozent der Befragten spüren im Bereich Trockenheit, Niedrigwasser und Dürren sehr starke oder starke Auswirkungen des Klimawandels, 83 Prozent sehen diese bei Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser und 80 Prozent bei Hitze.

Aus Sicht der Bevölkerung besteht nicht nur beim Klimaschutz Handlungsbedarf, sondern auch bei der Anpassung an den Klimawandel. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema Wasser – und zwar geht es entweder um Maßnahmen zur Anpassung an zu viel Wasser oder zum Umgang mit zu wenig Wasser: Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen es als sehr wichtig an, den Wasserrückhalt zum Schutz vor Überschwemmungen zu verbessern (unter anderem durch die Renaturierung von Flüssen) und Wälder zu trockenheitsrobusten Mischwäldern umzubauen. Rund die Hälfte der Befragten bewertet außerdem folgende Maßnahmen als sehr wichtig: Bevölkerungsschutz vor Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser, Schutz vor extremer Hitze durch kühlende Stadtnatur und Gebäudedämmung sowie bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen.

Dass den Folgen des Klimawandels auch aus gesundheitlichen Gründen mehr Bedeutung beigemessen wird als früher, zeigen die folgenden Ergebnisse.

→ Kapitel 4

Immer mehr Menschen befürchten, dass der Klimawandel ihrer Gesundheit schaden kann

Das Bewusstsein dafür, dass Umweltverschmutzung und der Klimawandel der Gesundheit schaden können, ist stark ausgeprägt. Allen voran sehen die Befragten solche Einflüsse als gesundheitsschädlich an, die mit der Ernährung zu tun haben: Schadstoffe, Plastikpartikel oder Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln oder im Trinkwasser. Vergleicht man die Ergebnisse mit der Umweltbewusstseinsstudie aus dem Jahr 2016, als die Frage zur Gesundheitsschädlichkeit von Umweltfaktoren schon einmal gestellt wurde, zeigt sich eine deutliche Zunahme insbesondere bei der Einschätzung der Klimafolgen. Sagten 2016 noch 59 Prozent der Befragten, dass die Folgen des Klimawandels ihrer Gesundheit äußerst stark oder stark schaden können, sind es im Jahr 2022 nun 73 Prozent der Befragten.

Das Thema Gesundheit ist auch präsent bei der Frage nach den dringendsten Veränderungsbedarfen, um ein gutes Leben für alle in Deutschland zu ermöglichen: Wie schon bei der Befragung im Jahr 2020 wird die Stärkung des Gesundheitswesens und der Pflege hier als am wichtigsten angesehen. Vermutlich bedingt durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine hat der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz im Vergleich zur vorherigen Befragung an Bedeutung verloren. 2020

landete er insgesamt auf dem zweiten Platz der als dringlich angesehenen Veränderungsbedarfe, 2022 liegt er auf dem vierten Platz. Bei den 14- bis 29-Jährigen und den Befragten mit sehr hoher Bildung steht der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz allerdings an erster Stelle der dringenden Veränderungsbedarfe.

→ Kapitel 5

Das Umweltbewusstsein in Deutschland ist hoch – vor allem junge Menschen sind emotional betroffen

Das Umweltbewusstsein in Deutschland wird seit 2018 über drei standardisierte Kenngrößen auf einer Skala von 0 bis 10 erhoben: Umweltaffekt, Umweltkognition und Umweltverhalten. Der Umweltaffekt – also wie Menschen Umweltthemen emotional wahrnehmen – ist im Jahr 2022 mit 6,9 Punkten vergleichsweise hoch ausgeprägt. Mit 62 Prozent stimmen die meisten Befragten der Aussage vollkommen zu, dass sie angesichts menschengemachter Umweltprobleme wie Abholzung oder Plastik in den Weltmeeren empört sind. Auch sind viele Menschen traurig über die Zerstörung der Natur durch den Menschen und ärgern sich über die unnötige Verschwendung von natürlichen Ressourcen und über die Wegwerfgesellschaft.

Die rationale Einschätzung von Umweltthemen, die Umweltkognition, hat eine Ausprägung von 7,5 Punkten. Wie schon in den letzten Erhebungen gibt es die stärkste Zustimmung zur Aussage, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung dafür trägt, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen: 59 Prozent der Befragten stimmen dem vollkommen zu. Daneben kritisieren viele die Orientierung am Wirtschaftswachstum: 46 Prozent stimmen vollkommen zu, dass wir Wege finden müssen, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können.

Das Umweltverhalten hinkt mit einer Ausprägung von 4,6 Punkten den umweltorientierten Einstellungen etwas hinterher. Immerhin jede sechste Person engagiert sich aktiv im Umwelt- und Klimaschutz. Insgesamt haben weibliche Personen und Menschen mit hoher Bildung ein stärker ausgeprägtes Umweltbewusstsein. Beim Umweltaffekt zeigt sich, dass insbesondere junge Menschen emotional stark betroffen sind.

→ Kapitel 6

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt die Anliegen der Umwelt- und Klimabewegung

Es sind ebenfalls die jungen Menschen, die die Umwelt- und Klimabewegung am positivsten wahrnehmen. Da die junge Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung seit einigen Jahren die ökologische Debatte mitgestaltet, ist von Interesse, wie die Bevölkerung gegenüber Bewegungen wie etwa Fridays for Future eingestellt ist. Während mit 61 Prozent die Mehrheit der Menschen mit Methoden wie der Besetzung von Wäldern und Straßen nicht einverstanden ist, erhalten die umwelt- und klimapolitischen Forderungen dieser Bewegungen mit ebenfalls 61 Prozent trotzdem großen Zuspruch.

Wie sich Bürgerinnen und Bürger selbst für Umwelt und Klima einsetzen, zeigt sich neben zivilgesellschaftlichem Engagement auch beim persönlichen Konsum im Alltag. Um nachhaltige Konsummuster zu erfassen, wurden solche Konsumbereiche erfasst, die besonders klimaschädlich sind, wie Heizung und Stromverbrauch, Fleischkonsum, Autobesitz und -nutzung sowie Flugreisen. Es zeigt sich: Je höher das Einkommen, desto höher der Verbrauch der Menschen und die damit einhergehenden Umweltbelastungen. Der CO₂-Ausstoß ist zudem bei männlichen Personen etwas höher als bei weiblichen, was vor allem an häufigerem Fleischkonsum und intensiverer Autonutzung liegt.

Die Bereitschaft, das eigene Konsumverhalten zu ändern, ist am höchsten ausgeprägt beim Kauf energieeffizienter Geräte, bei einer Verringerung der Autonutzung und beim geringeren Heizen. Jenseits des Konsums sind die Befragten am häufigsten dazu bereit, Parteien zu wählen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, sich am Arbeitsplatz für die Umwelt einzusetzen sowie umwelt- und klimaschädliche Firmen zu boykottieren. Dies sind zugleich die Handlungen, die Bürgerinnen und Bürger nach eigenen Angaben bereits am häufigsten ausführen.

Die Menschen zeigen somit eine Bereitschaft, Unternehmen auch von innen heraus oder durch ihr Konsumverhalten zu Veränderungen zu bewegen und so zu einem ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft beizutragen.

→ Kapitel 7

Sehr breite Zustimmung zu ökologischem Umbau der Wirtschaft, aber große Bedenken zu sozialen Auswirkungen

Das Schwerpunktthema dieser Studie ist der umwelt- und klimafreundliche Umbau der deutschen Wirtschaft. Eine überwältigende Mehrheit von 91 Prozent der Befragten unterstützt das Ziel, die deutsche Wirtschaft entsprechend umzubauen.

Über 80 Prozent der Befragten haben dabei umfangreiche Erwartungen an den Staat und an die Wirtschaft: unter anderem zur Aus- und Weiterbildung für die neuen Aufgaben in einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft, zur finanziellen Unterstützung stark betroffener Regionen, zur Beteiligung von allen Betroffenen sowie zur Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen und Betrieben. Gleichzeitig sind über 50 Prozent der erwerbstätigen Befragten bereit dazu, sich für diesen Umbau persönlich weiterzubilden und an der Arbeitsstelle zu engagieren, oder haben dies schon in der Vergangenheit getan.

Allerdings bestehen ausgeprägte Bedenken hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit und einer Zunahme von sozialen Konflikten: 74 Prozent der Befragten befürchten, dass sich aufgrund des umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaftsumbaus Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland vergrößern. 72 Prozent erwarten, dass gesellschaftliche Konflikte durch den Umbau zunehmen. 41 Prozent aller Befragten und 54 Prozent der Befragten in ostdeutschen Bundesländern erwarten negative Effekte für die soziale Gerechtigkeit. Auch Abstiegsängste und Befürchtungen zum Wohlstand treten auf: 41 Prozent aller Befragten erwarten negative Konsequenzen für den Wohlstand. 39 Prozent aller Befragten und rund die Hälfte der Befragten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen haben Angst vor einem sozialen Abstieg aufgrund des Umbaus.

Die Aufgabe besteht also nicht darin, allein auf die Umwelt- und Klimafreundlichkeit der Wirtschaft zu fokussieren, sondern diese sozial und ökologisch umzubauen – gerade in Zeiten von Energiekrise und Inflation, die insbesondere untere Einkommensgruppen stark spüren. Den Staat sieht die Bevölkerung bei der sozialverträglichen und gerechten Gestaltung dieses Wirtschaftsumbaus in besonderer Verantwortung.

→ Kapitel 8



Umweltbewusstseinsstudie 2022 – Die Methodik

So wurde die Repräsentativbefragung der Umweltbewusstseinsstudie 2022 durchgeführt:

- Online-Befragung im Rahmen des repräsentativen Panels forsa.omninet
- Grundgesamtheit: Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren mit Internetzugang
- Stichprobe: 2.073 Befragte ab 14 Jahren
- Befragungszeitraum: 17. bis 30. Juni 2022 (Nacherhebung: 25. August bis 1. September 2022 mit rund 60 Befragten im Alter von 14 bis 19 Jahren)
- Repräsentativität der Befragung durch zufalls-gesteuerte Auswahl der Befragten sichergestellt
- Gewichtung der Daten anhand der amtlichen Statistik (für Bundesländer sowie Regionen Ostdeutschland/ Westdeutschland, Alter, Geschlecht und Bildung), um die Stichprobe an die Grundgesamtheit anzugleichen

Beschreibung verschiedener soziodemografischer Merkmale

Die Befragungsergebnisse wurden nach den soziodemografischen Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Stadt-Land sowie Ost-West analysiert (die Einwohnerinnen und Einwohner Berlins werden als Befragte aus Westdeutschland gezählt).

→ Folgende Altersgruppen wurden differenziert: 14–29 Jahre, 30–49 Jahre, 50–64 Jahre, 65 Jahre und älter.

→ Das Bildungsniveau wurde anhand der Frage nach dem höchsten Schulabschluss der Befragten gebildet. Folgende Einteilung wurde vorgenommen:

- **Einfach:** Schule beendet ohne Abschluss oder Volks-/Hauptschulabschluss oder Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8./9. Klasse
- **Mittel:** Mittlere Reife/Realschulabschluss oder Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse
- **Hoch:** Abitur oder Fachabitur, Abschluss einer Fachoberschule (Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulreife, jedoch kein abgeschlossenes Studium)
- **Sehr hoch:** Hochschulabschluss Universität, Hochschule oder Fachhochschule



→ Die Einteilung in Pro-Kopf-Einkommensgruppen beruht auf den Angaben der Befragten zu ihrem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen. Dieses wurde durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt, wobei Kinder niedriger gewichtet werden als erwachsene Personen (Netto-Äquivalenzeinkommen). Folgende Einteilung wurde vorgenommen:

- Niedrig: bis 1.249 Euro
- Mittel: 1.250 bis 1.749 Euro
- Hoch: 1.750 bis 2.499 Euro
- Sehr hoch: 2.500 Euro und mehr

Zitate aus Fokusgruppen

Das Schwerpunktthema der Studie sowie die Bedrohlichkeit von Umweltproblemen wurden in fünf zweistündigen Fokusgruppen mit je sechs bis neun Teilnehmenden diskutiert, um weitere Informationen zur Wahrnehmung dieser Themen zu erhalten. Drei Fokusgruppen fanden vor und zwei nach der Repräsentativbefragung statt. Die Kapitel 3 und 8 enthalten Zitate aus den Fokusgruppen.

Zu den Ergebnissen

Die Ergebnisse werden vor allem mit Balkendiagrammen zu prozentualen Häufigkeiten von Antworten dargestellt. Im Text angegebene Prozentzahlen für Summen mehrerer Antworten (etwa für „sehr wichtig“ und „eher wichtig“) können rundungsbedingt leicht von den Summen der Prozentangaben in den Balkendiagrammen abweichen.

Die Befragungsergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Zum Weiterlesen und Vertiefen

Diese Broschüre wird begleitet von einem Tabellenband, der alle Ergebnisse auch für die unterschiedlichen soziodemografischen Gruppen darstellt (UBA 2023: www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein).

Eine vertiefende Analyse der Ergebnisse und genauere Darstellungen zur Methodik der Studie folgen in einem wissenschaftlichen Bericht, der vom Umweltbundesamt herausgegeben wird.



1.2 Results at a glance – Summary

Since 1996, the Environmental Awareness Study has been conducted approximately every two years to evaluate how environmentally aware people in Germany are. The study is a representative survey on environment-related attitudes, actions and policy expectations. For the present study, more than 2,000 citizens aged 14 and over were surveyed online in the summer of 2022.

For further reading and in-depth information

This brochure is accompanied by a volume of tables (UBA 2023), which provides a detailed overview of all results. An in-depth analysis of the results and more detailed descriptions of the study's methodology will follow in a scientific report published by the German Environment Agency.

What is the state of environmental awareness of people in Germany in 2022?

The results show that environmental protection and climate action continues to be an important issue for the population. It is ranked fifth among the most important challenges. However, people are even more concerned about other societal challenges: 2022 was marked by Russia's war of aggression on Ukraine and the associated energy crisis and high inflation. After more than two years that were heavily dominated by

the coronavirus pandemic, its importance in everyday life and in the public eye is slowly diminishing. Against this background, people in Germany rate the four most important issues to be: health, education, social justice issues and security policy.

With regard to the main topic of this study, the environmentally and climate-friendly restructuring of the German economy, the study illustrates that a broad majority is in favour of an ambitious ecological policy path. But the results also show: for the ecological economic transformation to succeed and be supported by citizens, social concerns must be sufficiently taken into account. The population feels that the state has a special duty here.

What the survey also shows: awareness of health threats from climate change, such as heat waves or floods, seems to have increased. This is presumably related to the fact that the impacts of climate change have also become increasingly apparent in Germany in recent years, such as the increase in extreme weather events and drought in summer. Moreover, Germany experienced heat extremes and forest fires during the survey period.

Environmental issues are particularly important for younger people in the 14-29 age group and respondents aged 65 and over. The image often conveyed by the media that the views of the older generation differ greatly from those of the young is therefore not confirmed by the study.



Short and simple: the most important results of the study

- We asked what people in Germany think about the environment.
- The environment and the climate are very important to many people. They want the environment to remain healthy – even if there are many other problems at the moment.
- Many people want things to change in Germany. They want the environment to be protected more. They want people to think more about the environment even when earning money. And they say that people with little money should get more help. So that all people in this country have a good life.
- Many people are worried because the climate is changing. There are more hot days and less rain in summer. There is also bad weather more often. Many people feel unwell then.
- For young people and older people, the environment is particularly important.

Environmental protection and climate action remain important, but compete with other societal challenges

67 per cent of respondents see the state of the health system as the most important political issue in Germany, closely followed by the state of the education system with 66 per cent. Social justice and wars and terrorism are named by 59 per cent each. Environmental protection and climate action is very important to 57 per cent of people, putting it in fifth place among the most important challenges. The importance of the topic of wars and terrorism has increased by 11 percentage points compared to the last survey in 2020, all other societal topics have slightly lost importance – a circumstance that can probably be attributed to Russia's war of aggression on Ukraine.

In the opinion of the respondents, most societal actors do not do enough for environmental protection and climate action. The majority of respondents believe that environmental organisations and the scientific community are (somewhat) doing enough. In contrast, only 30 per cent have the perception that the German government is doing enough and only 15 per cent feel this way towards industry and commerce.

The energy transition continues to receive a great deal of support, even – or especially – in times of energy crisis: in energy policy, environmental protection and climate action should play an overriding role in political decisions, according to the majority of respondents. People also see it that way when it comes to agricultural policy.

The majority of respondents believe that environmental protection and climate action should also be adequately considered in many other policy areas such as economic or social policy. However, the perceived importance of environmental protection and climate action in other policy areas has slightly decreased compared to 2018 and 2020.

[→ Chapter 2](#)

Plastic waste, fresh water scarcity and climate change are the main concerns

The respondents consider several policy fields of environmental protection and climate action to be relevant. The issue of plastic waste is at the top of the list: 61 per cent of the population perceive plastic discharges into the environment as very threatening. And an even

larger majority of 75 per cent consider it very important that less plastic ends up in the environment. 72 per cent also think it is very important to increase recycling of plastic and other materials through the concept of a circular economy, to promote long product use and to reduce the throwaway mentality.

Climate change is perceived as very threatening by 58 per cent of people. In order to mitigate climate change, international climate policy has formulated the goal of limiting global warming to less than two degrees Celsius by the year 2100 compared to the level before the beginning of industrialisation. 62 per cent of respondents consider it very important that this goal is achieved. Furthermore, 60 per cent of respondents consider it a very important political task to place forests, moors and other ecosystems under protection and to expand protected areas.

While 70 per cent consider it very important to dispose of nuclear waste safely, people are divided on the question of whether the nuclear phase-out should be continued: 29 per cent of respondents consider this to be very important, while 18 per cent do not find it important at all. Opinions also differ on the speed limit: 31 per cent believe that a speed limit is very important, compared to 20 per cent who do not think it is important at all.

[→ Chapter 3](#)

The overwhelming majority feel the consequences of climate change and consider adaptation measures to be necessary

The fact that people perceive climate change as very threatening also goes hand in hand with the fact that they already clearly experience various consequences of climate change: 85 per cent of respondents feel very strong or strong impacts of climate change in terms of lack of rainfall, low water levels and droughts. 83 per cent perceive these with regard to heavy rainfall, flash floods and high water levels, and 80 per cent with regard to heat.

From the perspective of the population, there is a need for action not only in climate action, but also in adaptation to climate change. The focus is on water – either on measures to adapt to too much water or to deal with too little water: more than two-thirds of the respondents consider it very important to improve water retention to protect against flooding (among other things, by renaturalising rivers) and to convert

forests into drought-resistant mixed forests. Around half of respondents also rate the following measures as very important: civil protection against heavy rain, flash floods and high water levels, protection against extreme heat through cooling urban environments and building insulation, as well as structural measures to protect against flooding.

The following results show that more importance is attached to the consequences of climate change than before, also for health reasons.

→ Chapter 4

More people fear that climate change can harm their health

There is a strong awareness that pollution and climate change can be detrimental to health. First and foremost, respondents regard influences that have to do with diet as harmful to health: pollutants, plastic particles or pesticide residues in food or drinking water. Comparing the results with the Environmental Awareness Study from 2016, when the question on the harmfulness of environmental factors to health was asked once before, a clear increase can be seen, especially in the assessment of climate impacts. Whereas in 2016 59 per cent of those surveyed stated that the consequences of climate change could be extremely or severely detrimental to their health, this figure has now risen to 73 per cent in 2022.

The topic of health is also present in the question of the most urgent needs for change in order to make a good life possible for everyone in Germany: as in the 2020 survey, strengthening the health and long-term care system is viewed as most important here. The protection of the environment, nature and the climate has lost importance compared to the previous survey, presumably due to the impact of the war in Ukraine. In 2020, it landed in second place overall among the changes considered urgent, and in 2022 it is in fourth place. However, among 14-29 year olds and respondents with very high educational attainment, the protection of the environment, nature and the climate tops the list of urgently required changes.

→ Chapter 5

Environmental awareness in Germany is high – young people in particular are emotionally affected

Since 2018, environmental awareness in Germany has been surveyed using three standardised indicators on a scale of 0 to 10: environmental affect, environmental cognition and environmental behaviour. The environmental affect – that is, how people perceive environmental issues emotionally – is comparatively high in 2022 at 6.9 points. With 62 per cent, most respondents completely agree with the statement that they are outraged in the face of man-made environmental problems such as deforestation or plastic in the world's oceans. Many people are also saddened by the destruction of nature by humans and angry about the unnecessary waste of natural resources and the throwaway society.

The rational assessment of environmental issues, environmental cognition, has a score of 7.5 points. As in previous surveys, the strongest agreement is with the statement that each and every individual has a responsibility to leave a world worth living in for future generations: 59 per cent of respondents completely agree. In addition, many criticise the orientation towards economic growth: 46 per cent completely agree that we need to find ways to live well independent of economic growth.

With a score of 4.6 points, environmental behaviour lags somewhat behind environmental attitudes. Nevertheless, one in six people is actively involved in environmental protection and climate action. Overall, females and people with high educational attainment have a more pronounced environmental awareness. The environmental affect shows that young people in particular are strongly affected emotionally.

→ Chapter 6

The majority of the German population supports the concerns of the environmental and climate movement

It is also young people who perceive the environmental and climate movement most positively. As the young environmental and climate justice movement has been shaping the environmental debate for a number of years, it is interesting to understand the attitudes of the population towards movements such as Fridays for Future. While the majority of people (61 per cent) do not agree with methods such as occupying forests and

roads, the environmental and climate policy demands of these movements nevertheless receive strong support (also 61 per cent).

The way in which people themselves are committed to the environment and the climate can be seen not only in their civic engagement, but also in their personal consumption in everyday life. In order to capture sustainable consumption patterns, consumption areas that are particularly harmful to the climate, such as heating and electricity consumption, meat consumption, car ownership and use, and air travel, were assessed. It turns out: the higher the income, the higher people's consumption and the associated environmental impact. CO₂ emissions are also slightly higher for men than for women, which is mainly due to more frequent meat consumption and more intensive car use.

The willingness to change one's own consumption behaviour is highest when it comes to buying energy-efficient appliances, reducing car use and heating less. Beyond consumption, respondents are most likely to vote for parties that support environmental protection and climate action, to stand up for the environment at work and to boycott companies that harm the environment and the climate. These are also the actions that people say they already perform most often.

People thus show a willingness to encourage companies to make changes, both from within as well as through their consumption behaviour, and in this way contribute to an ecological transformation of the German economy.

→ Chapter 7

Very broad support for ecological restructuring of the economy, but major concerns about social impacts

The focus of this study is the environmentally and climate-friendly transformation of the German economy. An overwhelming majority of 91 per cent of respondents support the goal of transforming the German economy in line with these goals.

With regard to the responsibility of the state and the economy in this context, the vast majority of the respondents has strong expectations towards these actors. More than 80 per cent expect the state and the economy to take action regarding education and training for the new responsibilities in an environmentally and climate-friendly economy. Furthermore, more

than 80 per cent want financial support for severely affected regions, participation of all those affected as well as the implementation of environmental protection and climate action measures in companies and workplaces.

At the same time, more than 50 per cent of working respondents are willing to pursue further education and training for this transformation and to commit themselves accordingly in the workplace, or have already done so in the past.

However, there are pronounced concerns about social justice and an increase in social conflicts: 74 per cent of those surveyed fear that income and wealth disparities between the poor and the rich in Germany will increase as a result of the environmentally and climate-friendly economic transformation. 72 per cent expect social conflicts to increase as a result of the transformation. 41 per cent of all respondents and 54 per cent of respondents in eastern German states expect negative effects on social justice. Fears relating to social decline and prosperity also arise: 41 per cent of all respondents expect negative consequences for prosperity. 39 per cent of all respondents and about half of those with a low per capita income are afraid of social decline due to the transformation.

The task is therefore not to focus solely on the environmental and climate friendliness of the economy, but to transform it socially and ecologically – especially in times of energy crisis and inflation, which are felt especially strongly by lower income groups. The population sees the state as having a special responsibility in shaping this economic transformation in a socially acceptable and equitable way.

→ Chapter 8



Environmental Awareness Study 2022 – The methodology

This is how the representative survey of the Environmental Awareness Study 2022 was conducted:

- Online survey as part of the representative panel forsa.omninet
- Population: population in Germany aged 14 and over with internet access
- Sample: 2,073 respondents aged 14 and over
- Survey period: 17 to 30 June 2022 (follow-up survey: 25 August to 1 September 2022 with around 60 respondents aged 14 to 19)
- Representativeness of the survey ensured through random selection of respondents
- Weighting of the data using official statistics (for federal states as well as regions eastern Germany/western Germany, age, gender and education) in order to align the sample with the basic population

Description of various socio-demographic characteristics

The survey results were analysed according to the socio-demographic characteristics age, gender, education, income, urban-rural as well as east-west (residents of Berlin are counted as respondents from western Germany). All results for the different socio-demographic groups can be found in the table volume of the study (UBA 2023): www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein

→ The following age groups were differentiated: 14–29 years, 30–49 years, 50–64 years, 65 years and older.

→ The educational level was formed on the basis of the question about the respondents' highest school-leaving qualification. The following classification was made:

- **Basic:** finished school without qualification or primary/lower secondary school leaving certificate or polytechnic secondary school with 8th/9th grade certificate
- **Intermediate:** intermediate secondary school leaving certificate or polytechnic secondary school with 10th grade certificate

- **High:** higher education entrance qualification, completion of a specialised upper secondary school (general or specialised higher education entrance qualification, but no completed university degree)
- **Very high:** degree from a university, college or university of applied sciences

→ The classification into per capita income groups is based on the respondents' information on their monthly net household income. This was divided by the number of household members, with children being weighted lower than adults (equivalised net income). The following classification was made:

- Low: up to 1,249 euros
- Intermediate: 1,250 to 1,749 euros
- High: 1,750 to 2,499 euros
- Very high: 2,500 euros and more

Quotes from focus groups

The main topic of the study as well as the perceived threat of environmental problems were discussed in five two-hour focus groups with six to nine participants each, in order to obtain further information on the perception of these issues. Three focus groups took place before and two after the representative survey. Chapters 3 and 8 contain quotes from the focus groups.

On the results

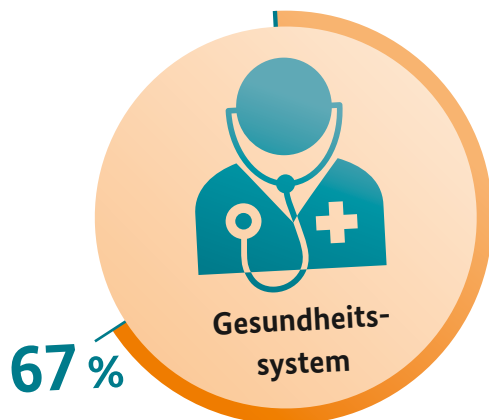
The results are presented mainly with bar charts on percentage frequencies of responses. Percentages given in the text for sums of several answers (for example for 'very important' and 'somewhat important') may differ slightly from the sums of the percentages in the bar charts due to rounding.

The survey results can be transferred to the population with the error tolerances possible in all sample surveys (in this case +/- 2 percentage points).

2. Erwartungen an die Umweltpolitik

Umwelt- und Klimaschutz bleibt für die Menschen auch im Angesicht weiterer gesellschaftlicher Herausforderungen wichtig.

Wie viele Menschen in Deutschland diese politischen Themen sehr wichtig finden



Krieg in Europa, Energiekrise, Klimakrise, Dürren, anhaltende Auswirkungen der Corona-Pandemie – das Jahr 2022 war geprägt von verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen. Wie spiegelten sich diese in der Wahrnehmung der Menschen in Deutschland wider? Und wie wurden die Einstellung zur Umweltpolitik und der Wunsch nach wirksamen Maßnahmen für Umwelt- und Klimaschutz dadurch beeinflusst?

Auch im Jahr 2022 hat die Umweltbewusstseinsstudie die Einstellungen und Erwartungen der Menschen in Deutschland mit bewährten Methoden erfasst: Alle zwei Jahre wird im Rahmen dieser Studie untersucht, wie wichtig den Menschen politische Themen und Aufgabenbereiche sind (Kapitel 2.1) und für wie wichtig sie Umwelt- und Klimaschutz in verschiedenen Politikbereichen betrachten (Kapitel 2.2). Die Studie erhebt auch, wie die Menschen das Engagement verschiedener gesellschaftlicher Akteure für Umwelt- und Klimaschutz bewerten (Kapitel 2.3).

2.1 Wichtige politische Themen und Aufgaben in Deutschland

Im Jahr 2022 stehen besonders Gesundheit, Bildung und soziale Gerechtigkeit weit oben auf der Prioritätenliste – Themen, die zentral für das gesellschaftliche Zusammenleben sind. Allen voran ist für 67 Prozent der Befragten der Zustand des Gesundheitssystems ein sehr wichtiges Thema (Abbildung 1) und sie sehen hier die dringendsten Veränderungsbedarfe für ein gutes Leben für alle (Kapitel 5.1). Auch der Zustand des Bildungswesens ist für 66 Prozent ein sehr wichtiges politisches Thema. Soziale Gerechtigkeit finden 59 Prozent sehr wichtig, wobei es deutliche Unterschiede je nach Einkommen gibt: Während im niedrigsten Einkommenssegment soziale Gerechtigkeit für 68 Prozent sehr wichtig ist, sehen das nur 50 Prozent der Menschen im sehr hohen Einkommenssegment so.

Die Corona-Pandemie rückte die Themen Gesundheit, Bildung und soziale Gerechtigkeit bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 in den Vordergrund. Während diese Themen hochrelevant bleiben, treten der Verlauf und die Folgen der Corona-Pandemie allmählich in den Hintergrund: Noch 29 Prozent finden dieses Thema sehr wichtig, verglichen mit 62 Prozent im Jahr 2020.

Gegenüber 2020 nehmen die Menschen alle abgefragten Themen als weniger wichtig wahr, mit einer einzigen Ausnahme: Kriege und Terrorismus gewinnt als Thema an Bedeutung. 59 Prozent der Befragten stufen es als sehr wichtig ein, in der Rangliste wichtiger The-

men steht es an vierter Stelle und es ist den Menschen deutlich wichtiger als in den Befragungen der Jahre 2020 und 2018. Diese Zunahme ist maßgeblich dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zuzuordnen, in dessen Folge sich auch die Sorge um den Frieden in Europa mehrt. Die Gegenwärtigkeit des Krieges ist auch eine mögliche Erklärung für die gesunkene Relevanz der anderen politischen Themen. Zusätzlich könnte die Corona-Pandemie mit ihren vielfältigen Auswirkungen in der Zwischenzeit dazu geführt haben, dass verschiedene politische Themen damals als dringlicher empfunden wurden. Deren wahrgenommene Dringlichkeit flacht möglicherweise mit den nachlassenden Einschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie allmählich wieder ab.

Umwelt und Klima bleiben sehr wichtig – besonders für junge Menschen

Umwelt- und Klimaschutz liegt aktuell auf dem fünften Platz der wichtigsten Themen in Deutschland. 57 Prozent der Befragten bewerten dieses Thema als sehr wichtig. Gegenüber den letzten beiden Erhebungszeitpunkten in 2020 (65 Prozent) und 2018 (64 Prozent) ist damit ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Zuge der intensiven Klimaproteste ab 2018 gewann das Thema Umwelt- und Klimaschutz im öffentlichen Diskurs stark an Präsenz. Dies scheint nun allmählich auf das Niveau von 2016 abzuflachen, was auch an der Aufmerksamkeitskonkurrenz mit den vielen neuen gesellschaftlichen Herausforderungen liegen dürfte.

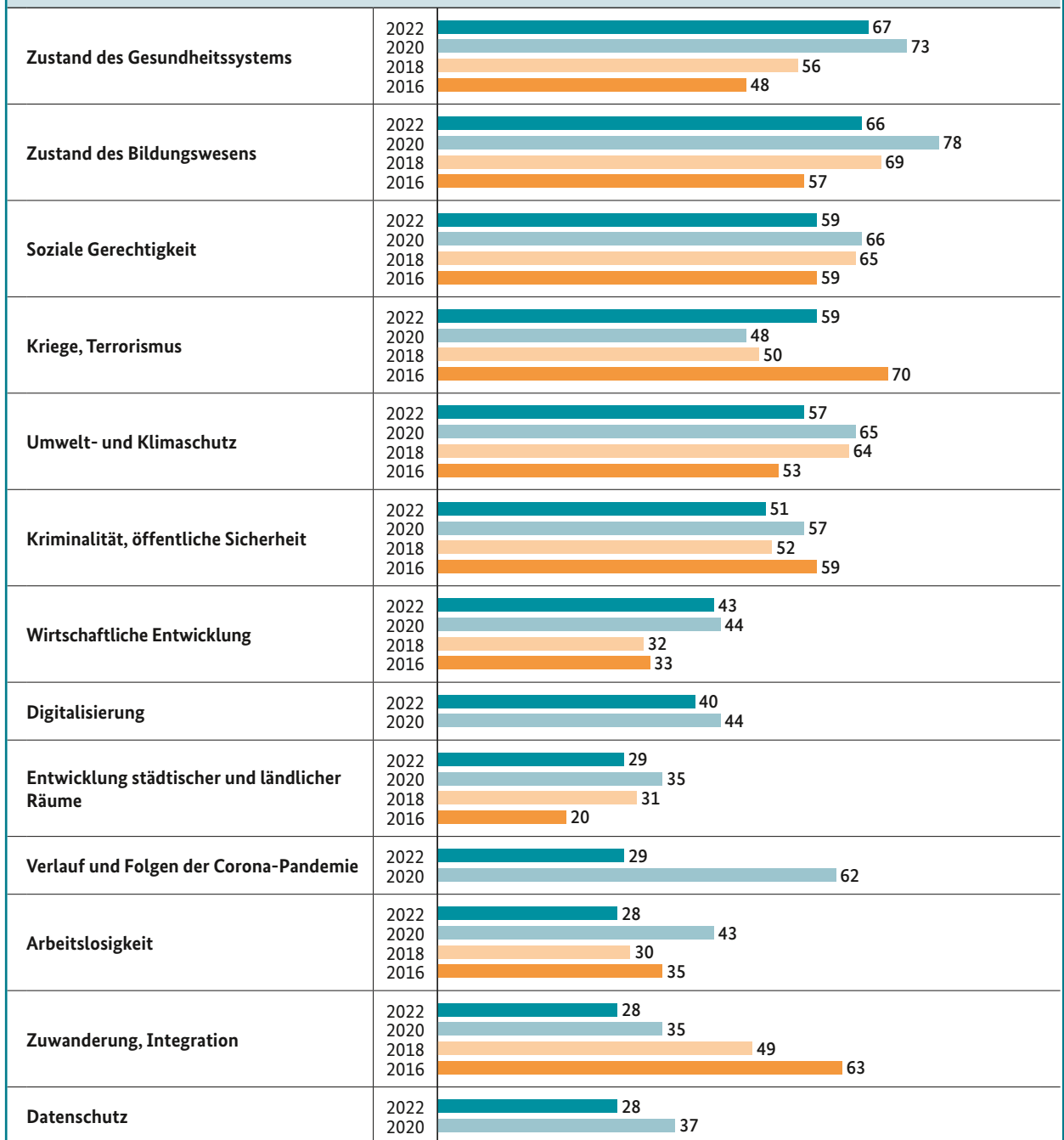
Besonders junge Menschen machen sich Sorgen um die Umwelt und das Klima: Von den 14- bis 29-Jährigen bewerten 66 Prozent das Thema als sehr wichtig. Damit zählt es für sie zusammen mit dem Zustand des Bildungswesens (69 Prozent) zu den wichtigsten Themen. Von den Menschen im Alter ab 65 Jahren finden 61 Prozent Umwelt- und Klimaschutz sehr wichtig. Die 30- bis 64-Jährigen hingegen schreiben dem Thema mit etwas über 50 Prozent weniger Wichtigkeit zu.

Je höher das Bildungsniveau ist, umso wichtiger schätzen die Menschen Umwelt- und Klimaschutz ein (zur Einteilung der Bildungsniveaus siehe Methodenbeschreibung in Kapitel 1). Von den Menschen mit einfacher oder mittlerer Bildung finden rund die Hälfte Umwelt- und Klimaschutz sehr wichtig, während es bei den Menschen mit hoher Bildung (63 Prozent) und sehr hoher Bildung (70 Prozent) deutlich mehr sind. Das Einkommen hingegen steht in keinem Zusammenhang mit der wahrgenommenen Wichtigkeit von Umwelt- und Klimaschutz.

Abbildung 1: Wie wichtig die Menschen in Deutschland verschiedene politische Themen einschätzen (Zeitvergleich)

Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie Themen, die unser Land heute beschäftigen. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig oder unwichtig die folgenden Themen aus Ihrer Sicht sind.

Antwort: „sehr wichtig“



Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten pro Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

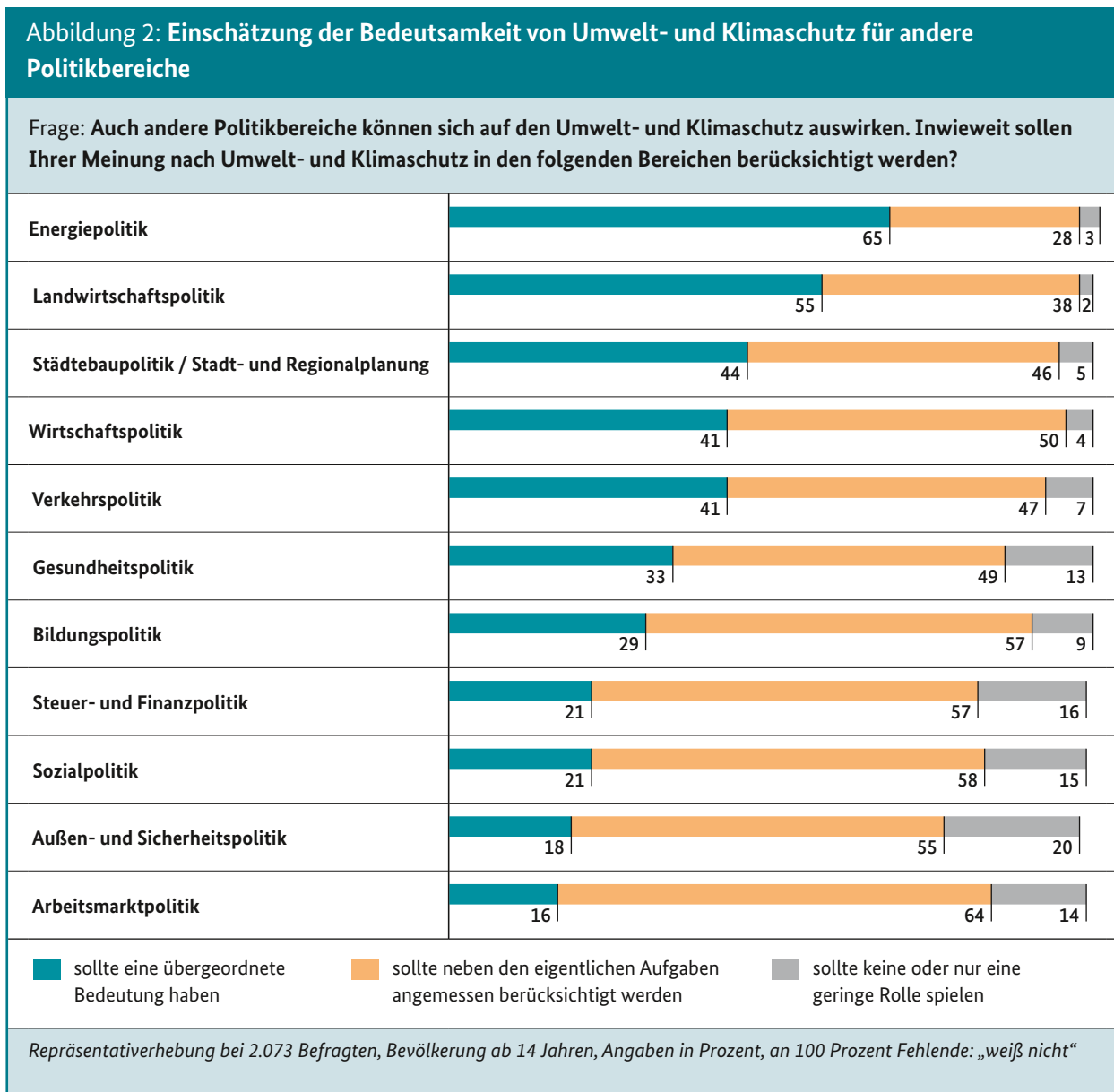
2.2 Wichtigkeit von Umwelt und Klima in verschiedenen Politikbereichen

Wie Dörfer und Städte gestaltet werden, wie komfortabel Menschen sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln fortbewegen können, welche Art des Wirtschaftens gefördert wird, wie gut die Bürgerinnen und Bürger sozial abgesichert sind oder welche Bildungsqualität sie genießen – all dies beeinflusst die Möglichkeiten für Menschen, ihren Alltag umwelt- und klimaverträglich zu gestalten. Die Teilnehmenden der Studie beurteilten dementsprechend, inwieweit ihrer Meinung nach verschiedene Politikressorts Umwelt- und Klima-

schutz (stärker) berücksichtigen sollten. Denn wie stark Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in anderen politischen Bereichen priorisiert wird, wirkt sich maßgeblich auf den Fortschritt des benötigten sozial-ökologischen Wandels aus.

Energiepolitik und Landwirtschaftspolitik: Hier ist Umwelt- und Klimaschutz am wichtigsten

Über die Hälfte der Befragten findet, dass Umwelt- und Klimaschutz eine übergeordnete Rolle bei Entscheidungen in der Energiepolitik und in der Landwirtschaftspolitik haben sollte (Abbildung 2). Dass dem Schutz von Umwelt und Klima in der Energiepolitik

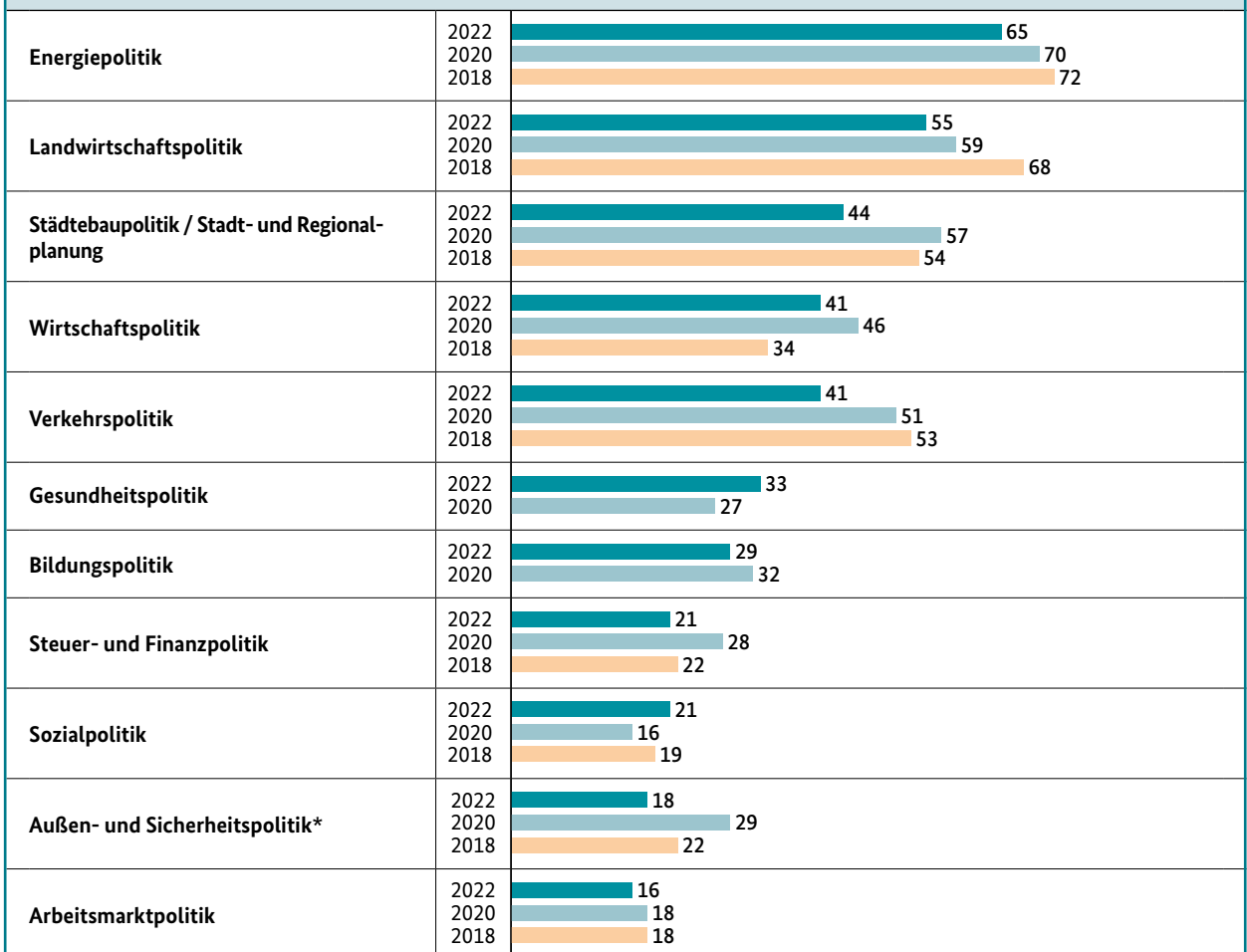


eine übergeordnete Bedeutung beigemessen werden sollte, finden rund zwei Drittel der Befragten. In der letzten Erhebung im Jahr 2020 waren dies noch 70 Prozent (Abbildung 3). Nur drei Prozent der Befragten finden, dass Umwelt- und Klimaschutz in der Energiepolitik keine oder nur eine geringe Rolle spielen sollte. Die Energiewende erhält offenbar auch in Zeiten der Energiekrise weiterhin großen Zuspruch. Gleichzeitig scheint der Anspruch, Umwelt- und Klimaschutz in der Energiepolitik zu stärken, im Jahr 2022 nicht gestiegen zu sein – obwohl die Energiewende dazu beiträgt, in der Energieversorgung unabhängiger von anderen Ländern zu werden und damit die Energiesicherheit zu stärken.

Dass Umwelt- und Klimabelange in der Landwirtschaftspolitik eine übergeordnete Bedeutung haben sollten, meinen 55 Prozent der Befragten. Hier zeigt sich eine rückläufige Tendenz: 2018 fanden dies noch 68 Prozent. Ein möglicher Grund könnten die jüngst gestiegenen Lebensmittelpreise darstellen, da Bürgerinnen und Bürger durch mehr Umwelt- und Klimaschutz möglicherweise eine weitere Kostensteigerung befürchten.

Abbildung 3: Einschätzung der Bedeutsamkeit von Umwelt- und Klimaschutz für andere Politikbereiche (Zeitvergleich)

Frage: **Auch andere Politikbereiche können sich auf den Umwelt- und Klimaschutz auswirken. Inwieweit sollen Ihrer Meinung nach Umwelt- und Klimaschutz in den folgenden Bereichen berücksichtigt werden?**
Antwort: **Erfordernisse des Klimaschutzes sollten in diesen Bereichen eine übergeordnete Bedeutung haben.**



Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten pro Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

* wurde 2018 und 2020 als Außenpolitik bezeichnet

Umwelt und Klima bei Politikentscheidungen angemessen berücksichtigen (aber nicht immer überordnen)

In drei Politikbereichen ist der Anteil an Befragten, die eine übergeordnete Rolle von Umwelt und Klima verlangen, gleich hoch wie der Anteil, der eine angemessene Berücksichtigung von Umwelt und Klima neben den eigentlichen Aufgaben verlangt: in der Städtebaupolitik/Stadt- und Regionalplanung, der Verkehrspolitik und der Wirtschaftspolitik (Abbildung 2).

Wie schon in den Vorjahren finden nur sehr wenige Befragte, dass in diesen Bereichen keine Beachtung von Umwelt- und Klimathemen notwendig ist. Allerdings zeigt sich auch hier, dass es eine rückläufige Tendenz für die Nennung einer übergeordneten Relevanz des Umwelt- und Klimaschutzes gibt. So wünschen sich in der Verkehrspolitik noch 41 Prozent eine übergeordnete Rolle von Umwelt und Klima, 2020 und 2018 waren es noch mehr als die Hälfte der Befragten. Dass sich in vielen Politikbereichen weniger Befragte für eine übergeordnete Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz aussprechen (Abbildung 3), könnte – wie bereits beschrieben – an den zahlreichen aktuellen Politikherausforderungen liegen.

In der Wirtschaftspolitik sollte Umwelt- und Klimaschutz laut 41 Prozent der Befragten eine übergeordnete Rolle spielen. Im Gegensatz zu den anderen Politikbereichen hat diese Einschätzung seit 2020 (46 Prozent) nur leicht abgenommen und ist höher als 2018 (34 Prozent). Auffallend ist, dass sich hier die Meinung junger Menschen zwischen 14 und 29 Jahren stark von der Einschätzung älterer Menschen unterscheidet: 54 Prozent der 14- bis 29-Jährigen – und damit deutlich mehr als die Älteren – befürworten eine übergeordnete Bedeutung von Umwelt und Klima in wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

In allen weiteren Politikbereichen, von Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt und Soziales bis hin zur Steuer- und Finanzpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik wünscht sich die Mehrheit der Befragten, dass Umwelt- und Klimathemen angemessen berücksichtigt werden.

2.3 Wer tut genug für den Umwelt- und Klimaschutz?

Die meisten gesellschaftlichen Akteure tun nach Aussage der Befragten nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz. Einzig Umweltverbände – aus Sicht von 69 Prozent der Befragten – und die Wissenschaft – aus Sicht von 57 Prozent – tun (eher) genug (Abbildung 4). Auch bei früheren Umweltbewusstseinsstudien wurde eine ähnlich hohe Zufriedenheit mit diesen Akteuren geäußert (Abbildung 5).

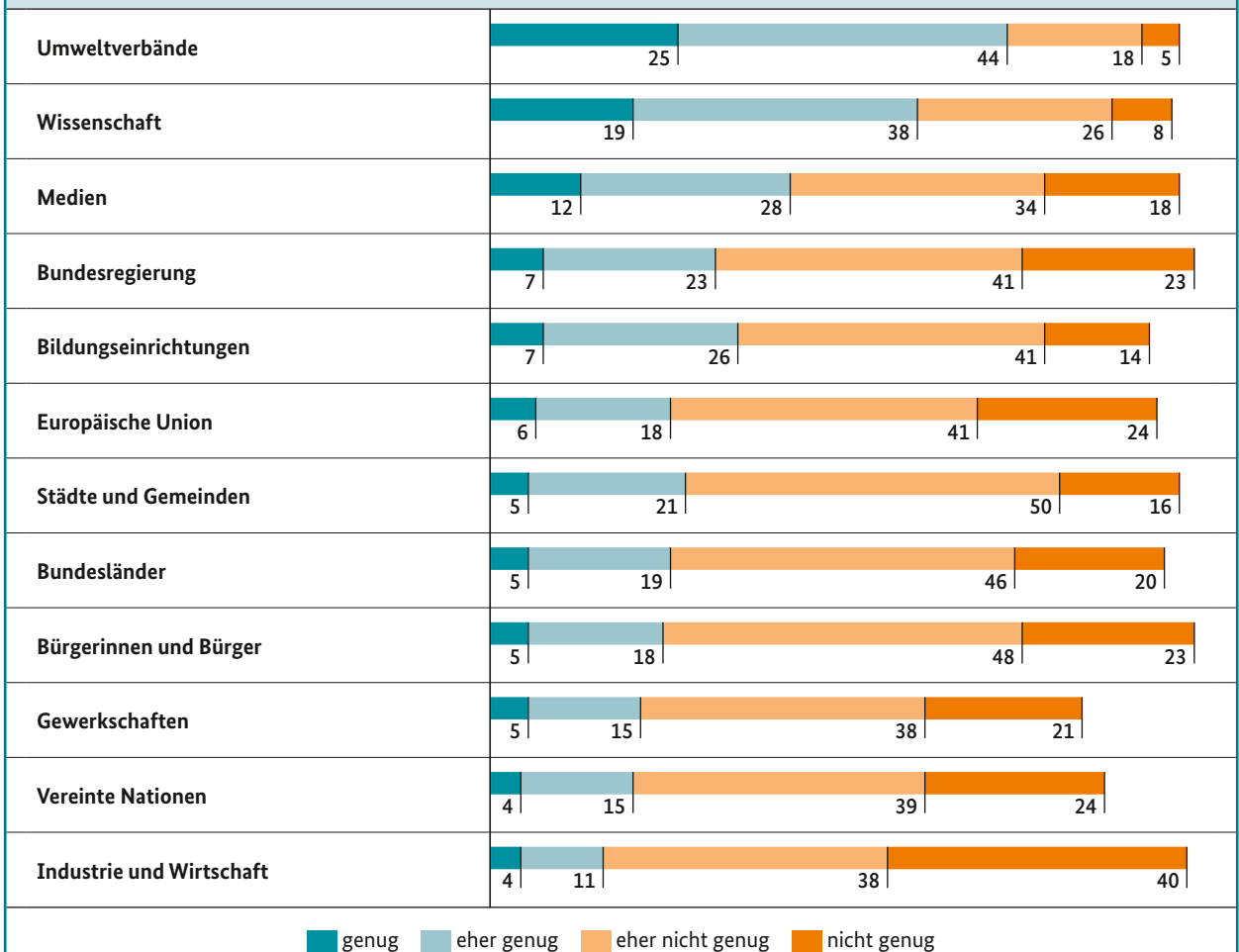
Mit allen anderen Akteuren ist die Mehrheit der Befragten im Hinblick auf deren Engagement für Umwelt- und Klimaschutz eher unzufrieden: Die Medien tun zwar immerhin aus Sicht von 40 Prozent (eher) genug. Deutlich schlechter schneiden öffentliche Institutionen wie die Bundesregierung, kommunale Akteure oder internationale politische Organisationen ab. Mit diesen sind jeweils etwa zwei Drittel der Befragten unzufrieden. Auch sich selbst bewertet die Bevölkerung kritisch: 70 Prozent finden, dass Bürgerinnen und Bürger (eher) nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun. Insbesondere bei der Bewertung der Bürgerinnen und Bürger sowie bei den kommunalen Akteuren fällt auf, dass diese in ihrem Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz bei früheren Befragungen bis zum Jahr 2016 deutlich positiver bewertet wurden. Die Bewertung der Bundesregierung hingegen ist beinahe wieder auf dem Niveau von 2016 und früher, während ihr Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz in den beiden Jahren 2018 und 2020 negativer bewertet wurde.

Am kritischsten werden – wiederholt und relativ stabil über die Befragungen der letzten Jahre hinweg – die Industrie und Wirtschaft bewertet: Nur 15 Prozent finden, dass sich diese (eher) genug für Umwelt und Klima einsetzen.

Weibliche Befragte sind mit allen Akteuren deutlich weniger zufrieden als männliche Befragte, häufig unterscheiden sich deren Bewertungen um mehr als 10 Prozentpunkte. Junge Menschen sind mit gewissen Akteuren ebenfalls deutlich unzufriedener: Dass sie (eher) genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun, finden bei der Bundesregierung lediglich 20 Prozent, bei den Bundesländern 19 Prozent, bei den Medien 29 Prozent und bei Industrie und Wirtschaft 10 Prozent der 14- bis 29-Jährigen.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit gesellschaftlichen Akteuren im Umwelt- und Klimaschutz

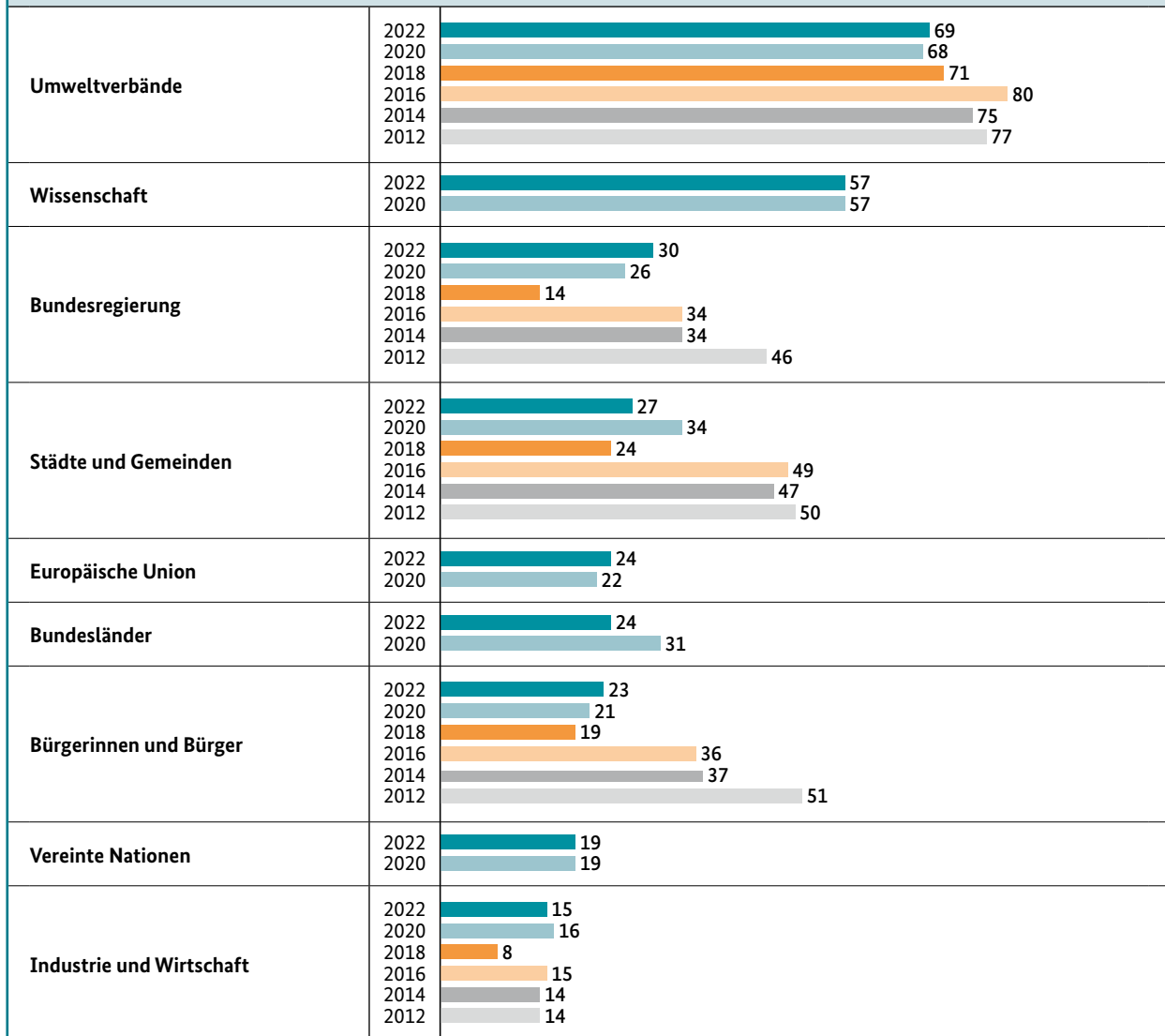
Frage: Wird Ihrer Ansicht nach von den folgenden Akteuren genug für den Umwelt- und Klimaschutz getan?



Repräsentativerhebung bei 2.073 Betragen, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

Abbildung 5: Wie das Engagement gesellschaftlicher Akteure für Umwelt- und Klimaschutz eingeschätzt wird (Zeitvergleich)

Frage: **Wird Ihrer Ansicht nach von den folgenden Akteuren genug für den Umwelt- und Klimaschutz getan?**
 Antwort: Summe „genug“ und „eher genug“

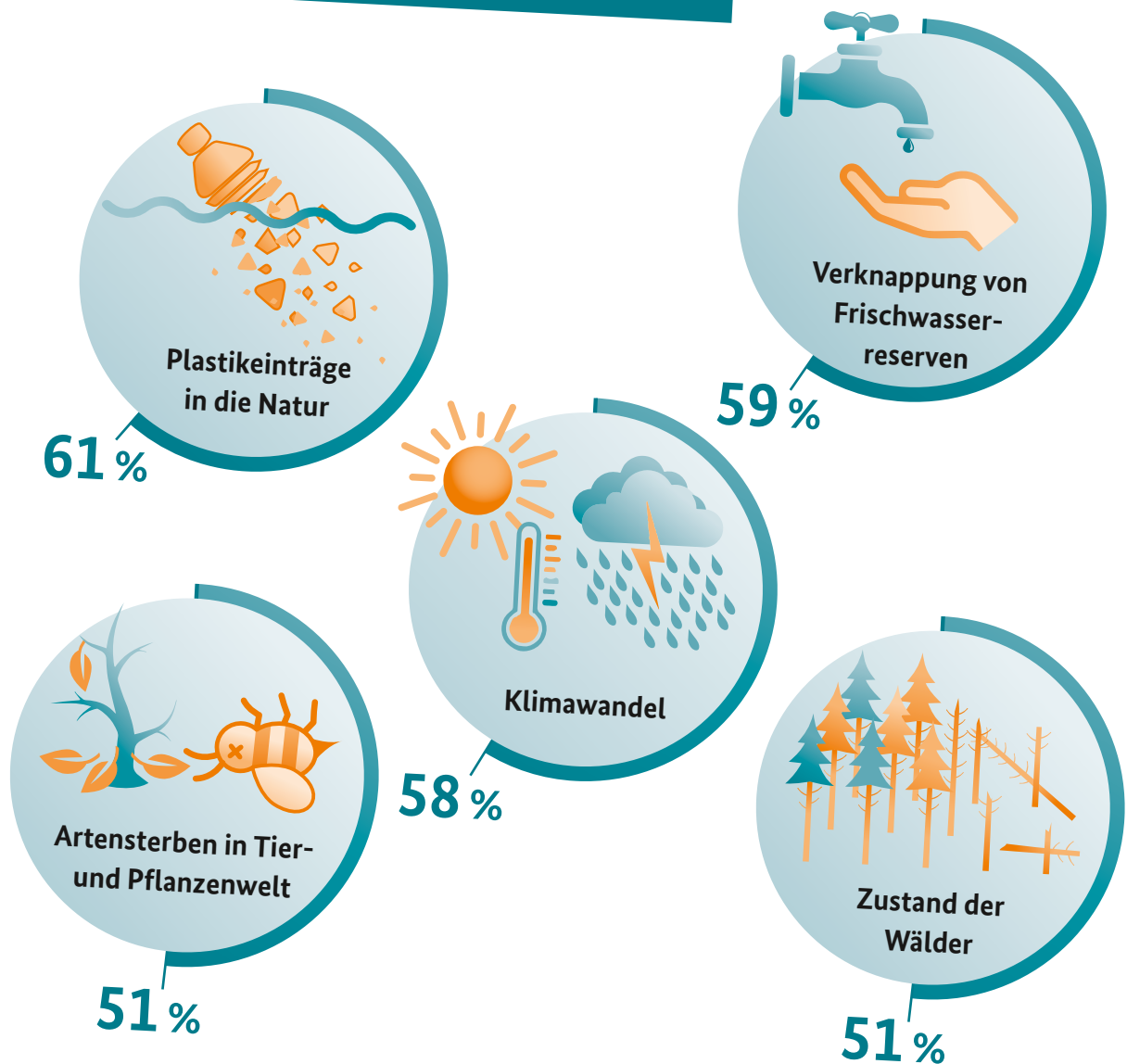


Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten pro Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren (2012: ab 18 Jahren), Angaben in Prozent. 2020 sind neue Akteure in die Liste aufgenommen worden, dadurch ist für diese nur ein eingeschränkter Zeitvergleich möglich. Für die 2022 aufgenommenen Akteure ist kein Zeitvergleich möglich, diese sind daher nicht aufgeführt.

3. Wie Umweltprobleme wahrgenommen werden

Alle Umweltprobleme wirken bedrohlich – vor allem jedoch Plastik, Frischwasserknappheit und der Klimawandel bereiten der Bevölkerung Sorgen.

Wie viele Menschen in Deutschland diese Umweltprobleme als sehr bedrohlich einschätzen

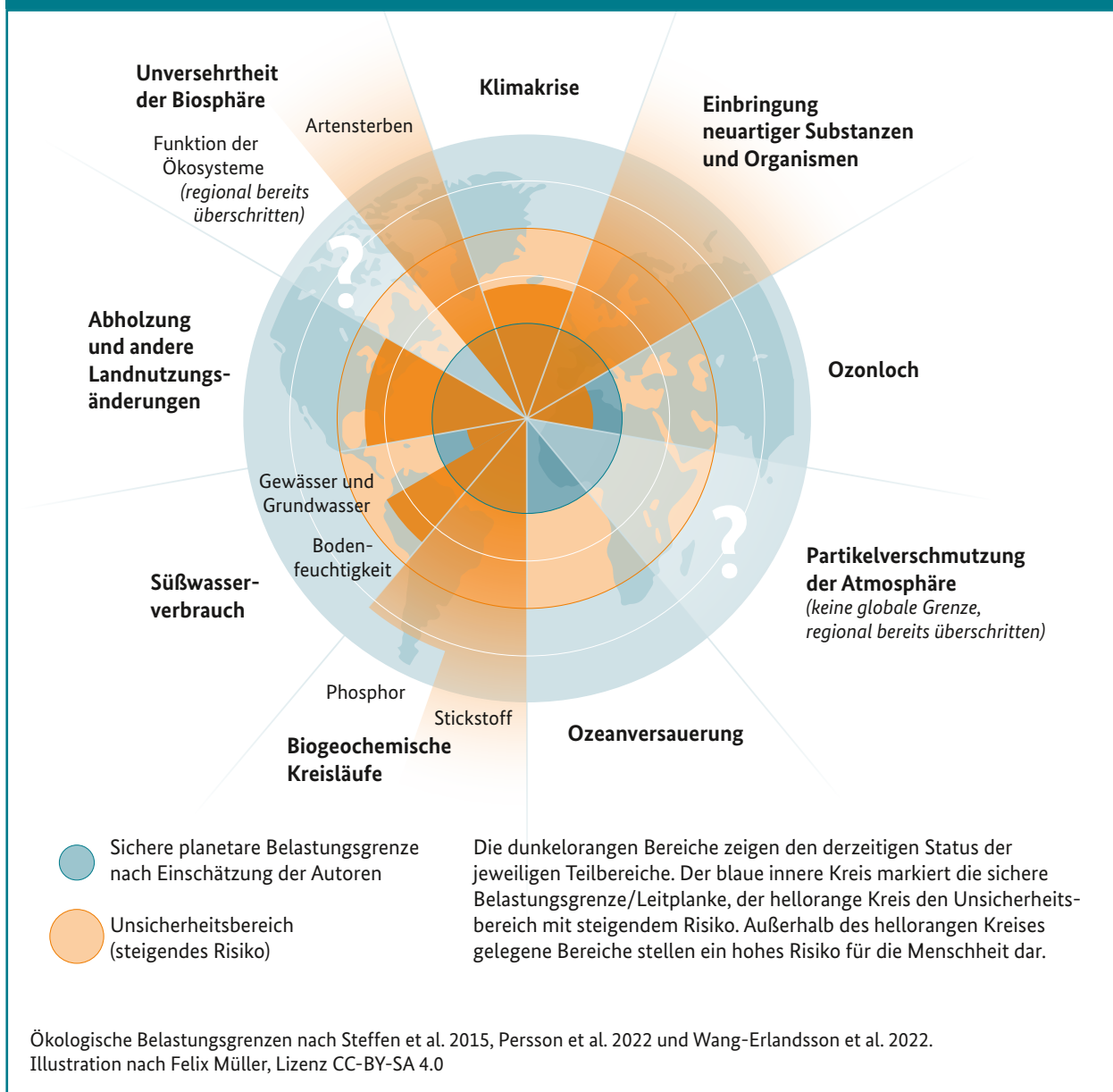


3.1 Planetare Grenzen

Von Plastik in den Meeren über die Verknappung von Wasser, Böden und Ressourcen bis hin zum Artensterben und hohen Stickstoffeinträgen in die Umwelt etwa durch intensive Tierhaltung und Düngung – der menschliche Einfluss auf Natur und Umwelt ist vielfältig und verflochten. Dementsprechend umfangreich sind auch die Herausforderungen zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Einen Überblick über die bedeutendsten globalen Umweltprobleme bietet das Modell der Planetaren Grenzen (Abbildung 6).

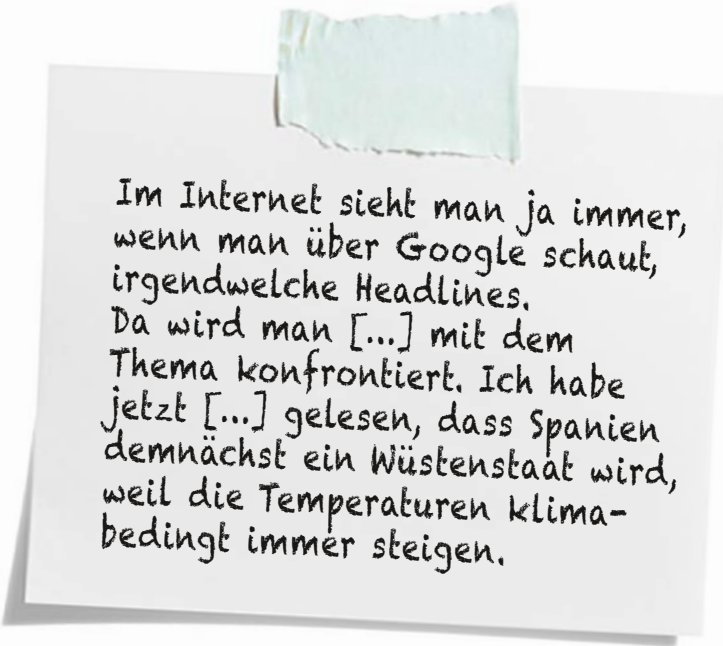
Als Lebensgrundlage sind die Menschen auf eine intakte Biosphäre angewiesen. Hierzu zählt die Gesamtheit der Lebensräume, die den Lebewesen auf der Erde zur Verfügung stehen. Das Modell der Planetaren Grenzen zeigt auf, inwiefern die Biosphäre durch menschlichen Einfluss gefährdet ist. Es gibt einen Überblick zu den aktuell bekannten Umweltproblemen, zu denen auch neue Herausforderungen hinzukommen können. 2021 wurden etwa Plastikeinträge in die Natur im Bereich „Einbringung neuartiger Substanzen und Organismen“ in das Modell aufgenommen. Die planetaren Grenzen weisen somit auf zentrale Anforderungen an den Umweltschutz hin, um ein gutes Leben auf dem Planeten Erde zu ermöglichen.

Abbildung 6: Planetare Grenzen



Zum Bewusstsein der deutschen Bevölkerung über diese verschiedenen ökologischen Problemlagen ist bisher wenig bekannt. Zwar erfasste bereits die Umweltbewusstseinsstudie 2016 die empfundene Bedrohlichkeit einiger Umweltprobleme (BMUB/UBA 2017). Die Befragung im Jahr 2022 sollte jedoch umfassender betrachten, wie Bürgerinnen und Bürger die planetaren Grenzen wahrnehmen. Für umweltpolitische Entscheidungen ist es von großem Interesse, wie bekannt die verschiedenen Aspekte der Umweltgefährdung – und dementsprechend die Herausforderungen des Umweltschutzes – in der Bevölkerung sind. Die Befragung hat erfasst, wie gut sich die Menschen in Deutschland zu diesen Umweltthemen informiert fühlen und wie bedrohlich sie diese empfinden. Die Wahrnehmung einiger planetarer Grenzen wie das Artensterben oder die Klimakrise wurde direkt abgefragt. Andere planetare Grenzen, die weniger bekannt sind, wie die biogeochemischen Kreisläufe von Stickstoff und Phosphor, wurden stattdessen indirekt erfasst. Die Teilnehmenden wurden hier gefragt, wie sie deren Hauptursachen wahrnehmen, in diesem Fall die Umweltbelastung durch Überdüngung sowie intensive Tierhaltung.

Zudem wurde erhoben, wie wichtig die Bevölkerung entsprechende umweltpolitische Aufgabenbereiche einschätzt. Die erfragten Umweltthemen und Aufgabenbereiche sind eng an das Konzept der planetaren Grenzen angelehnt und decken damit auch Bereiche des Umweltschutzes ab, die aktuell weniger mediale Aufmerksamkeit erfahren als etwa der Klimawandel.



Im Internet sieht man ja immer, wenn man über Google schaut, irgendwelche Headlines. Da wird man [...] mit dem Thema konfrontiert. Ich habe jetzt [...] gelesen, dass Spanien demnächst ein Wüstenstaat wird, weil die Temperaturen klimabedingt immer steigen.

Teilnehmer der Fokusgruppen,
40 Jahre, aus Niedersachsen auf dem Land

3.2 Informiertheit über Umweltthemen

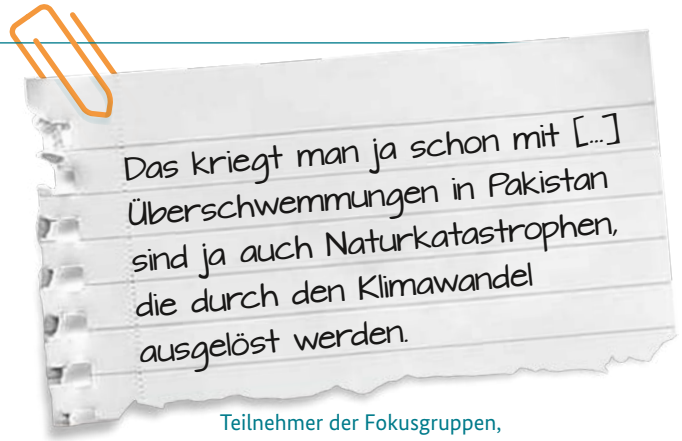
Das Wissen um aktuelle ökologische Probleme ist eine wichtige Grundvoraussetzung für das Umweltbewusstsein der Bevölkerung. Wie gut also fühlen sich die Menschen in Deutschland über verschiedene Umweltrisiken informiert? Bei fünf der dreizehn erfassten Umweltprobleme bewerten die Befragten ihre eigene Informiertheit überwiegend als gut oder sehr gut (Abbildung 7). Zu den weiteren Themen hingegen fühlt sich die Mehrheit nur etwas informiert. Gar nicht informiert zu den Umweltthemen fühlt sich jeweils nur ein geringer Anteil.

Die Menschen sind besser über den Klimawandel informiert

Zum Klimawandel fühlen sich die Menschen am besten im Bilde: 73 Prozent fühlen sich gut oder sehr gut informiert – deutlich mehr als noch 2020 mit 60 Prozent. Im Vergleich zur letzten Erhebung geben vor allem mehr Menschen an, sehr gut informiert zu sein: Waren 2020 nur 8 Prozent sehr gut informiert, sind es im Jahr 2022 schon 20 Prozent. Dies kann einerseits an der leicht veränderten Frageformulierung liegen: Im Jahr 2020 wurde die Informiertheit zu Klimawandel und Klimaschutz erfasst, im Jahr 2022 nur zum Klimawandel. Die gestiegene Informiertheit in der Bevölkerung könnte andererseits auch – zumindest teilweise – der wirksamen Öffentlichkeitsarbeit von Umweltbewegungen wie Fridays for Future zu verdanken sein.

Auch die Einträge von Plastikmüll in die Natur und der Zustand der Wälder sind für viele Menschen bekannte Probleme. Knapp zwei Drittel fühlen sich darüber gut oder sehr gut informiert. Nur etwa die Hälfte der Befragten hingegen gibt an, sich zu intensiver Tierhaltung, Artensterben, Rohstoffverknappung, Umweltbelastungen durch Überdüngung sowie zum Flächenverbrauch durch Bodenversiegelung (sehr) gut informiert zu fühlen. Jeweils nur etwa 40 Prozent der Befragten fühlen sich (sehr) gut zu Schadstoffen in Lebensmitteln und zur Verknappung von Frischwasserreserven informiert. Am wenigsten wissen die Menschen ihrer Einschätzung nach zur Versauerung der Meere, zur Schadstoffbelastung in Böden, Gewässern und Luft sowie zum Ozonabbau. Dabei ist der Anteil der Befragten, die sich zur Versauerung der Meere gar nicht informiert fühlen, mit 26 Prozent besonders hoch.

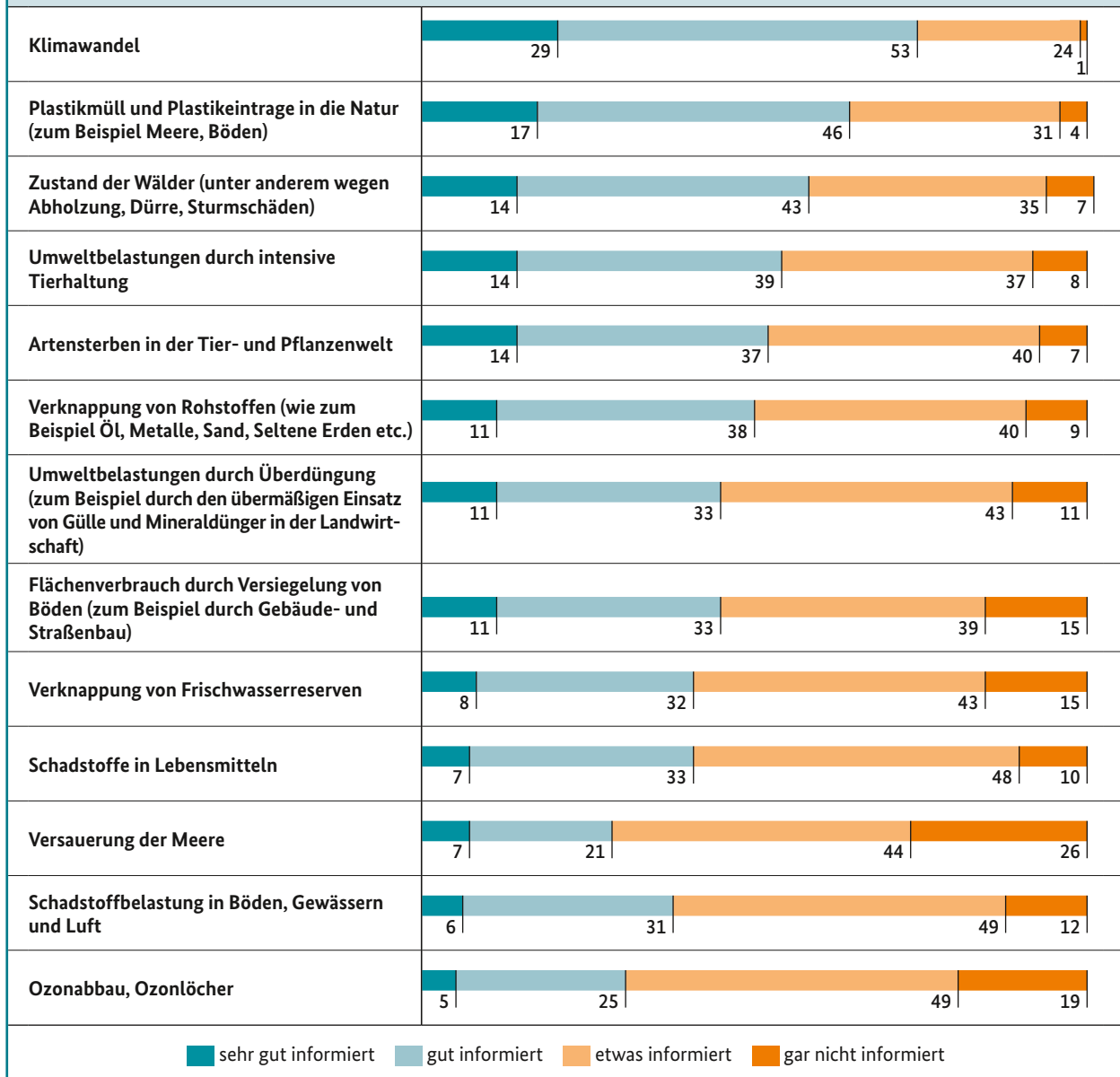
Mögliche Erklärungen für die unterschiedliche Informiertheit zu den Themen äußerten die Teilnehmenden in den Fokusgruppen (zur Beschreibung der Methodik siehe Kapitel 1). So werden viele wechselseitige Abhängigkeiten zwischen dem Klimawandel und anderen Umweltthemen wahrgenommen und der Klimawandel als übergeordnete Entwicklung begriffen. Dies zeigen ausgewählte Zitate aus den Fokusgruppen in diesem Kapitel.



Teilnehmer der Fokusgruppen, 40 Jahre, aus Niedersachsen auf dem Land

Abbildung 7: Wie gut sich die Menschen über Umweltthemen informiert fühlen

Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie verschiedene Umweltprobleme, über die im Zusammenhang mit der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen diskutiert wird. Bitte geben Sie jeweils an, wie gut informiert Sie sich zu diesen Themen fühlen.



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „keine Angabe“

Informationsbedarf zu Schadstoffbelastung, Tierhaltung und Flächenverbrauch

Zu Themen wie Klimawandel und Plastikmüll ebenso wie zum Zustand der Wälder und zum Artensterben fühlen sich die Befragten insgesamt relativ gut mit Informationen versorgt. Dies spiegelt die mediale Präsenz dieser Themen ebenso wider wie die tatsächliche Dringlichkeit dieser Umweltbelange, da die planetaren Grenzen hier bereits überschritten werden (Abbildung 6).

Umweltprobleme wie den schlechten Zustand der Wälder oder die Schadstoffbelastung in der Luft erleben die Teilnehmenden in den Fokusgruppen laut eigenen Aussagen neben medialer Berichterstattung auch durch persönliche Erfahrungen und auf Reisen. Für die Themen Flächenverbrauch, Überdüngung und intensive Tierhaltung sowie die Schadstoffbelastung in Böden, Gewässern, Luft oder Lebensmitteln scheint es hingegen an Informationsangeboten für die Bevölkerung zu mangeln. Da die planetaren Grenzen bezüglich Landnutzung und Stoffkreisläufen von Phosphor und Stickstoff ebenfalls bereits überschritten sind (Abbildung 6), ist insbesondere hier also zugleich hoher Handlungs- und Informationsbedarf vorhanden. Teilnehmende der Fokusgruppen nennen jedoch die hohe Komplexität vieler Umweltthemen, die nur schwer zu vermitteln sei, als Einschränkung für die Informiertheit. So wird die Herausforderung für Bürgerinnen und Bürger betont, globale Umweltprobleme in ihrer Gänge und in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten zu erfassen. Somit bleibt die differenzierte Informationsvermittlung über verschiedene Umweltprobleme und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen eine wichtige Aufgabe nicht nur der Medien, sondern auch der Umweltkommunikation und -bildung öffentlicher Institutionen und der Wissenschaft.

Luftverschmutzung kriegt man in größeren Städten schon mit.

Teilnehmerin der Fokusgruppen,
18 Jahre, aus mittelgroßer Stadt in Hessen

3.3 Wahrgenommene Bedrohlichkeit der Umweltprobleme

Die meisten Menschen in Deutschland nehmen alle abgefragten Umweltprobleme als eher oder sehr bedrohlich wahr (Abbildung 8).

Vor allem Plastik, Wasserknappheit und Klimawandel finden die Menschen bedrohlich

Einträge von Plastik in Meere und Böden empfinden fast alle Befragten als bedrohlich, 61 Prozent sogar als sehr bedrohlich. Damit ist es ein Topthema des Umwelt- und Naturschutzes. Beinahe ebenso kritisch wie das Thema Plastik empfinden die Befragten die Verknappung von Frischwasserreserven – 59 Prozent finden diese sehr bedrohlich, weitere 32 Prozent eher bedrohlich.

Auch der Klimawandel bereitet den meisten Menschen in Deutschland Sorgen. 58 Prozent finden ihn sehr bedrohlich, 30 Prozent eher bedrohlich. Diese Wahrnehmung entspricht auch den Einschätzungen zur Spürbarkeit von Folgen des Klimawandels in Deutschland (Kapitel 4.1). Das Sichtbarwerden von Dürren und Waldbränden in der persönlichen Umgebung und medialen Berichterstattung trägt offenbar zu diesem Bewusstsein bei (siehe Zitate aus den Fokusgruppen).

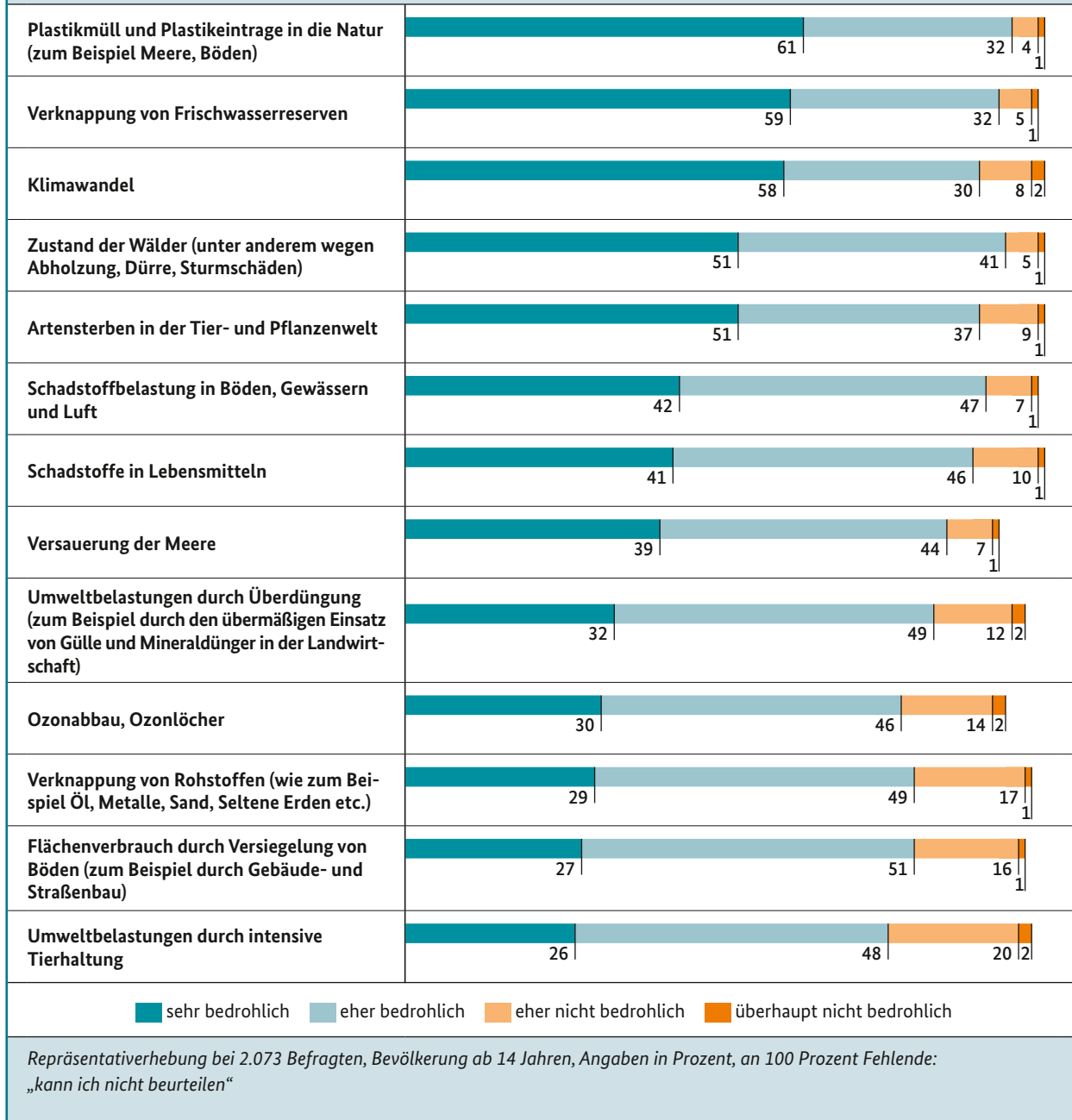
Der Zustand der Wälder und das Artensterben verursachen ebenfalls deutliche Besorgnis in der Bevölkerung. So nehmen hier jeweils 51 Prozent eine sehr hohe Bedrohung wahr. Die Schadstoffbelastung in Böden, Gewässern, Luft und Lebensmitteln wie auch die Versauerung der Meere schätzen etwa 40 Prozent als sehr bedrohlich ein.

[...] dass diese Vernetzung von den Problemen, die wir momentan global haben, vielleicht für den einen oder anderen gar nicht richtig erfassbar sind und man das den Leuten nicht zutraut das zu erfassen [...].

Teilnehmerin der Fokusgruppen,
18 Jahre, aus mittelgroßer Stadt in Hessen

Abbildung 8: Wahrgenommene Bedrohlichkeit von Umweltproblemen

Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie nochmals die Umweltprobleme aus der letzten Frage, über die im Zusammenhang mit der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen diskutiert wird. Bitte geben Sie jeweils an, als wie bedrohlich Sie diese Umweltprobleme einschätzen.



In Griechenland wollte ich zu einer Insel fahren [...] Das ganze Meer war voller weißer Plastiktüten. Sowas habe ich noch nie gesehen in meinem Leben. Da war ich geschockt.

Teilnehmerin der Fokusgruppen, 53 Jahre, aus mittelgroßer Stadt in Bayern

Aber jetzt in diesem Jahr im Sommer, wo so viele Vergleichsbilder von Waldstücken vor fünf Jahren und wie es jetzt aussieht, kamen. Und die ganzen Flüsse, die ausgetrocknet sind, es waren wunderschöne grüne Wälder mit Bächen. Jetzt ist es auf einmal eine Art Wüste. Das hat mich sehr mitgenommen.

Teilnehmerin
der Fokusgruppen,
42 Jahre,
aus mittelgroßer
Stadt in Brandenburg

Etwas weniger akut werden die Umweltbelastungen durch Überdüngung und intensive Tierhaltung, Ozonabbau, Verknappung von Rohstoffen und Flächenverbrauch durch Bodenversiegelung eingeschätzt. Knapp weniger als ein Drittel der Befragten sieht diese Themen als sehr bedrohlich an, während die Hälfte der Befragten sie als eher bedrohlich empfindet.

Umweltprobleme trotz Informationsdefiziten als hoch bedrohlich wahrgenommen

Der Klimawandel, Plastikeinträge in die Natur, das Artensterben und der Zustand der Wälder sind sowohl bei der Informiertheit als auch bei der wahrgenommenen Bedrohlichkeit weit oben gelistet (Abbildungen 7 und 8). Die Menschen in Deutschland wissen also gut über diese akuten Umweltprobleme Bescheid und sind dementsprechend besorgt.

Anders sieht es bei den Kreisläufen von Stickstoff und Phosphor aus. Diese werden zwar ebenfalls bereits überschritten, jedoch ist die Informiertheit über deren Ursachen wie Überdüngung und intensive Tierhaltung weniger stark ausgeprägt. Auch werden sie als weniger bedrohlich wahrgenommen. Die Teilnehmenden der Fokusgruppen vermuten, dass ein Grund für diese unterschiedliche Einschätzung darin liegt, dass die Auswirkungen mancher Umweltprobleme wie dem Zustand der Wälder unmittelbar sichtbar und erlebbar sind und dadurch bedrohlicher wirken. Entsprechend wird vermutet, dass intensive Tierhaltung und Überdüngung als weniger problematisch betrachtet werden, da die entsprechenden planetaren Grenzen und die Schädigung der Biosphäre dabei nicht direkt sichtbar oder spürbar für die Menschen werden.

Zu den Themen Verknappung von Frischwasserreserven, Ozonloch sowie Versauerung der Ozeane fühlt sich die Bevölkerung weniger gut informiert. Den Ozonverlust und die Meeresversauerung empfinden die Menschen in Deutschland auch als etwas weniger bedrohlich – ganz anders als das Thema Frischwasserknappheit, das sie als sehr bedrohlich wahrnehmen. Auch Schadstoffe in Lebensmitteln, Böden, Gewässern und in der Luft sind ein Umweltthema, über das sich die Menschen zwar weniger gut informiert fühlen, das sie aber dennoch als bedrohlich empfinden. Diese Themen werden vermutlich auch deswegen als bedrohlicher wahrgenommen, da sich die Qualität von Trinkwasser, Atemluft oder Lebensmitteln unmittelbar auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auswirkt (Kapitel 5.2).

Teilnehmerin der Fokusgruppen,
51 Jahre, aus Schleswig-Holstein
auf dem Land

Wir waren jetzt vor einiger Zeit im Harz im Urlaub, und diese toten Wälder, die da so sind, das ist sehr präsent, wenn man es vor Augen hat. Aber da haben wir in den letzten Wochen auch viel gehabt, wo es hier in Deutschland gebrannt hat. Das finde ich persönlich sehr erschreckend.

3.4 Politische Aufgabenbereiche im Umweltschutz

Die Menschen in Deutschland nehmen viele Umweltprobleme als sehr bedrohlich wahr. Dementsprechend sehen viele von ihnen auch die diesbezüglichen politischen Ziele und Maßnahmen für den Umweltschutz als sehr wichtig an.

Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft

Bei den politischen Aufgabenbereichen steht ebenso wie bei der wahrgenommenen Bedrohlichkeit das Thema Plastikeinträge ganz oben auf der Liste: Eine starke Mehrheit (75 Prozent) stuft die Verringerung von Plastikmüllinträgen in die Natur als sehr wichtige politische Aufgabe ein (Abbildung 9). Auch die Kreislaufwirtschaft wird als wichtiges politisches Ziel gesehen, also Rohstoffe und Güter stärker wiederzuverwerten, eine lange Produktnutzung zu fördern und von der Wegwerfmentalität abzuweichen. 72 Prozent der Befragten finden es sehr wichtig, die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Mediale verbreitete Bilder von riesigen in den Meeren treibenden Müllinseln sowie von an Plastikteilen verendeten Tieren könnten dazu beitragen, dass die Notwendigkeit von Veränderungen und politischem Handeln bei diesem Thema vermehrt wahrgenommen wird.

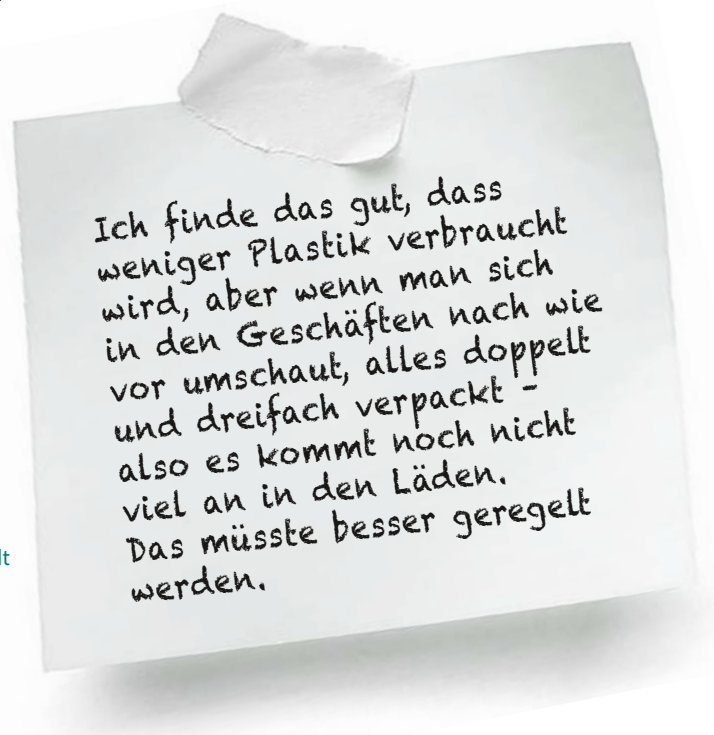
Den Klimaschutz und das Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu beschränken, sehen 62 Prozent der Befragten als sehr wichtig an. Damit steht der Klimaschutz an vierter Stelle der politischen Ziele und Maßnahmen. Auch schätzen gut die Hälfte der Befragten den Umstieg auf erneuerbare Energien als sehr wichtig ein.

Teilnehmerin
der Fokusgruppen,
59 Jahre,
aus mittelgroßer Stadt
in Sachsen-Anhalt

Natur- und Artenschutz weitgehend Konsens, Atomausstieg und Tempolimit polarisieren

Rund 60 Prozent der Befragten schätzen es unter den Themen des Naturschutzes als sehr wichtige politische Aufgabe ein, das Artensterben zu verhindern und Ökosysteme unter Schutz zu stellen. Künstliche Dünger und Pestizide in der Landwirtschaft zu reduzieren, findet die Hälfte der Befragten sehr wichtig. Um Naturräume zu erhalten, erachten es 41 Prozent der Befragten als sehr wichtig, auf den Bau neuer Straßen und Gebäude zu verzichten. Die allgemeine Zustimmung (eher und sehr wichtig) zur Wichtigkeit dieser Aufgaben liegt bei über 80 Prozent.

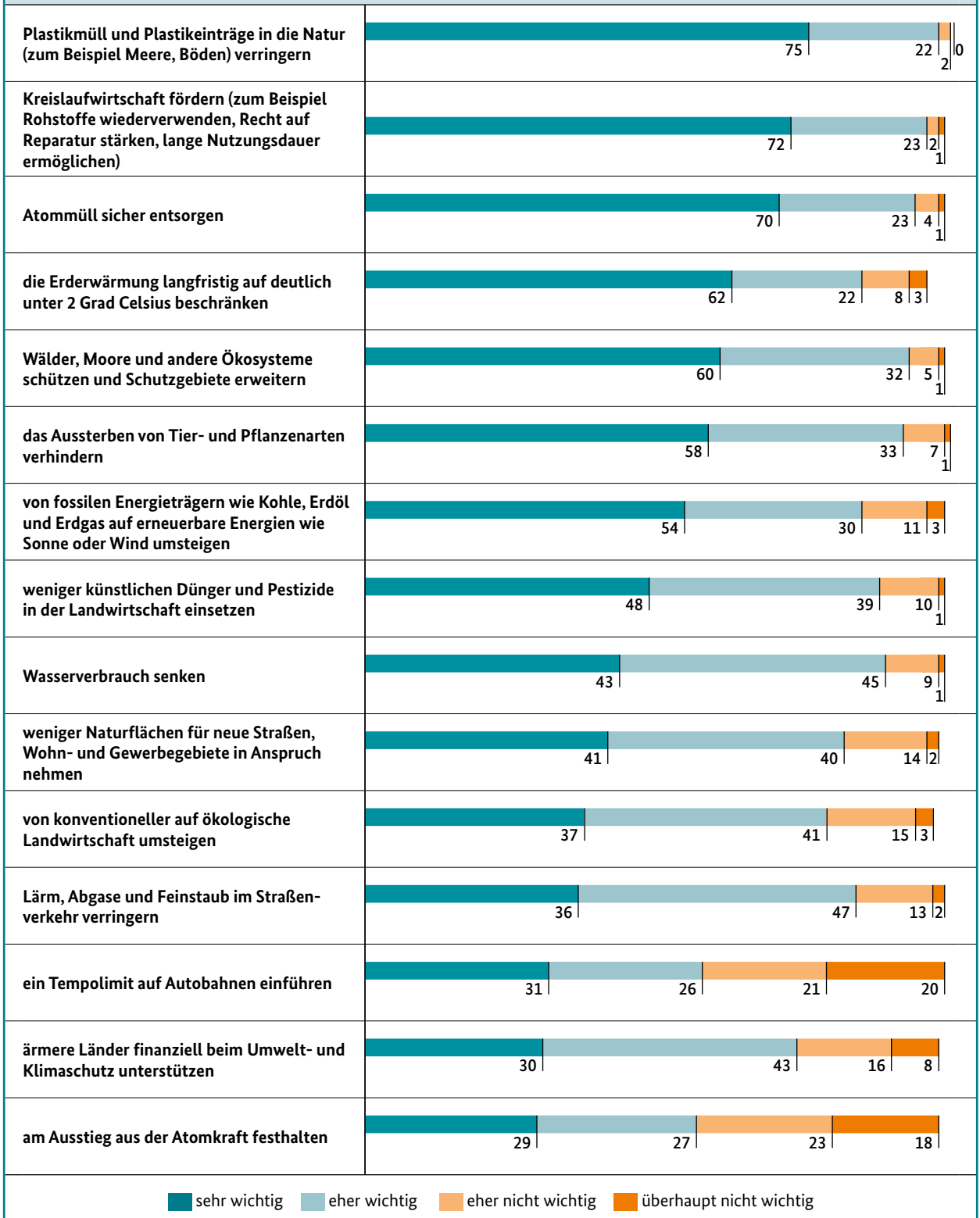
In der Prioritätenliste der politischen Aufgabenbereiche liegen der Umstieg auf eine ökologische Landwirtschaft sowie die Verringerung von Lärm, Abgasen und Feinstaub im Straßenverkehr im mittleren Bereich. Auch die Senkung des Wasserbrauches stufen nur 43 Prozent als sehr wichtig ein, allerdings ist die allgemeine Zustimmung (Einschätzung als eher oder sehr wichtig) zu dieser Maßnahme bei 88 Prozent im Vergleich hoch. Die Verknappung von Frischwasserreserven wird entsprechend als besonders bedrohlich empfunden (Abbildung 8). Im Hinblick auf die globale Perspektive findet es rund ein Drittel der Befragten sehr wichtig, ärmere Länder beim Umwelt- und Klimaschutz zu unterstützen.



Ich finde das gut, dass weniger Plastik verbraucht wird, aber wenn man sich in den Geschäften nach wie vor umschaute, alles doppelt und dreifach verpackt - also es kommt noch nicht viel an in den Läden. Das müsste besser geregelt werden.

Abbildung 9: Wie wichtig die Menschen verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz finden

Frage: Auf dieser Liste stehen verschiedene mögliche Aufgabenbereiche im Umweltschutz. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig die jeweilige Aufgabe aus Ihrer Sicht ist.



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

70 Prozent der Befragten finden es sehr wichtig, Atommüll sicher zu entsorgen. Damit ist dies die dritt wichtigste der abgefragten politischen Aufgaben. Gleichzeitig sind sich die Befragten aber uneinig, ob am Ausstieg aus der Atomkraft festgehalten werden sollte. Diese Maßnahme finden 29 Prozent der Befragten sehr wichtig. 18 Prozent finden den Ausstieg aus der Atomkraft gar nicht wichtig. Vergleicht man, wie hoch der Anteil der Menschen ist, die den Atomausstieg insgesamt (eher) wichtig finden, so ist dies mit 55 Prozent eine knappe Mehrheit gegenüber 41 Prozent, die den Ausstieg (eher) nicht wichtig finden. Diese knappe Mehrheit kann ebenfalls der Energiekrise in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zugerechnet werden.

Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn finden 31 Prozent der Befragten sehr wichtig, 20 Prozent hingegen überhaupt nicht wichtig. Im „Autoland Deutschland“ ist das Tempolimit damit ebenfalls ein kontroverses Thema: Zwar spricht sich eine Mehrheit von 57 Prozent (eher) dafür aus, doch gibt es mit 41 Prozent auch besonders viele Gegenstimmen, die ein Tempolimit als (eher) nicht wichtig erachten.

Informiertheit und Besorgnis wachsen mit Alter und Bildungsniveau

Die soziodemografischen Unterschiede bei der Informiertheit und wahrgenommenen Bedrohlichkeit von Umweltthemen sowie den umweltpolitischen Aufgabenbereichen werden aufgrund der hohen Übereinstimmung hier zusammen diskutiert.

Mit höherem Alter sprechen sich die Befragten stärker für Umweltschutz aus, geben an, bei einigen Themen besser informiert zu sein, und empfinden viele der abgefragten Umweltrisiken als bedrohlicher. Im Kontrast dazu fühlen sich Menschen zwischen 30 und 49 Jahren am wenigsten informiert oder bedroht und messen Umweltschutz als politische Aufgabe eine geringere Bedeutung bei. Insbesondere den Rohstoffverbrauch, die Flächenversiegelung, Umweltbelastungen durch Tierhaltung und Überdüngung sowie das Ozonloch empfinden ältere Menschen als deutlich bedrohlicher als andere Altersgruppen. Die 14- bis 29-Jährigen liegen bei der empfundenen Bedrohlichkeit vieler Umweltthemen sowie der Wichtigkeit politischer Ziele und Maßnahmen im Durchschnitt. Diese junge Gruppe spricht sich jedoch stärker als andere Altersgruppen für die Bekämpfung des Klimawandels und für die Energiewende aus.

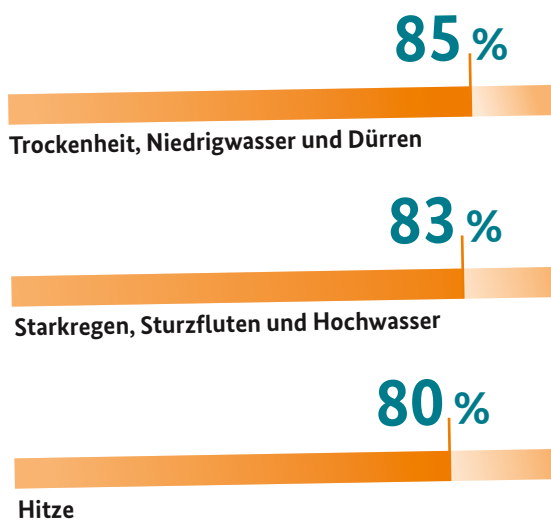
Menschen mit hohem oder sehr hohem Bildungsniveau sind laut eigener Aussage über Klimawandel, Plastikeinträge, Artensterben und Ressourcenknappheit etwas besser informiert als Menschen mit einfacher und mittlerer Bildung. So fühlen sich 67 Prozent der Menschen mit einfacher und mittlerer Bildung (sehr) gut über den Klimawandel informiert, während es bei höher Gebildeten über 80 Prozent sind. Menschen mit hoher oder sehr hoher Bildung finden Umweltschutzthemen tendenziell etwas wichtiger, während Personen mit mittlerer Bildung diesen weniger Bedeutung beimessen – sogar etwas weniger als Menschen mit einfacher Bildung.

Weibliche Personen schätzen Umweltthemen insgesamt als etwas bedrohlicher ein und bewerten die entsprechenden politischen Aufgaben als relevanter. Besonders deutlich wird der Unterschied bei den Themen Tempolimit und Atomausstieg. Während über 60 Prozent der weiblichen Befragten diese Maßnahmen unterstützen, sind es bei den männlichen Befragten rund 10 Prozentpunkte weniger. Über alle Bereiche hinweg finden sich kaum nennenswerte Effekte des Einkommens auf die wahrgenommene Bedrohlichkeit von Umweltproblemen oder die Bewertung der Relevanz politischer Maßnahmen.

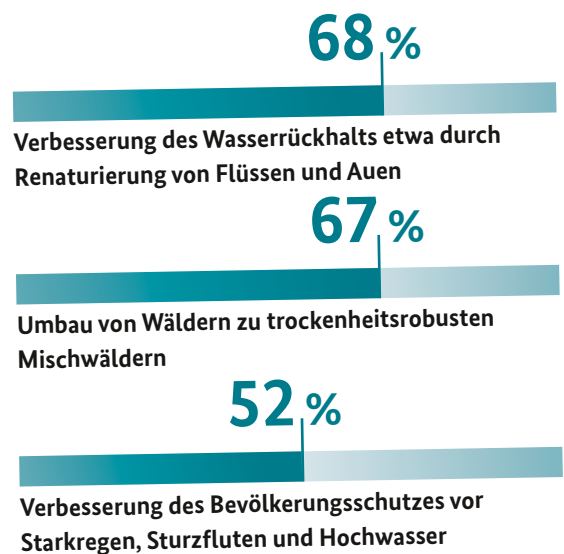
4. Klimafolgen und Anpassung an den Klimawandel

Die große Mehrheit der Menschen spürt die Folgen des Klimawandels und sieht großen politischen Handlungsbedarf.

Welche Auswirkungen des Klimawandels sind bereits stark spürbar?



Welche Maßnahmen zur Anpassung sind sehr wichtig?



Die Folgen des Klimawandels führten in Deutschland kombiniert mit weiteren Einflüssen des Menschen auf die Umwelt in den vergangenen Jahren zu deutlichen Schäden an Eigentum, Leib und Leben. Bei den schweren Sturzfluten und Überschwemmungen im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Sachsen verloren infolge von andauerndem Starkregen über 180 Menschen in Deutschland ihr Leben, über 800 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt (BMI/BMF 2022).

Vor allem aber waren die letzten Jahre durch Hitzeperioden und Trockenheit in den Sommermonaten geprägt, wobei es in den Jahren 2018 bis 2022 schätzungsweise zu 25.000 hitzebedingten Todesfällen in Deutschland kam (RKI 2022). „Sowohl die Häufigkeit wie auch die Intensität dieser sehr trockenen und warmen Sommermonate lässt sich nur durch den menschgemachten Klimawandel erklären“, stellte der Deutsche Wetterdienst fest (DWD 2022, Seite 13). Die Befragung zu dieser Umweltbewusstseinsstudie wurde vor allem in der zweiten Junihälfte 2022 durchgeführt (siehe Methodenbeschreibung in Kapitel 1). Bereits in diesem Zeitraum traten extreme Hitze und Trockenheit sowie vermehrte Waldbrände in Deutschland auf und stellten somit den Kontext für die Studie dar.

Vor dem Hintergrund dieser Extremwetterereignisse wurden zwei neue Fragen in die Befragung aufgenommen: zu den wahrgenommenen Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland sowie zu den als wichtig angesehenen Maßnahmen zur Abmilderung dieser Auswirkungen. Ähnliche Fragen wurden bereits in einer Zusatzbefragung zur Klimaanpassung in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 gestellt (BMUV/UBA 2021).

4.1 Wahrnehmung von Folgen des Klimawandels

Im Folgenden wird dargestellt, wie die Menschen die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland wahrnehmen. Dass angesichts dieser Folgen des Klimawandels zwei Drittel der Befragten Angst empfinden, zeigt Kapitel 6.1.

Über 80 Prozent der Menschen in Deutschland spüren Klimafolgen in allen Bereichen

Der Klimawandel und seine Folgen werden von einer überwiegenden Mehrheit der Menschen wahrgenommen. Nimmt man neben den sehr starken und starken Auswirkungen noch die Auswirkungen hinzu, die als

weniger stark wahrgenommen werden, geben über 80 Prozent der Befragten für alle sieben abgefragten Bereiche an, Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland zu spüren (Abbildung 10). Mindestens 45 Prozent der Befragten geben jeweils an, dass sehr starke oder starke Auswirkungen des Klimawandels spürbar sind. Für fünf dieser Klimafolgen sagen dies sogar mindestens 75 Prozent. Sehr starke Auswirkungen spüren in allen erfragten Bereichen aber jeweils weniger als die Hälfte der Befragten.

Für die Befragten sind Trockenheit, Niedrigwasser und Dürren besonders stark spürbar: 85 Prozent der Befragten geben hier an, dass sie sehr starke oder starke Auswirkungen wahrnehmen. Dies könnte durch die Trockenheit während des Erhebungszeitraums im Sommer 2022 und der Vorjahre begründet sein. Auch bei vier weiteren Klimafolgen spüren über drei Viertel der Befragten starke oder sehr starke Auswirkungen – bei Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser (83 Prozent), Hitze (80 Prozent), dem Rückgang von Gletschern und Schneefall (77 Prozent) sowie dem Zustand natürlicher Lebensräume von Tieren und Pflanzen (76 Prozent). Dass Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser auf dem zweiten Platz der (sehr) stark gespürten Klimafolgen landen, ist wahrscheinlich auf die Erinnerung an die extremen Überschwemmungen im Juli 2021 in einigen Gegenden Deutschlands zurückzuführen.

In geringerem Ausmaß nehmen die Menschen (sehr) starke Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung (52 Prozent) und den Meeresspiegelanstieg (45 Prozent) wahr.

Gesundheitliche Folgen des Klimawandels – eine Frage der Umweltgerechtigkeit?

Die Wahrnehmung der meisten abgefragten Auswirkungen des Klimawandels unterscheidet sich kaum zwischen unterschiedlichen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen. Bei den Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden zeigt sich allerdings eine Tendenz, dass diese umso stärker wahrgenommen werden, je geringer das Pro-Kopf-Einkommen und die Bildung der Befragten ist. 61 Prozent der Menschen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und 59 Prozent derjenigen mit einfacher Bildung geben an, dass sie (sehr) starke Auswirkungen des Klimawandels auf Gesundheit und Wohlbefinden spüren. Demgegenüber empfinden dies nur 47 Prozent der Menschen mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen und 46 Prozent der Menschen mit sehr hoher Bildung so. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass sozial schlechter gestellte Men-

schen von Umweltproblemen oftmals stärker betroffen sind und daher auch unter gesundheitlichen Folgen des Klimawandels stärker leiden.

4.2 Politische Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel

Bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 hat die weit überwiegende Mehrheit der Befragten Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels als notwendig angesehen: 92 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass der Klimawandel bereits stattfindet, weswegen dringend Maßnahmen zur Anpassung an seine Folgen ergriffen werden sollten (BMUV/UBA 2022). Um ein genaueres Bild davon zu bekommen, welche Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel für die deutsche Bevölkerung Priorität haben, wurde in der Umweltbewusstseinsstudie 2022 nach der Wichtigkeit konkreter Maßnahmen gefragt.

Menschen finden vor allem Maßnahmen zur Überschwemmungs- und Dürrevorsorge bedeutsam

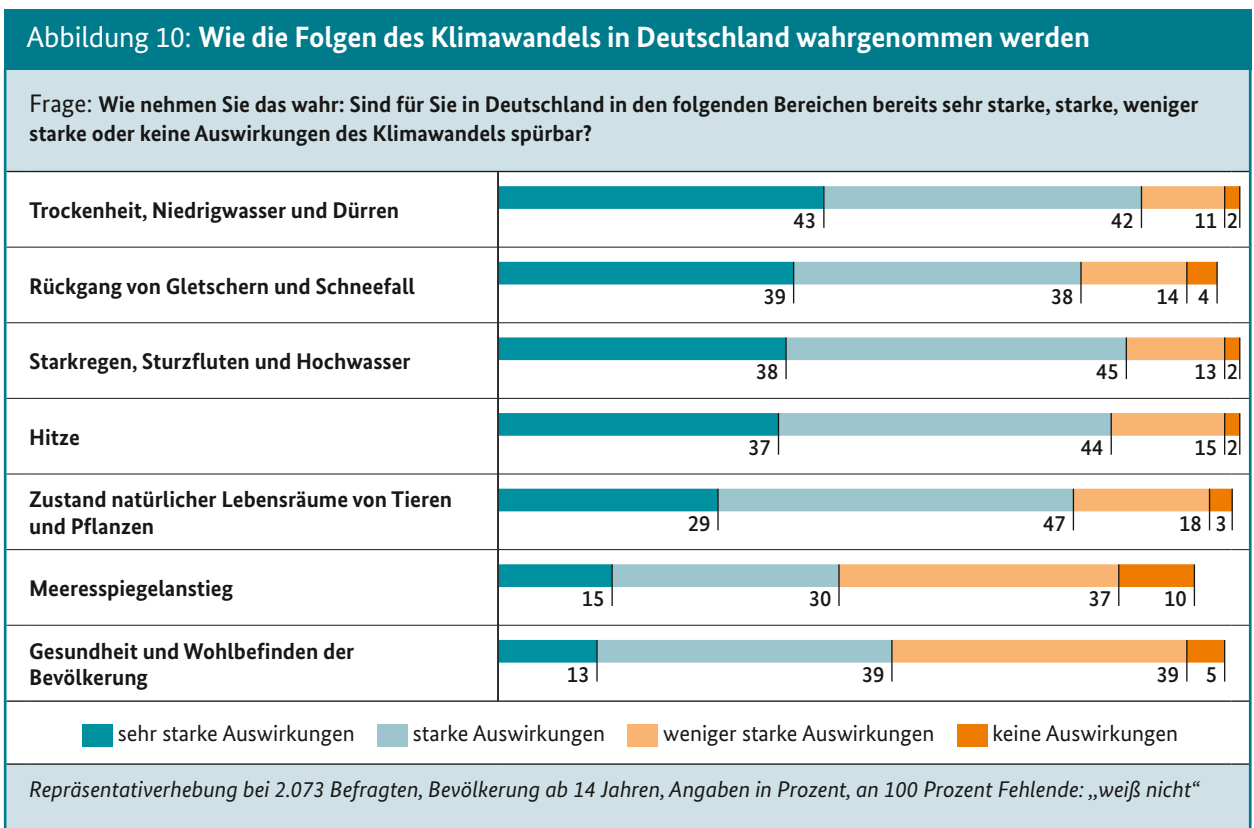
Insgesamt zeigt sich: Die Menschen in Deutschland sehen nicht nur Handlungsbedarf beim Klimaschutz (Kapitel 2, 3 und 8), sondern auch bei der Anpassung

an den Klimawandel. Über 70 Prozent der Befragten bewerten alle abgefragten Maßnahmenbereiche als sehr oder eher wichtig (Abbildung 11).

Am wichtigsten werden Maßnahmen zur Anpassung an „zu viel Wasser“ und „zu wenig Wasser“ eingeschätzt: Mehr als zwei Drittel sehen die Verbesserung des Wasserrückhalts zum Schutz vor Überschwemmungen und den Umbau der Wälder zu trockenheitsrobusten Mischwäldern als sehr wichtig an – ein Ergebnis, das wahrscheinlich auch durch die Waldbrände im Befragungszeitraum der Umweltbewusstseinsstudie 2022 geprägt ist.

An zweiter Stelle – und von je rund der Hälfte der Befragten als sehr wichtig eingeschätzt – stehen der Schutz der Bevölkerung vor Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser, der Schutz vor extremer Hitze durch kühlende Stadtnatur und Gebäudedämmung sowie bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen und Überschwemmungsschäden.

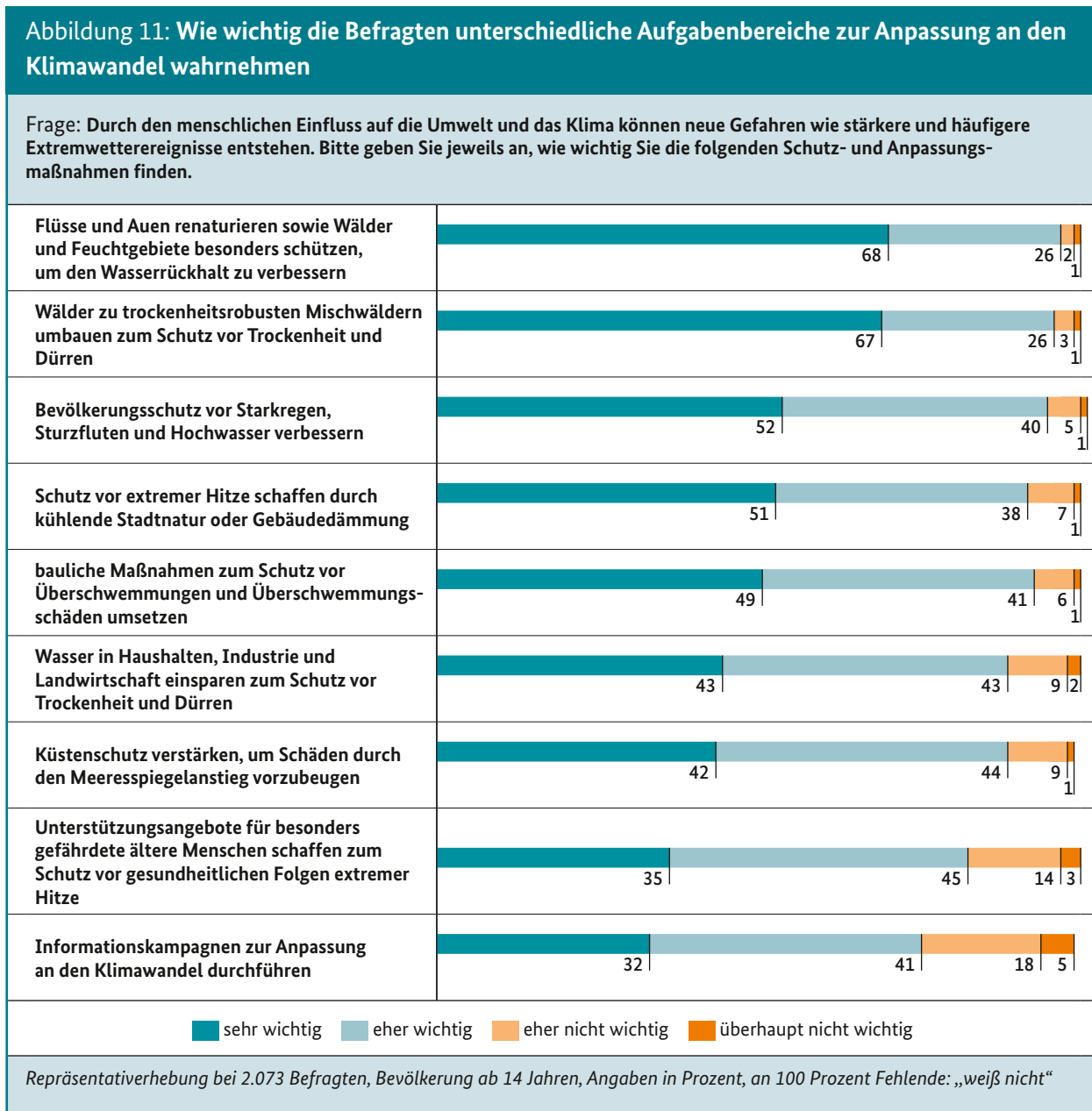
Mit etwas geringeren Zustimmungswerten sieht eine große Mehrheit der Befragten Maßnahmen zum Wassersparen und Küstenschutz, Hilfe für ältere Menschen bei Hitze und Informationskampagnen als wichtig an. Folglich gibt es aus Sicht der deutschen Bevölkerung in allen genannten Bereichen deutlichen Handlungsbedarf.



Gesundheitsschutz bei Hitze – je nach Altersgruppe unterschiedlich eingeschätzt

Insgesamt schätzen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen die Wichtigkeit der verschiedenen Maßnahmen ähnlich ein. Wenig überraschend finden ältere Menschen die Verbesserung der Unterstützungsangebote für besonders gefährdete ältere Menschen zum Schutz vor gesundheitlichen Folgen extremer Hitze relevanter als andere Altersgruppen. 88 Prozent der Befragten ab 65 Jahren sehen dies als sehr oder eher wichtig an, bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 74 Prozent. Auch weitere Maßnahmen befürworten Menschen ab 65 Jahren stärker als Jüngere.

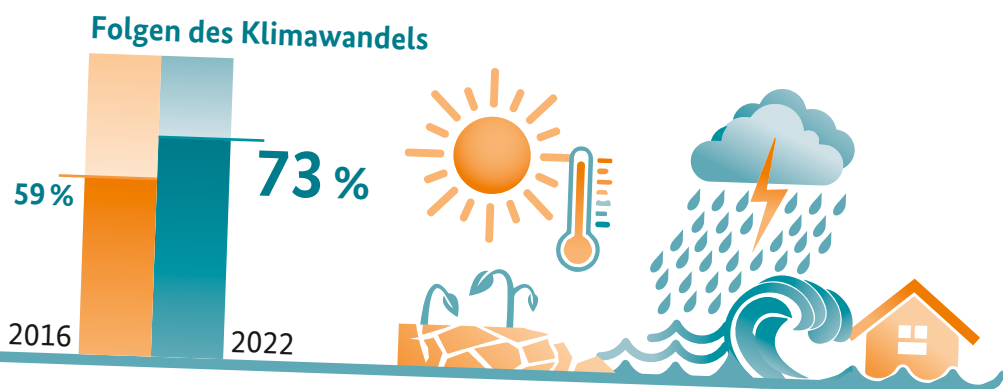
Weitere Unterschiede bestehen darin, dass mit 10 Prozentpunkten weniger Befragte in ostdeutschen Bundesländern – gegebenenfalls aufgrund der geringeren Sturmflutrisiken an der Ostsee – die Verbesserung des Küstenschutzes wichtig finden als Befragte in westdeutschen Bundesländern. Auch Informationskampagnen zur Anpassung an den Klimawandel finden Menschen in ostdeutschen Bundesländern mit einem Unterschied von 16 Prozentpunkten weniger wichtig als Menschen in Westdeutschland. Beide Maßnahmen befürworten die Befragten in Ostdeutschland aber ebenfalls mehrheitlich (77 bzw. 60 Prozent).



5. Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität

Immer mehr Menschen befürchten, dass Folgen des Klimawandels ihrer Gesundheit schaden könnten.

Bei welchen Umwelteinflüssen die Einschätzungen starker Gesundheitsgefährdung seit 2016 besonders zugenommen haben



Der Zustand der Umwelt wirkt sich auf die menschliche Gesundheit und auf die Lebensqualität aus. So sind hier beispielsweise sauberes Wasser, saubere Luft und gesunde Lebensmittel entscheidend, aber auch intakte Ökosysteme und angenehme Umgebungstemperaturen. Letztere werden aufgrund von Hitzeperioden, die durch den Klimawandel zunehmen und die Gesundheit stark gefährden (Kapitel 4), zu einem immer wichtigeren gesundheitsrelevanten Umweltfaktor. Doch wie nehmen die Menschen in Deutschland wahr, wie Umwelt und Umweltschutz mit Lebensqualität und Gesundheit zusammenhängen?

5.1 Veränderungsbedarfe für eine bessere Lebensqualität

Ein gutes Leben und wie sich dies für alle Menschen erreichen lässt – darum geht es bei den folgenden Ergebnissen. Hierzu wurden die Teilnehmenden der Studie gefragt, welche fünf von insgesamt dreizehn Maßnahmenbereichen sie als am dringendsten ansehen, um notwendige Veränderungen zur Erreichung dieses Ziels umzusetzen. Zur Auswahl gestellt wurden Maßnahmen für Umwelt-, Klima- und Naturschutz neben anderen politischen Herausforderungen wie die Stärkung des Gesundheitswesens oder die Verringerung von Armut.

Auf dem ersten Platz landet – möglicherweise geprägt durch die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie – die Stärkung des Gesundheitswesens und der Pflege (Abbildung 12). Knapp zwei Drittel der Befragten halten hier eine Verbesserung für dringend notwendig. An zweiter Stelle steht ein besserer Zugang zu ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum, den 55 Prozent der Befragten als dringend notwendig ansehen. Auf dem dritten Rang liegt mit 48 Prozent der Nennungen die Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit.

Mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für fast die Hälfte der Befragten dringend notwendig

Mit sehr geringem Abstand zum dritten Rang landen an vierter Stelle mit gleicher Wichtigkeit die Verringerung der Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger, die Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie eine bessere Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln. Alle drei Maßnahmenbereiche sehen jeweils 46 Prozent der Befragten als dringend notwendig an.

Es fällt auf, dass insbesondere soziale Themen – Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit, bezahlbarer Wohnraum und bezahlbare Lebensmittel – eine große Dringlichkeit für die Befragten haben. Dies ist höchstwahrscheinlich auch auf die zum Zeitpunkt der Befragung gestiegenen und weiter steigenden Preise für Heizung, Strom und Lebensmittel in Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine zurückzuführen.

Rund ein Drittel der Befragten sieht es als dringend notwendig an, mehr in Infrastrukturen zu investieren, Bildungschancen zu verbessern und die Digitalisierung voranzubringen. Ein Viertel der Befragten sieht ein besseres Arbeitsplatzangebot und faire Löhne sowie die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit als dringend notwendig an. Als weniger dringend erachten die Befragten Veränderungen im Bereich Diskriminierung und Chancengleichheit sowie bei der Integration von Zugewanderten.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für junge Menschen am wichtigsten

Die abgefragten Veränderungsbedarfe hängen eng mit aktuellen Herausforderungen in Deutschland zusammen, die manche Teile der Bevölkerung mehr betreffen als andere. Je nach Alter, Bildung und Einkommen können sich also die als dringend notwendig angesehenen Politikmaßnahmen unterscheiden.

Die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen sieht im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz deutlich dringlicheren Veränderungsbedarf als ältere Altersgruppen. Mit 58 Prozent Zustimmung ist es für die junge Bevölkerungsgruppe sogar der wichtigste Maßnahmenbereich. Auch die Verhinderung von Diskriminierung und bessere Chancengleichheit finden junge Menschen deutlich wichtiger als ältere. Mit zunehmendem Alter sind den Menschen eine Stärkung des Gesundheitswesens und der Pflege, eine Verringerung der Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger sowie eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit wichtig. Menschen ab 65 Jahren unterscheiden sich von den jüngeren Altersgruppen zudem darin, dass sie Veränderungen für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum als dringlicher ansehen.

Je geringer die Bildung und das Pro-Kopf-Einkommen sind, desto mehr finden die Menschen solche Veränderungen dringlich, die unmittelbar die finanzielle Situation der Privathaushalte verbessern würden: bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Lebensmittel, faire Löhne und Verringerung von Armut. So steht für 62 Prozent

Abbildung 12: Welche Veränderungen als dringend notwendig angesehen werden, um die Lebensqualität zu verbessern (Zeitvergleich)

Frage: In welchen Bereichen sind aus Ihrer Sicht dringend Veränderungen erforderlich, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Bitte wählen Sie die fünf wichtigsten Bereiche aus.

Gesundheitswesen und Pflege stärken	2022	65
	2020	71
ausreichender und bezahlbarer Wohnraum	2022	55
	2020	55
Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit	2022	48
	2020	54
Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln	2022	46
	2020	27
mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	2022	46
	2020	61
Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger (zum Beispiel Öl, Erdgas) verringern*	2022	46
	2020	
mehr Investitionen in Infrastrukturen (wie Straßen- und Schienennetz, Strom- und Wärmenetze)	2022	34
	2020	27
Verbesserung von Bildungschancen	2022	32
	2020	41
Digitalisierung voranbringen	2022	29
	2020	32
besseres Arbeitsplatzangebot und faire Löhne	2022	26
	2020	35
Verbesserung der öffentlichen Sicherheit	2022	24
	2020	27
Diskriminierung verhindern und Chancengleichheit für alle	2022	17
	2020	36
Integration von Zugewanderten	2022	14
	2020	23

Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten pro Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

* wurde in 2020 nicht erhoben – dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt

der Menschen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen die Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit an erster Stelle der dringenden Veränderungsbedarfe.

Je höher die Bildung und tendenziell auch je höher das Pro-Kopf-Einkommen der Befragten sind, desto dringlicher empfinden sie Veränderungen in solchen Bereichen, die sich langfristig auszahlen: Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, Infrastrukturen, Bildungschancen

und Digitalisierung. Mit 62 Prozent Zustimmung steht Umwelt-, Natur- und Klimaschutz in der höchsten Bildungsgruppe (mit Hochschulabschluss) sogar an erster Stelle der dringenden Veränderungsbedarfe.

Unterschiede in den Bewertungen zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland bestehen vor allem darin, dass Befragte in westdeutschen Bundesländern Veränderungen im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie

zur Verringerung der Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger als dringlicher ansehen als Befragte in ostdeutschen Bundesländern. Dafür bewerten Menschen in Ostdeutschland im Vergleich zu Menschen in Westdeutschland die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit als dringlicher.

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz offenbar weniger wichtig als noch 2020

Der Vergleich von Umfragewerten der Umweltbewusstseinsstudien über die Jahre ermöglicht es prinzipiell, Veränderungen und Trends erkennbar zu machen. Allerdings können die Ergebnisse zur Frage nach Veränderungsbedarfen für ein gutes Leben, die im Jahr 2020 schon einmal gestellt wurde, nur eingeschränkt mit dieser Erhebung verglichen werden. Da die Befragten im Jahr 2022 die für sie fünf wichtigsten Maßnahmenbereiche aus einer größeren Anzahl auswählen konnten als im Jahr 2020, sind die Prozentzahlen für die meisten Bereiche im Jahr 2022 geringer.

Dennoch lassen sich Tendenzen erkennen: Die Stärkung des Gesundheitswesens und der Pflege bleibt unverändert der Bereich, in dem die meisten Befragten dringenden Veränderungsbedarf sehen. Im Jahr 2020 hatten dies 71 Prozent als wichtiges Thema gewählt, 2022 waren es 65 Prozent (Abbildung 12).

Weil im Jahr 2022 aufgrund der Überarbeitung der Frage mehr Bereiche zur Auswahl standen, sind Steigerungen gegenüber den Ergebnissen aus 2020 besonders bemerkenswert. Diese zeigen sich vor allem bei der Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln und etwas weniger stark bei Investitionen in Infrastrukturen wie das Straßen-, Schienen-, Strom- oder Wärmenetz. Auch der Wunsch nach ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum ist nach wie vor groß. Der neu eingeführte Bereich – Verringerung der Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger – kam „aus dem Stand“ auf die vorderen Ränge. Diese Ergebnisse sind sehr wahrscheinlich auch durch die Folgen des Ukraine-Kriegs sowie die damit verbundene Energiekrise und Verteuerung von Lebensmitteln bedingt.

Diese Verschiebungen von als dringlich angesehenen Bereichen führen dazu, dass andere Bereiche als weniger prioritär eingestuft werden. Hierzu zählen insbesondere der Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Diskriminierung und Chancengleichheit, wo es besonders deutliche Abnahmen um 15 beziehungsweise 19 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2020 gibt. Dass das Interesse an Umwelt-, Natur- und Klima-

schutz etwas gesunken ist, deckt sich auch mit einem Ergebnis aus Kapitel 2: Bei der Frage, welche politischen Themen in Deutschland sehr wichtig sind, ist die Zustimmung zum Thema Umwelt- und Klimaschutz im Vergleich zur letzten Studie von 65 Prozent im Jahr 2020 auf 57 Prozent im Jahr 2022 etwas gesunken – das Thema bleibt aber mit Platz fünf weiterhin auf den vorderen Plätzen (Abbildung 1). Bei der Frage, in welchen Bereichen dringende Veränderungsbedarfe gesehen werden, belegt die Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes Platz vier (Abbildung 12).

5.2 Wahrnehmung von Gesundheitsbelastungen durch die Umwelt

Das Wohlergehen von Natur und Umwelt ist eng verknüpft mit dem der Menschen. Schadstoffe, Chemikalien und Plastik in Trinkwasser und Böden können die menschliche Gesundheit belasten. Wie nehmen die Menschen in Deutschland diese Zusammenhänge wahr?

Plastik in Trinkwasser und Lebensmitteln als sehr gesundheitsschädlich wahrgenommen

Der Bevölkerung ist das gesundheitliche Risiko von Umwelteinflüssen sehr bewusst (Abbildung 13). Auf die Frage, welche Umweltfaktoren die Gesundheit schädigen können, nennen die Befragten allen voran solche, die mit Nahrung zu tun haben: Schadstoffe im Trinkwasser, Plastikpartikel in Trinkwasser und Lebensmitteln sowie Schadstoffe und Pflanzenmittelrückstände in Lebensmitteln. Wenn diese Schadstoffe und Partikel in Trinkwasser oder Lebensmitteln auftreten, können damit nach Meinung von rund vier Fünfteln der Befragten (äußerst) starke Gesundheitsschäden einhergehen. Damit werden – obwohl die Forschung hierzu noch am Anfang steht – sogar Plastikpartikeln sehr starke gesundheitsschädliche Folgen zugeschrieben.

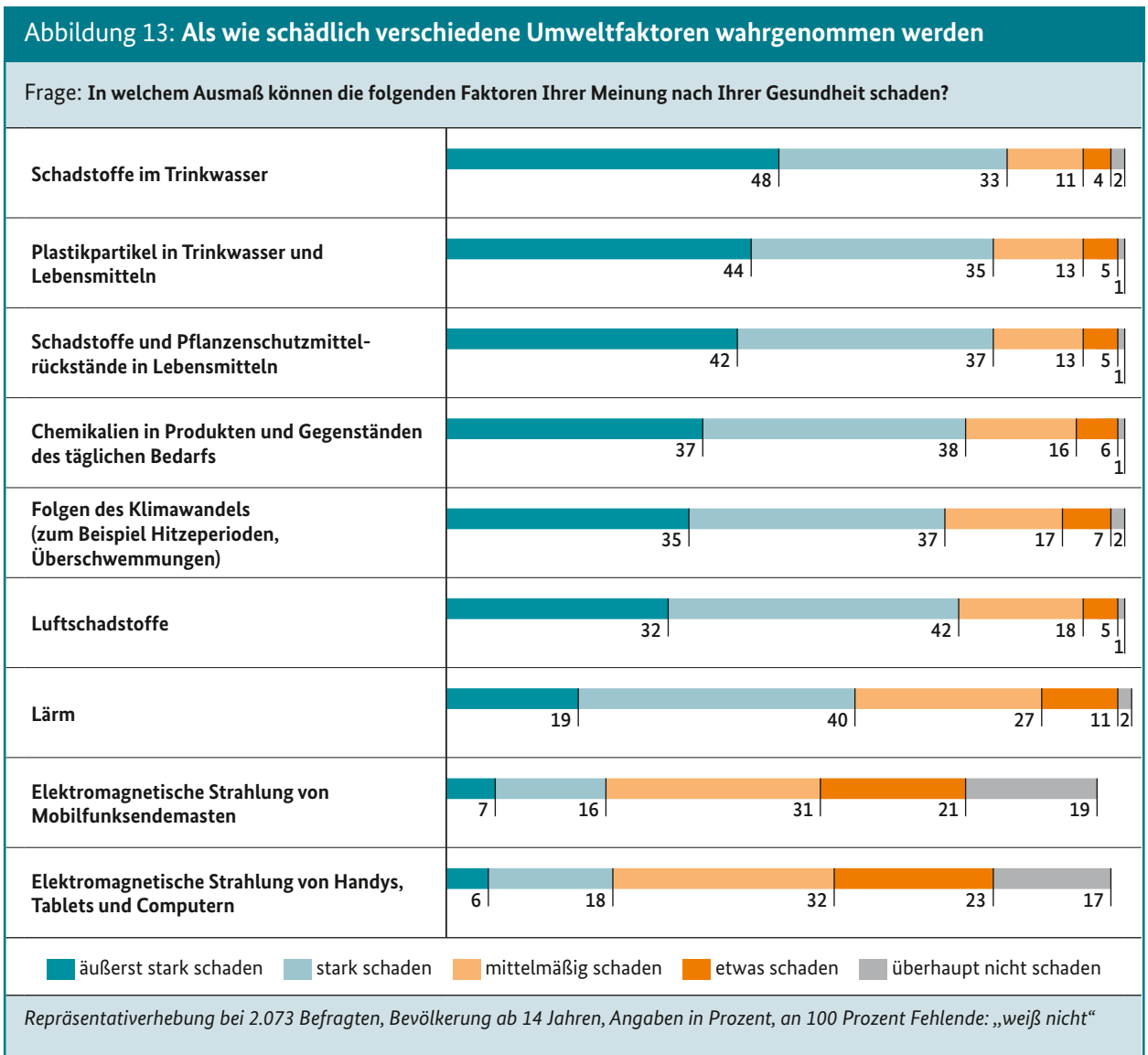
Aber auch Chemikalien in Alltagsprodukten, Luftschadstoffe und die Folgen des Klimawandels können die Gesundheit nach Ansicht der Befragten in hohem Maße schädigen. Rund drei Viertel der Befragten gehen davon aus, dass diese Umweltfaktoren (äußerst) starke Gesundheitsschäden hervorrufen können.

Den Einfluss von Lärm auf die Gesundheit schätzen die Befragten als weniger gravierend ein, jedoch geht auch hier deutlich mehr als die Hälfte der Menschen von (äußerst) starken möglichen gesundheitlichen Schäden aus.

Elektromagnetische Strahlung von Handys, Tablets, Computern und Mobilfunksendemasten sehen die meisten Befragten als weniger gefährlich für die Gesundheit an. Rund ein Viertel der Menschen geht davon aus, dass diese Strahlung der Gesundheit (äußerst) stark schaden kann. Allerdings gibt es hierfür kaum eine wissenschaftliche Grundlage: Der Großteil der nationalen und internationalen Studien kann keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen elektromagnetischer Strahlung und gesundheitlichen Symptomen feststellen.

Folgen des Klimawandels – deutlich schädlicher eingeschätzt als im Jahr 2016

Im Vergleich mit der Umweltbewusstseinsstudie des Jahres 2016, in der die Frage zur Gesundheitsschädlichkeit von Umweltfaktoren schon einmal gestellt wurde, zeigt sich, dass insbesondere die Folgen des Klimawandels als deutlich schädlicher eingeschätzt werden (Abbildung 14). Sagten 2016 noch 59 Prozent der Befragten, dass die Folgen des Klimawandels der Gesundheit (äußerst) stark schaden können, nennen



dies 73 Prozent der Befragten im Jahr 2022. Dies zeigt – wie schon in Kapitel 4 festgestellt – ein hohes und – wie nun hier festgestellt – ein offenbar gestiegenes Gefahrenbewusstsein für die Folgen des Klimawandels. Der Anstieg könnte auf die starken Überschwemmungen im Juli 2021 unter anderem an der Ahr und der Erft sowie die Hitzeperioden in den Sommern der letzten Jahre zurückzuführen sein, die zahlreiche Todesopfer forderten.

Auch die Einschätzung der Gesundheitsschädlichkeit von Lärm und Schadstoffen im Trinkwasser als (äußerst) stark ist gegenüber 2016 angestiegen, und zwar um 7 beziehungsweise 5 Prozentpunkte. Die Einschätzungen der anderen abgefragten Umweltfaktoren haben sich nicht wesentlich verändert.

Menschen mit einfacher Bildung, ältere Menschen und weibliche Befragte schätzen Gefahren als höher ein

Menschen mit einfacher Bildung schätzen die Gesundheitsgefahren der Umweltfaktoren oft am höchsten ein. Besonders ausgeprägt ist dieser Unterschied in der Befragung im Jahr 2022 bei der elektromagnetischen Strahlung: Rund ein Drittel der Menschen mit einfacher Bildung schätzt diese als (äußerst) stark schädlich ein. In den anderen Bildungsgruppen ist diese Einschätzung meist 10 Prozentpunkte geringer.

Weibliche Befragte schreiben allen umweltbezogenen Faktoren höhere gesundheitliche Gefahrenpotenziale zu als männliche Befragte. Besonders ausgeprägt sind

Abbildung 14: Als wie schädlich verschiedene Umweltfaktoren wahrgenommen werden (Zeitvergleich)

Frage: **In welchem Ausmaß können die folgenden Faktoren Ihrer Meinung nach Ihrer Gesundheit schaden?**
Antwort: „äußerst stark schaden“ und „stark schaden“

Umweltfaktor	Jahr	„äußerst stark schaden“	„stark schaden“
Schadstoffe im Trinkwasser	2022	81	76
	2016		
Plastikpartikel in Trinkwasser und Lebensmitteln	2022	79	78
	2016		
Schadstoffe und Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln	2022	79	77
	2016		
Luftschadstoffe	2022	75	74
	2016		
Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs	2022	75	74
	2016		
Folgen des Klimawandels (zum Beispiel Hitzeperioden, Überschwemmungen)	2022	73	59
	2016		
Lärm	2022	59	52
	2016		
Elektromagnetische Strahlung von Handys, Tablets und Computern	2022	24	24
	2016		
Elektromagnetische Strahlung von Mobilfunksendemasten	2022	23	25
	2016		

Repräsentativbefragung bei 2.073 Befragten (2022) beziehungsweise 1.035 Befragten (2016), Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

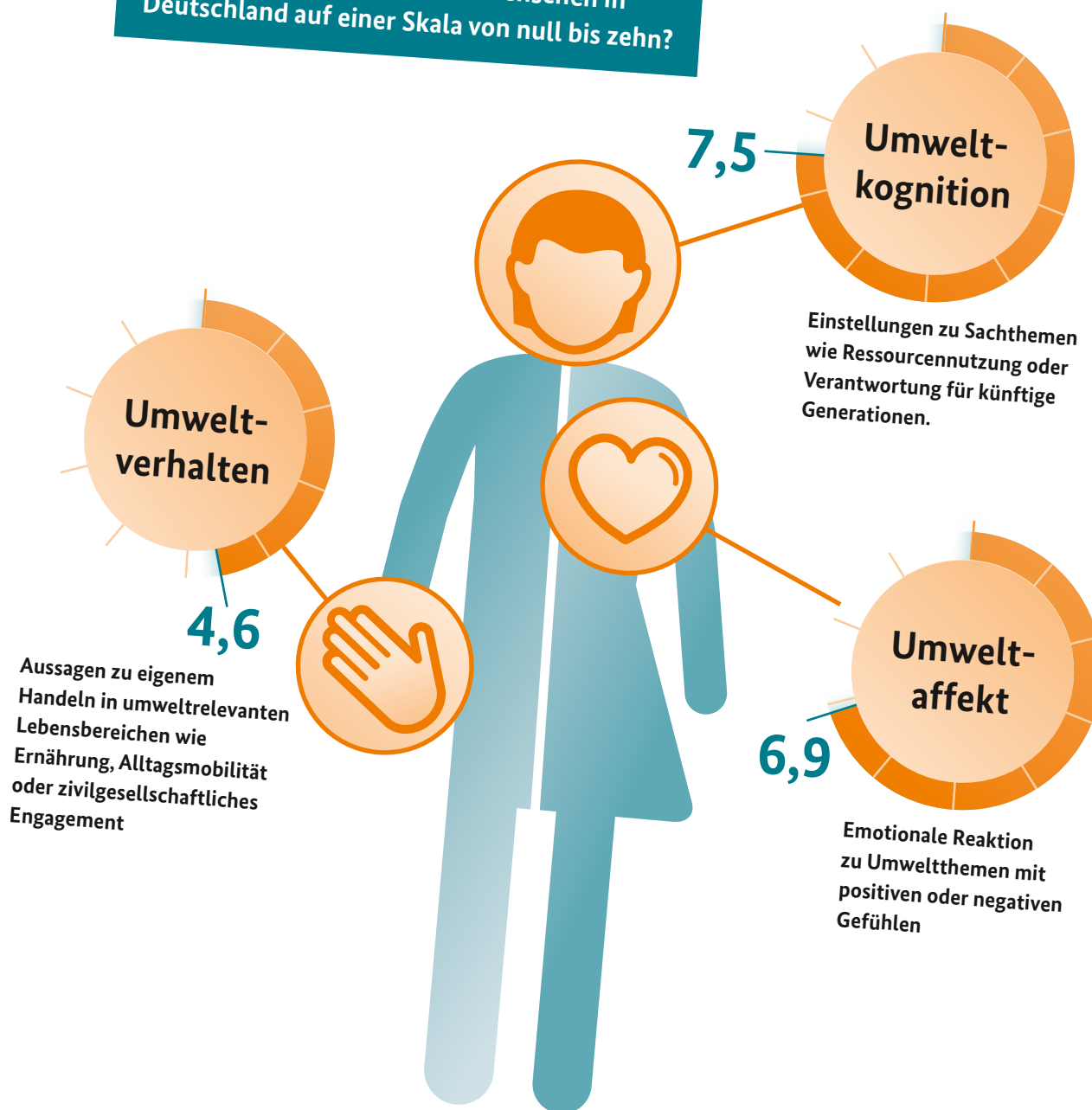
hier folgende Unterschiede: Plastikpartikel in Trinkwasser und Lebensmitteln erachten 84 Prozent der weiblichen und 74 Prozent der männlichen Befragten als (äußerst) stark schädlich. Ähnlich unterschiedlich eingeschätzt werden Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs (80 Prozent gegenüber 69 Prozent) sowie die elektromagnetische Strahlung von Handys, Tablets, Computern (29 Prozent gegenüber 19 Prozent) und Mobilfunksendemasten (27 Prozent gegenüber 18 Prozent).

Die Gesundheitsgefahren vieler Umweltfaktoren schätzen Befragte mit zunehmendem Alter als höher ein. Besonders ausgeprägt ist dieser Effekt bei der Frage nach Lärm. Von den 14- bis 29-Jährigen schätzen 48 Prozent Lärm als (äußerst) stark schädlich ein, bei den Menschen ab 65 Jahren sind es 67 Prozent. Nur die Folgen des Klimawandels erachten die Befragten aus der jüngsten Altersgruppe im Vergleich zu den anderen Altersgruppen als schädlicher: 78 Prozent der 14- bis 29-Jährigen schätzen die Klimafolgen als (äußerst) stark schädlich ein, in den anderen Altersgruppen sind die prozentualen Anteile um 3 bis 9 Prozentpunkte geringer. Dies könnte daran liegen, dass die jüngeren Befragten einen längeren Zeithorizont in ihren Bewertungen berücksichtigen. Da sich wissenschaftlichen Szenarien zufolge negative Klimafolgen wie Hitzeperioden und Überschwemmungen in der Zukunft weiter verschärfen werden, liegt es nahe, dass insbesondere junge Menschen, die die stärkeren Klimafolgen in ihrer Lebenszeit noch erleben werden, höhere gesundheitliche Schadenspotenziale befürchten.

6. Kenngrößen des Umweltbewusstseins in Deutschland

Viele Menschen nehmen Umweltprobleme ernst und sind emotional betroffen. Das Verhalten spiegelt dies jedoch nicht immer wider.

Wie umweltbewusst sind die Menschen in Deutschland auf einer Skala von null bis zehn?



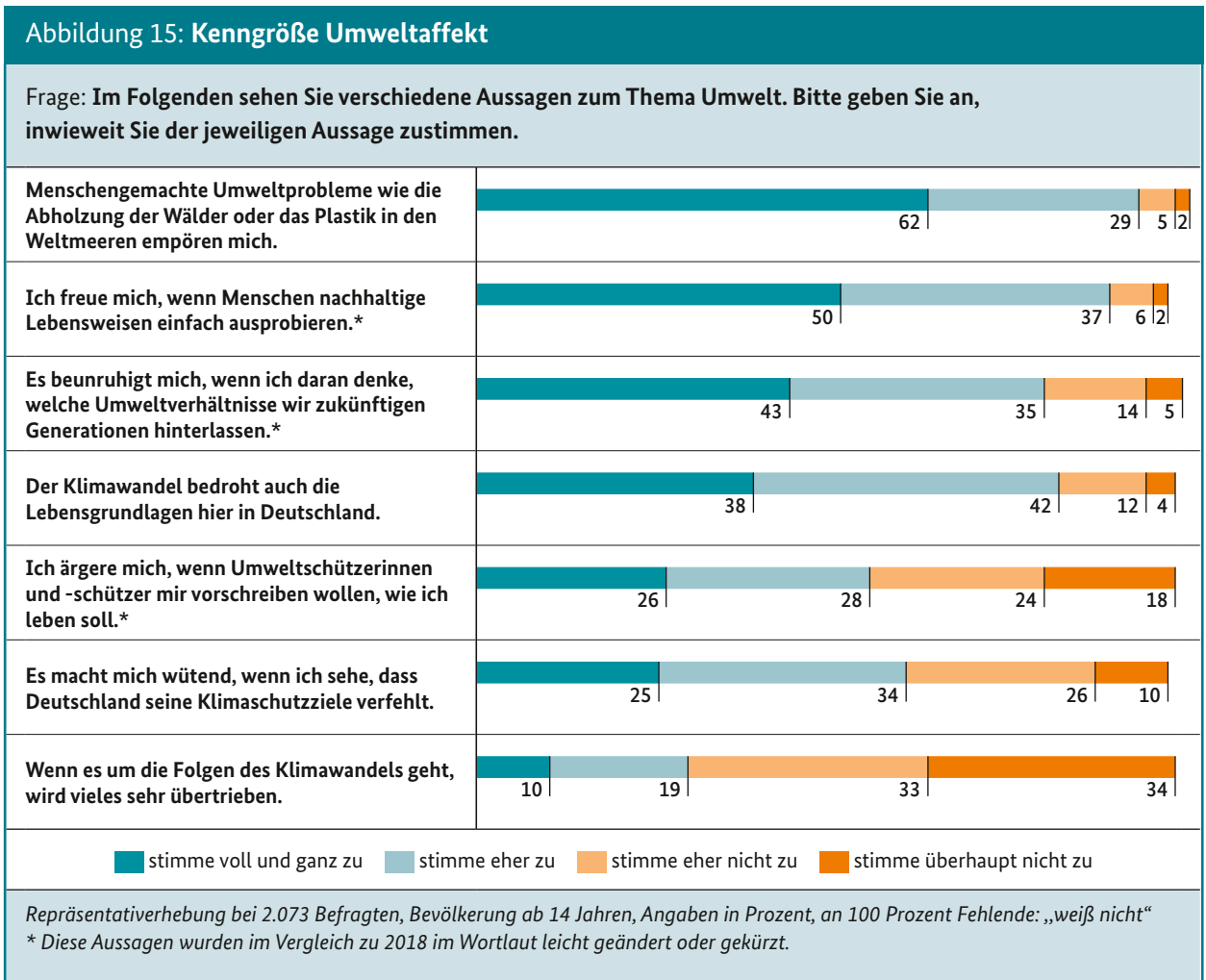
Seit 2018 wird das Umweltbewusstsein über drei standardisierte Kenngrößen erhoben: Umweltkognition, Umweltaffekt und Umweltverhalten (Geiger und Holzauer 2020). In diesem Kapitel werden Affekt, Kognition und Verhalten der Befragten bezogen auf Umweltthemen genauer betrachtet.

6.1 Umweltaffekt

Wie wir uns fühlen, wenn wir an Umweltzerstörung, Klimawandel oder auch Erfolge im Umweltschutz denken, ist eine zentrale Kenngröße des Umweltbewusstseins: der Umweltaffekt (Abbildung 15). Innerhalb dieser Kenngröße erhält das Gefühl der Empörung angesichts menschengemachter Umweltprobleme wie schon in der letzten Erhebung die meiste Zustimmung. Allerdings ging diese von knapp drei Viertel der Befragten in den Jahren 2018 und 2020 auf 62 Prozent im Jahr 2022 zurück. Auch beunruhigt es 2022 nur noch 43 Prozent der Befragten sehr stark, welche Umweltverhältnisse wir zukünftigen Generationen überlassen – im Gegensatz zu über 50 Prozent in den Vorjahren.

Der Ärger über Umweltschützerinnen und -schützer, die Menschen vorschreiben wollen, wie sie leben sollen, ist hingegen auf 26 Prozent angestiegen, 2018 waren es noch 14 Prozent volle Zustimmung und 2020 waren es 18 Prozent. Insgesamt ist der Umweltaffekt – im Sinne von Gefühlen, die Sorge für die Umwelt ausdrücken – gegenüber den Vorjahren somit leicht gesunken. Gründe für diese Entwicklungen mögen vielfältig sein. Etwa könnte die sehr aktive junge Klimabewegung um Fridays for Future in den Jahren 2018 und 2020 die Relevanz von Umwelt- und Klimaschutz in der Wahrnehmung der Bevölkerung zeitweise erhöht haben – ein Effekt, der im Angesicht multipler Krisen im Jahr 2022 wieder etwas abflacht.

Junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahren weisen den stärksten Umweltaffekt auf. Sie regen sich mit 19 Prozent völliger Zustimmung weniger über Umweltschützerinnen und -schützer auf, die ihnen Vorschriften machen wollen, als ältere Menschen. Am meisten stimmen mit 32 Prozent Menschen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren dieser Aussage voll und ganz zu. Im Gegensatz dazu ist die Wut darüber, dass Klimaziele



nicht eingehalten werden, bei den 14- bis 29-Jährigen, die zu 41 Prozent voll und ganz zustimmen, stärker ausgeprägt als bei den 50- bis 64-Jährigen mit 17 Prozent. Darüber hinaus zeichnet sich die Tendenz ab, dass weibliche Personen und solche mit höherem Bildungsniveau einen stärker ausgeprägten Umweltaffekt ausdrücken.

Trauer über Naturzerstörung und Angst vor dem Klimawandel

In den letzten Jahren wurden auch in Deutschland die Auswirkungen der Klimakrise durch Hitzesommer, Waldbrände und Flutkatastrophen zunehmend spürbar (siehe auch Kapitel 4). Entsprechend kann die Sorge über die Auswirkungen der Klimakrise in der Bevölkerung wachsen. Darüber hinaus mehrten sich in jüngster Vergangenheit auch die schlechten Nachrichten zu fortschreitender Umweltzerstörung und dem Aussterben von Tier- und Pflanzenarten (IPBES 2019), was belastend wirken und Zukunftsängste auslösen kann. Aus diesen Gründen wurden 2022 neben den

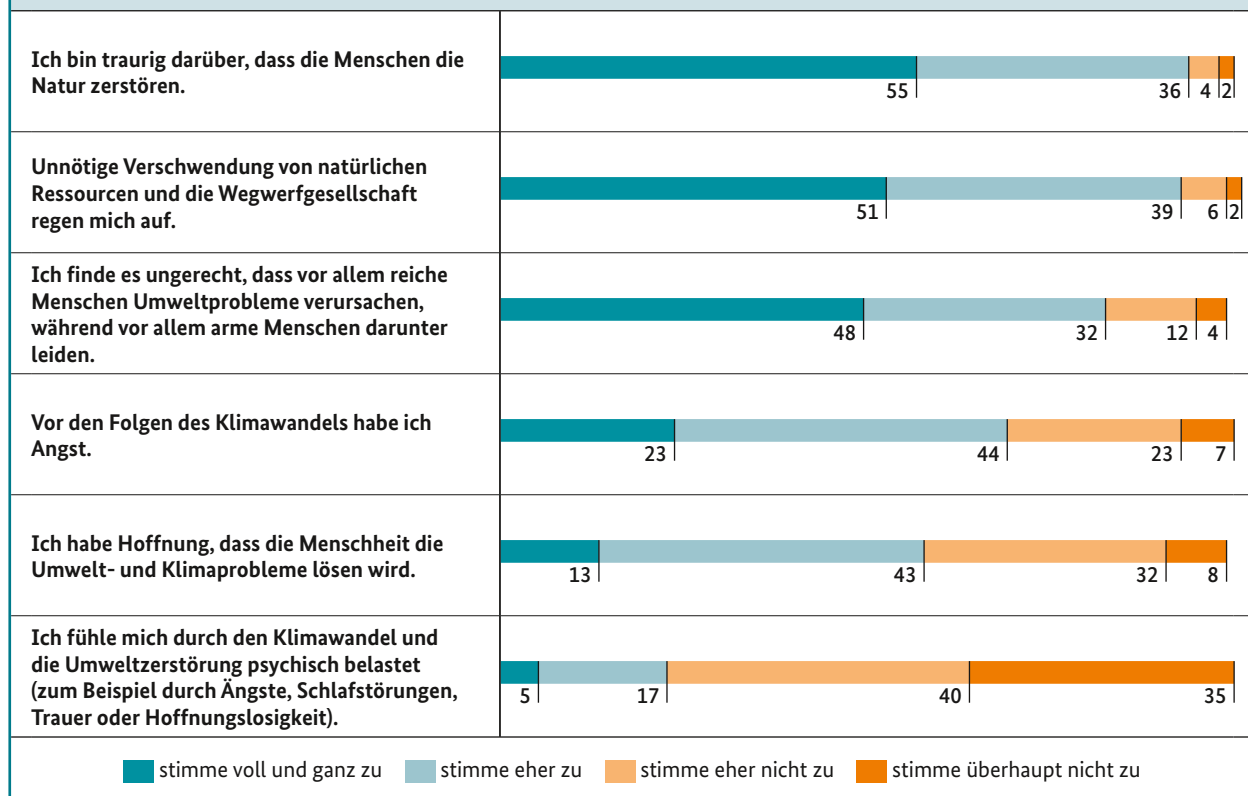
jährlich wiederkehrenden Fragen zum Umweltaffekt weitere Fragen zur emotionalen Reaktion auf Umweltthemen einbezogen (Abbildung 16).

Neun von zehn Teilnehmenden der Repräsentativbefragung sind (eher) traurig über die Zerstörung der Natur durch die Menschen, 55 Prozent der Befragten stimmen dem sogar voll und ganz zu. Beinahe ebenso viele regen sich über die unnötige Verschwendung von natürlichen Ressourcen und über die Wegwerfgesellschaft auf.

Angst vor den Folgen des Klimawandels empfinden etwa zwei Drittel der Befragten, dabei stimmt ein Viertel der Befragten der Aussage voll und ganz zu. Kaum überraschen mag, dass diese Angst bei jungen Menschen stärker ausgeprägt ist. 36 Prozent der 14- bis 29-Jährigen stimmen hier voll und ganz zu, hingegen nur 17 Prozent der Menschen im Rentenalter. Gleichzeitig hat nur gut die Hälfte der Befragten Hoffnung, dass die Menschheit die Umwelt- und Klimaprobleme lösen wird. Fast ein Viertel der Menschen fühlt sich durch den Klimawandel und die Umweltzerstörung

Abbildung 16: Emotionale Betroffenheit durch Umweltthemen

Frage: Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zum Thema Umwelt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen.

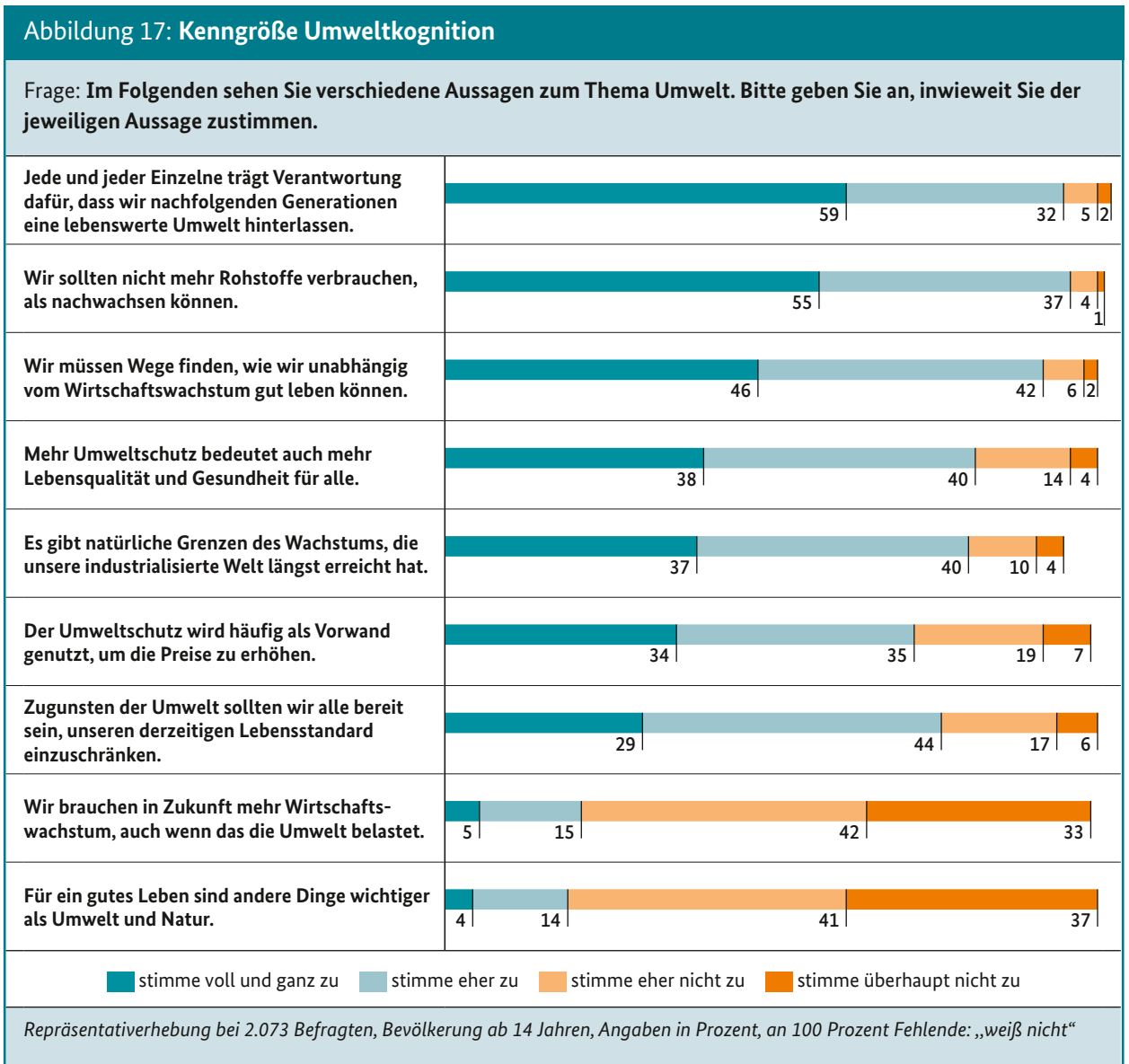


Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

psychisch belastet, davon 5 Prozent sehr belastet. Von den jungen Befragten bis 29 Jahre stimmen 10 Prozent voll und ganz zu, dass die Umwelt- und Klimakrise sie psychisch belastet. Von den Menschen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen fühlen sich sogar 15 Prozent sehr belastet. Auch die wahrgenommene Ungerechtigkeit, dass reiche Menschen vor allem Umweltprobleme verursachen, während ärmere Menschen darunter leiden, ist in der niedrigsten Einkommensgruppe mit rund 60 Prozent völliger Zustimmung deutlich ausgeprägter als im sehr hohen Einkommenssegment mit rund 40 Prozent. Das spiegelt die Vulnerabilität dieser Gruppen wider: Gerade junge Menschen sowie Menschen mit niedrigem Einkommen werden voraussichtlich in der Zukunft stärker unter den Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung leiden.

6.2 Umweltkognition

Die Kenngröße Umweltkognition beschreibt, wie Menschen in Deutschland über Umwelt- und Klimathemen denken. Wie schon in den letzten Erhebungen ist die Zustimmung dafür am größten, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung übernehmen sollte, um nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen (Abbildung 17). Neun von zehn Personen stimmen dieser Aussage voll und ganz oder eher zu. Ebenso viele finden, dass wir nicht mehr Rohstoffe verbrauchen sollten, als nachwachsen können. Die Kritik am Wirtschaftswachstum ist ebenfalls stark vertreten: Ein gutes Leben ohne Wirtschaftswachstum wünschen sich neun von zehn Befragten und acht von zehn finden, dass die natürlichen Grenzen des Wachstums längst erreicht sind.



Die Umweltkognition steigt mit dem Alter an. Zudem lassen sich unterschiedliche Ergebnisse für Einkommensgruppen beobachten. So trifft die Aussage, dass alle für die Umwelt ihren Lebensstandard einschränken sollten, bei finanziell besser gestellten Menschen auf stärkere Zustimmung, mit sinkendem Einkommen nimmt die Zustimmung ab. 77 Prozent der Menschen mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen stimmen dem (eher) zu, gegenüber 65 Prozent der Menschen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Aus einer Gerechtigkeitsperspektive ist nachvollziehbar, dass die wohlhabenderen Menschen mehr zu Umwelt- und Klimaschutz beitragen sollten. Wohlhabendere Menschen tragen im Durchschnitt mehr zu Umweltbelastung und Klimawandel bei als die ärmeren Teile der Bevölkerung, die hingegen öfter negativ von den Folgen der Umweltzerstörung betroffen sind und sich gegen diese Schäden aufgrund geringerer finanzieller Ressourcen weniger gut absichern können.

Die Umweltkognition der Befragten sank bei einigen Aussagen gegenüber den Vorjahren. Besonders zeigt sich dies bei der Verantwortung, die jeder und jedem Einzelnen zugeschrieben wird: Waren es in den Jahren 2018 und 2020 noch 74 beziehungsweise 70 Prozent der Befragten, die völlig zustimmten, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung dafür trägt, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen, sind dies 2022 nur noch 59 Prozent. Ein Grund hierfür kann das bereits beschriebene abnehmende Dringlichkeitsempfinden für Umweltthemen neben anderen gesellschaftlichen Herausforderungen sein. Daneben könnte es weitere Gründe geben: Die junge Klimabewegung setzt sich etwa gegen eine „Individualisierung“ der Verantwortung für Umwelt- und Klimaschutz ein. Die jungen Menschen betonen, dass die Verantwortung nicht (nur) beim Individuum liegt. Vielmehr könne der Klimakrise nur kollektiv begegnet werden und daher verweisen sie darauf, dass Maßnahmen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene deutlich wirksamer seien als individuelles Handeln.

6.3 Umweltverhalten

Die Kenngröße Umweltverhalten wird anhand absichtsvoller Verhaltensweisen erfasst, also etwa dem bewussten Einkauf von Bioprodukten oder der Einschränkung des eigenen Konsums (Abbildung 18). Daneben wird in Kapitel 7.1 auch der ökologische Fußabdruck der Befragten beschrieben, der stärker das Konsumniveau und somit die tatsächlichen Auswirkungen auf die Umwelt widerspiegelt.

Am meisten achten die Befragten auf den Kauf von Haushaltsgeräten mit einer besonders guten Energieeffizienzklasse: 30 Prozent tun dies laut eigener Aussage immer, gut 50 Prozent (sehr) oft. Dieser Wert geht jedoch zurück: 2018 gab noch rund die Hälfte der Befragten an, immer auf den Kauf energieeffizienter Geräte zu achten. Nur 18 Prozent der 14- bis 29-Jährigen tun dies immer, bei den Menschen im Rentenalter sind es hingegen 39 Prozent. Auch Leitungswasser zu trinken, ist relativ verbreitet: 28 Prozent tun dies immer, weitere 35 Prozent (sehr) oft.

Nur 3 beziehungsweise 4 Prozent der Befragten kaufen immer biozertifizierte Lebensmittel oder Produkte mit Umweltsiegeln und gut 40 Prozent tun dies (sehr) oft. Der – oftmals teurere – Kauf ökologischer Produkte ist abhängig vom Pro-Kopf-Einkommen und Bildungsniveau der Befragten: Während rund 40 Prozent der Menschen mit einfacher Bildung oder niedrigem Pro-Kopf-Einkommen laut eigener Aussage oft bis immer Bio-Lebensmittel einkaufen, sind es bei den Menschen mit sehr hoher Bildung und bei den Menschen mit sehr hohem Einkommen jeweils über 50 Prozent.

Hingegen handeln die Menschen mit niedrigem Einkommen ansonsten im Alltag deutlich sparsamer: 59 Prozent von ihnen geben an, ihren Konsum im Alltag oft bis immer bewusst einzuschränken, in der sehr hohen Einkommensklasse tun dies nur 38 Prozent. Dies mag neben der umweltorientierten Sparsamkeit zu einem gewissen Grad auch an der geringeren Kaufkraft liegen.

19 Prozent der Menschen heizen ihre Wohnung im Winter nie so stark, dass ihnen auch ohne Pullover warm ist. Weitere 46 Prozent heizen ihre Wohnung nur selten oder gelegentlich auf solche Temperaturen. Bezüglich ihrer Ernährung geben 8 Prozent an, dass sie nie Fleisch zu den Hauptmahlzeiten essen, 58 Prozent tun dies nur selten oder gelegentlich. In beiden Fällen zeigen weibliche Befragte ein umweltfreundlicheres Verhalten als männliche.

Die Befragten geben mit 52 Prozent weniger häufig an, aus Klimaschutzgründen auf Flugreisen zu verzichten als noch im Jahr 2020 mit 61 Prozent (Abbildung 19). Diese Abnahme kann mit der Aufhebung der Corona-Maßnahmen und einer erhöhten Reisefreudigkeit im Jahr 2022 zu tun haben. 46 Prozent der Befragten beziehen laut eigener Aussage Ökostrom. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass einige Befragte ihren Ökostrombezug falsch eingeschätzt haben: Laut Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt (2022) war 2021 nur etwa 30 Prozent des von Privathaushalten verbrauchten Stroms tatsächlich Ökostrom.

In die Kenngröße Umweltverhalten gehen weiterhin zwei Verhaltensweisen ein, die zivilgesellschaftliches Engagement beschreiben: Ein Viertel der Befragten spendet laut Selbstauskunft Geld für Umwelt- und Naturschutzgruppen, und ein Sechstel engagiert sich aktiv im Umwelt- und Naturschutz. Hier zeigen sich kaum Änderungen gegenüber den Vorjahren.

6.4 Das Umweltbewusstsein im Überblick

Seit 2018 werden die drei Kenngrößen Umweltaffekt, Umweltkognition und Umweltverhalten als Mittelwert auf einer Skala von 0 – gar nicht umweltbewusst – bis 10 – sehr umweltbewusst – berechnet (für eine

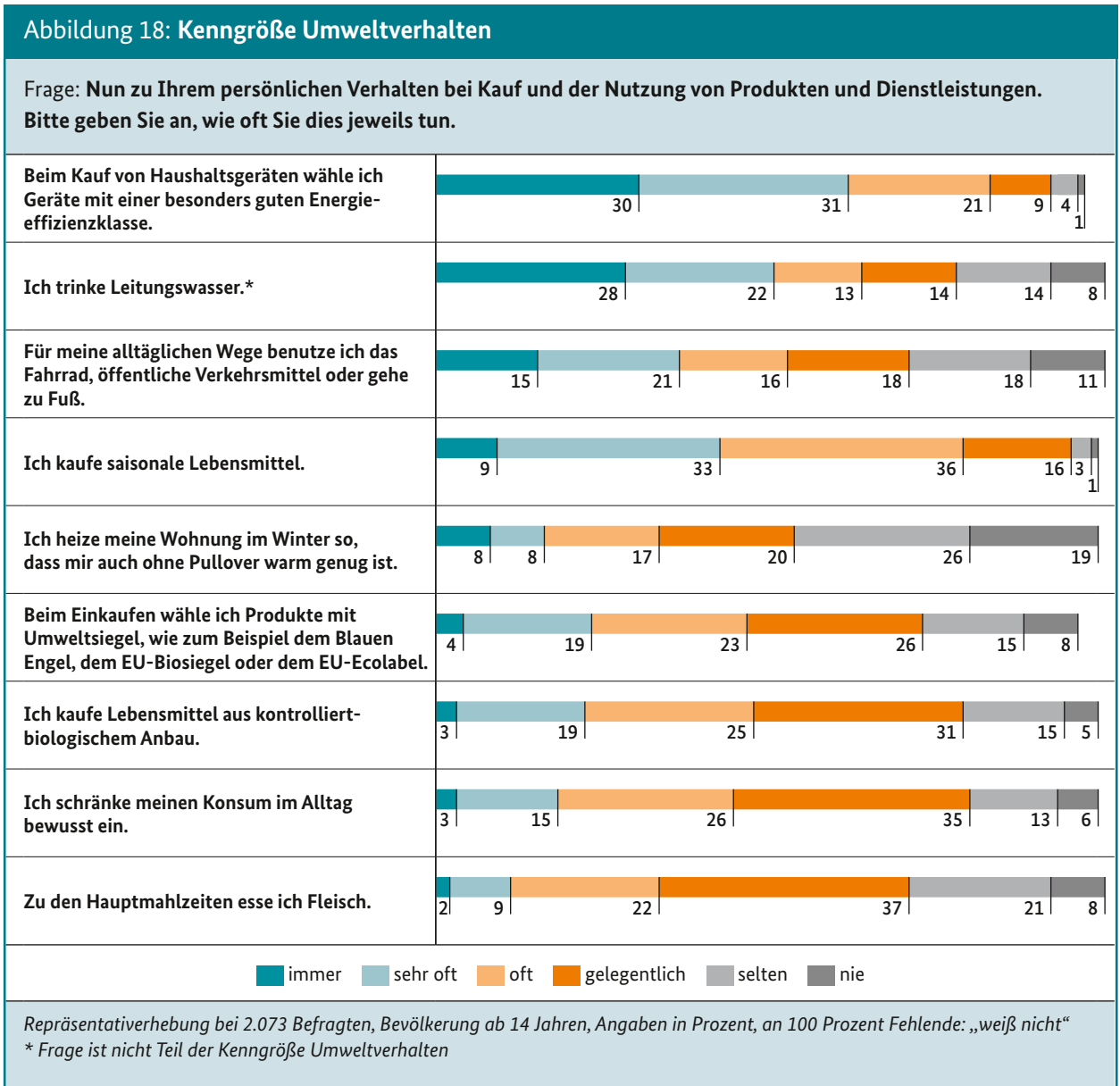
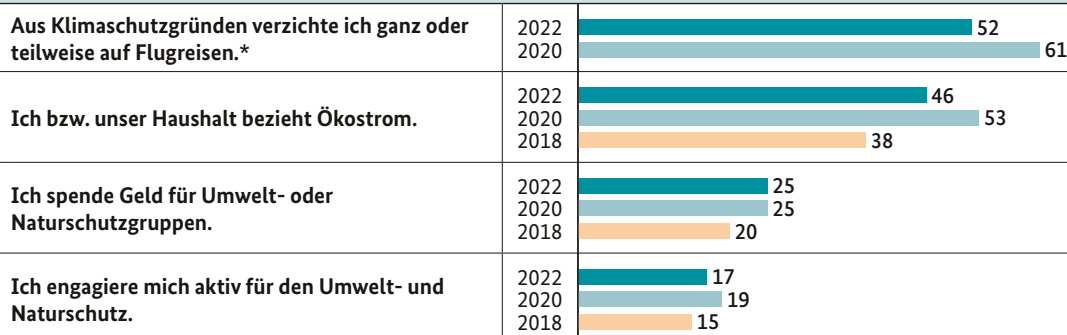


Abbildung 19: Kenngröße Umweltverhalten (Zeitvergleich)

Frage: Treffen die folgenden Verhaltensweisen auf Sie zu oder nicht?

Antwort: ja, trifft zu



Repräsentativerhebung bei etwa 2.000 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

* Frage ist nicht Teil der Kenngröße und wurde 2018 nicht erfasst.

detaillierte Beschreibung dieser Berechnung siehe Geiger und Holzhauser 2020). Anhand von Abbildung 20 lässt sich feststellen, dass das Umweltbewusstsein im Jahr 2022 zwar mit einem Gesamtmittelwert von 6,3 weiterhin eher hoch ist, jedoch die Umweltkognition gegenüber den Erhebungen 2018 und 2020 ein wenig abgenommen hat. Das Umweltverhalten ist nach einer leichten Steigerung 2020 wieder auf dem Niveau von 2018. Dies bestätigt die Ergebnisse aus Kapitel 2, die zeigen, dass Umweltthemen 2018 und 2020 besonders relevant waren, 2022 hingegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist.

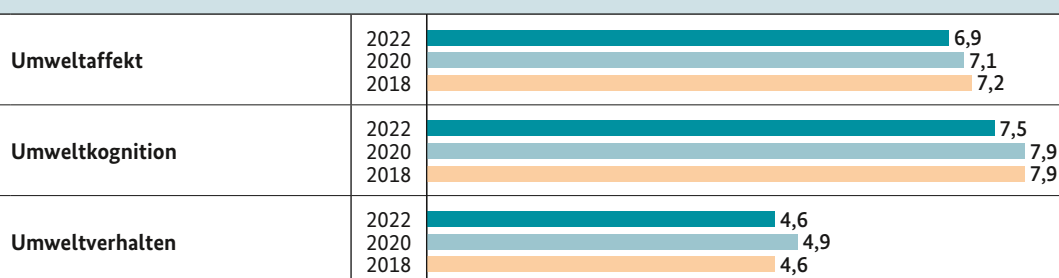
Abbildung 21 zeigt, dass das Umweltbewusstsein bei weiblichen und höher gebildeten Menschen sowie solchen mit höherem Pro-Kopf-Einkommen stärker ausgeprägt ist. In Kapitel 7.1 machen annäherungs-

weise Berechnungen des CO₂-Ausstoßes der Menschen in Deutschland jedoch deutlich, dass die tatsächliche Belastung der Umwelt durch das Konsumverhalten mit steigendem Einkommen zunimmt.

Beim Umweltaffekt lässt sich darüber hinaus ein Alterseffekt beobachten. Dieser ist bei den 14- bis 29-Jährigen am stärksten ausgeprägt. Sie empfinden insbesondere mehr Wut darüber, wenn Klimaziele verfehlt werden. Dies ist insofern nachvollziehbar, als dass jüngere Generationen künftig am stärksten von heutigen Verfehlungen beim Umwelt- und Klimaschutz betroffen sein werden.

Abbildung 20: Kenngrößen des Umweltbewusstseins im Zeitvergleich

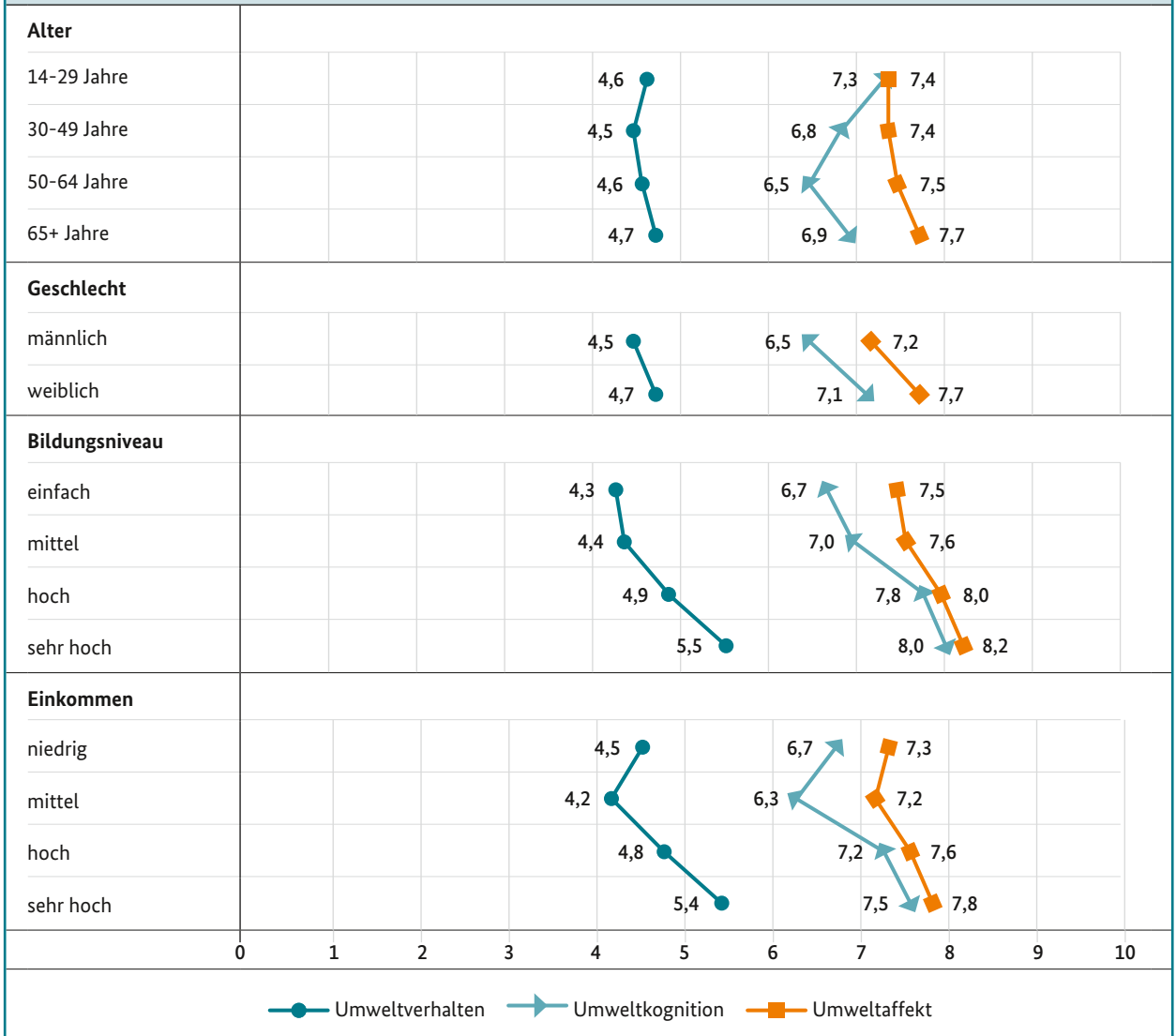
Die dargestellten Kenngrößen zeigen die Stichproben-Mittelwerte der drei Teilbereiche Affekt, Kognition und Verhalten, auf einer Skala von 0 – gar nicht umweltbewusst – bis 10 – sehr umweltbewusst.



Repräsentativerhebung bei rund 2.000 Befragten je Erhebung, Bevölkerung ab 14 Jahren.

Abbildung 21: Kenngröße Umweltbewusstsein im soziodemografischen Vergleich

Die dargestellten Kenngrößen zeigen die Stichproben-Mittelwerte der drei Teilbereiche Affekt, Kognition und Verhalten auf einer Skala von 0 – gar nicht umweltbewusst – bis 10 – sehr umweltbewusst.



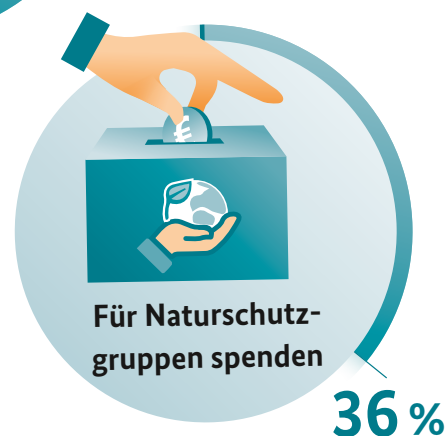
Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren

Für die Geschlechtsangabe „sonstige“ wurde kein Mittelwert berechnet, da der Mittelwert bei der geringen Stichprobengröße (11 Befragte) nicht repräsentativ wäre.

7 Konsumverhalten und Engagement für Umwelt und Klima

Die Mehrheit ist bereit, sich auch jenseits des eigenen Konsums aktiv für die Umwelt und das Klima einzusetzen.

Wie viele Menschen in Deutschland beabsichtigen, die folgenden Dinge zu tun



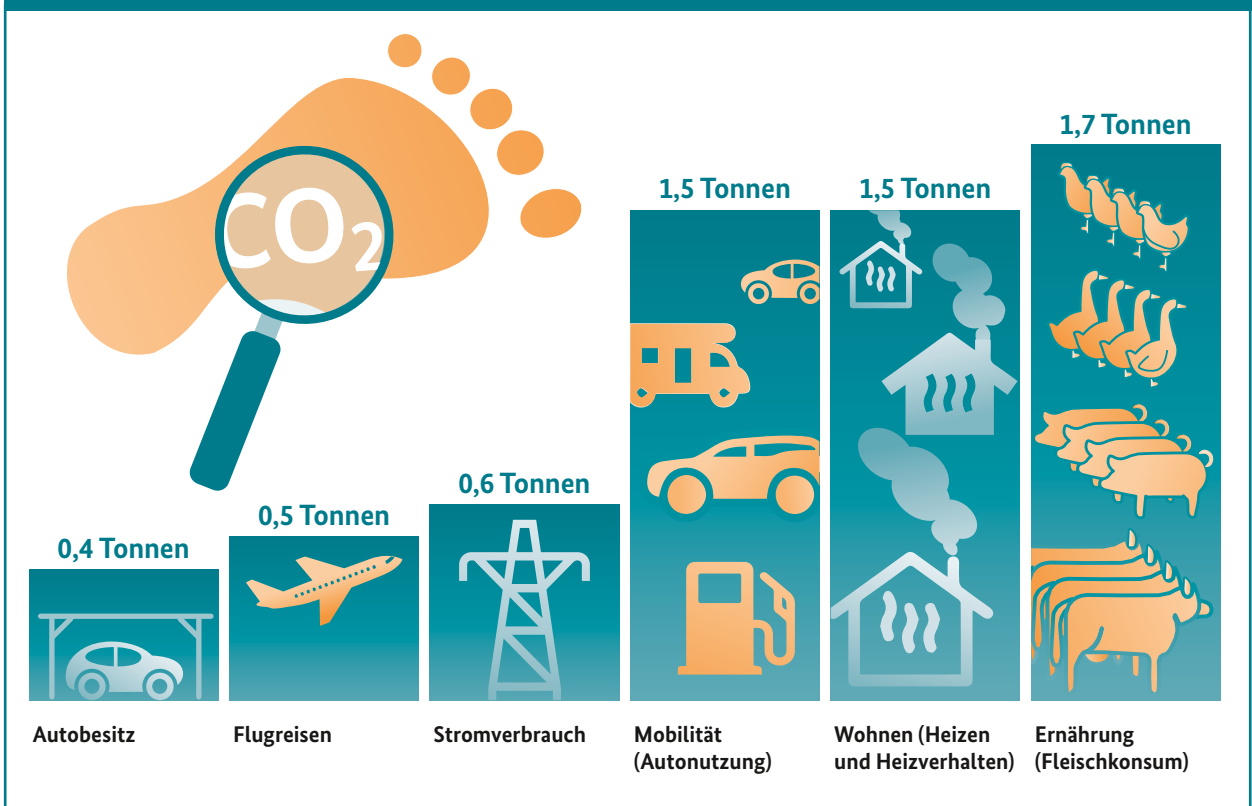
Die Befragten sehen die Bürgerinnen und Bürger, also auch sich selbst, stark in der Pflicht, sich für den Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen. Wie in Kapitel 2.3 berichtet, finden nur 23 Prozent der Befragten, dass jede und jeder Einzelne genug für die Umwelt und das Klima tut. Doch wie umweltfreundlich handeln die Deutschen tatsächlich?

Um dies zu erfassen, wurde – wie schon in den Vorjahren – das Konsumverhalten erhoben. Auf dieser Basis wurde der CO₂-Fußabdruck der Befragten eingeschätzt. Als weiterer Konsumbereich wird in diesem Kapitel der Kauf von Produkten mit Nachhaltigkeitsiegeln untersucht. Daneben wurde auch der sogenannte ökologische „Handabdruck“ betrachtet, womit das Umweltengagement der Menschen im privaten, beruflichen oder gesellschaftlichen Umfeld gemeint ist.

7.1 CO₂-Fußabdruck

Der ökologische Fußabdruck umfasst Treibhausgasemissionen und weitere Umweltauswirkungen, wie etwa die Nutzung von Energie, Ressourcen, Wasser oder Landfläche (siehe auch Kapitel 3.1). Beispielhaft werden in der Umweltbewusstseinsstudie ausgewählte Einflussgrößen des CO₂-Fußabdrucks einer durchschnittlichen Person in Deutschland geschätzt (Abbildung 22). Zu diesem Zweck werden mit dem CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes (Schunkert et al. 2022) Konsummuster im Bereich Mobilität, Ernährung und Wohnen erfasst und entsprechende Treibhausgasemissionen anhand von CO₂-Äquivalenten berechnet. Diese Bereiche fallen beim ökologischen Fußabdruck besonders ins Gewicht. Auch sonstiger Konsum und die Emissionen durch öffentliche Einrichtungen und Infrastrukturen, die gesamtgesellschaftlich genutzt werden, sind treibhausgasintensiv. Diese schätzt das Umweltbundesamt auf jährlich 1,2 Tonnen CO₂ öffentliche Emissionen sowie 2,7 Tonnen CO₂ sonstiger Konsumauswirkungen pro Kopf.

Abbildung 22: Anteil ausgewählter Einflussgrößen am CO₂-Fußabdruck



Geschätzte Emissionswerte für die Konsumbereiche Ernährung, Mobilität und Wohnen
 Weitere Bereiche des CO₂-Fußabdrucks wie öffentliche Infrastruktur und sonstiger Konsum wurden nicht erfasst.
 Angaben in Tonnen CO₂-Äquivalente, gebildet in Anlehnung an den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes
 Gesamtstichprobe von 2.073 Personen, Grundlage der Berechnungen in einzelnen Sektoren lag zwischen 1.580 Personen (Stromverbrauch) und 2.073 Personen (Flugreisen)

Je wohlhabender, desto größer der CO₂-Ausstoß

Auch wenn Menschen mit höherem Einkommen ein höheres Umweltbewusstsein zum Ausdruck bringen (Kapitel 6.4), handeln Menschen mit niedrigerem Einkommen in der Regel umweltfreundlicher, da sie deutlich weniger CO₂-Äquivalente ausstoßen. Dies zeigt sich unter anderem im Wohnsektor. Durchschnittlich stehen den Menschen in Deutschland 2022 gemäß der Erhebung 51 Quadratmeter Wohnraum pro Person zur Verfügung. Die Wohnfläche hat einen großen Einfluss auf den ökologischen Fußabdruck: Je mehr Fläche beheizt werden muss, desto höher die Umweltauswirkungen. Und auf großem Fuß wohnt in Deutschland überwiegend, wer sich dies leisten kann: Bei einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen werden durchschnittlich rund 40 Quadratmeter pro Person bewohnt, während Personen mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt rund 60 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung haben. Zudem haben Menschen mit zunehmendem Alter mehr Wohnfläche zur Verfügung: Die 14- bis 29-Jährigen verfügen durchschnittlich über rund 40 Quadratmeter, Menschen im Rentenalter über gut 60 Quadratmeter.

Eine gute Dämmung kann den Bedarf an Heizenergie niedrig halten. 9 Prozent der Befragten leben in unsanierten oder zugigen Wohneinheiten, 49 Prozent der Befragten geben an, in durchschnittlich gut sanierten Häusern zu wohnen, 29 Prozent in gut sanierten oder neueren Häusern mit eher niedrigem Verbrauch, und 7 Prozent bewohnen Häuser mit Niedrigenergie- oder Passivhausstandard. Zudem spielt die Heiztemperatur eine zentrale Rolle, diese wurde jedoch nicht direkt erfasst. Der Ausstoß von CO₂-Äquivalenten für Heizenergie beläuft sich durchschnittlich auf 1,5 Tonnen, wobei – bedingt durch die größere Wohnfläche – die Menschen mit sehr hohem Einkommen mit 1,7 Tonnen deutlich mehr CO₂-Äquivalente ausstoßen als jene mit niedrigem Einkommen mit 1,3 Tonnen.

Auch der Stromverbrauch im eigenen Haushalt beeinflusst den Fußabdruck maßgeblich. Zwei Drittel der Befragten schätzen ihren Stromverbrauch als durchschnittlich ein, 17 Prozent finden ihren Verbrauch eher niedrig, 11 Prozent eher hoch. Dabei beläuft sich die monatliche Stromrechnung im Durchschnitt auf 100 Euro. Mit 46 Prozent gibt fast die Hälfte der Befragten an, Ökostrom zu beziehen.

Der Trend zu pflanzlicher Ernährung geht von jüngeren und weiblichen Personen aus

11 Prozent der Befragten berichten, vegetarisch zu leben, 2 Prozent leben laut eigener Angabe vegan. Hingegen berichten nur 8 Prozent, nie zu den Hauptmahlzeiten Fleisch zu essen, 21 Prozent tun dies selten, 37 Prozent gelegentlich, das restliche Drittel der Befragten (sehr) oft bis immer. Ein Grund für diese Abweichung kann sein, dass auch Menschen, die in Ausnahmefällen Fleisch konsumieren, sich dennoch als vegetarisch bezeichnen.

Der Anteil der Menschen, der auf Fleisch und andere tierische Produkte verzichtet, hat sich gegenüber 2020 kaum verändert, wohingegen von 2018 auf 2020 ein leichter Rückgang im Fleischkonsum zu verzeichnen war. Bei den 14- bis 29-Jährigen ist der Anteil der Menschen, die sich vegetarisch (23 Prozent) oder vegan ernähren (6 Prozent), am größten, bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 12 beziehungsweise 3 Prozent und bei Menschen über 50 Jahren leben nur 5 bis 6 Prozent vegetarisch und rund 1 Prozent vegan. Deutlich mehr weibliche Personen (14 Prozent) als männliche (7 Prozent) leben vegetarisch oder geben an, nie oder nur selten Fleisch zu essen (37 gegenüber 21 Prozent). Entsprechend sind auch die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von weiblichen Personen bei der Ernährung mit 1,5 Tonnen geringer als bei den männlichen mit 1,8 Tonnen.

Autoverzicht auf dem Land noch immer schwer

11 Prozent der Befragten haben kein Auto zur Verfügung. Etwa die Hälfte der Haushalte hat ein Auto zur Verfügung, die restlichen Haushalte sogar mehrere Autos. Gegenüber 2020 ergeben sich kaum Veränderungen. Bezüglich der Autonutzung ergibt die Befragung, dass die meisten Menschen, nämlich 30 Prozent, 10.000 bis 20.000 Kilometer im Jahr mit dem Auto zurücklegen, ein weiteres Viertel der Menschen sogar über 20.000 Kilometer.

Es zeigt sich ein deutlicher Einkommensunterschied: Bei einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen besitzen Haushalte im Schnitt 1,1 Autos, bei einem sehr hohen Pro-Kopf-Einkommen 1,5 Autos. Autobesitz und -nutzung nehmen außerdem mit steigender Größe des Wohnortes sukzessive ab. Während in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur 3 Prozent kein Auto zur Verfügung haben, sind es in Städten mit mindestens 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 28 Prozent. Befragte, die in länd-

lichen Gegenden wohnen, legen zudem deutlich mehr Kilometer jährlich zurück als jene, die in Großstädten leben. Das lässt vermuten, dass der Besitz eines Autos stark mit der Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel vor Ort zusammenhängt.

Menschen zwischen 30 und 64 Jahren legen deutlich mehr Autokilometer zurück als 14- bis 29-Jährige oder Menschen ab 65 Jahren. Viele junge Menschen haben noch keinen Führerschein oder kein eigenes Auto, während die Älteren auch aufgrund des Alters nicht mehr fahren (können). Aber auch bedingt durch Arbeitswege und Besorgungsfahrten in Gebieten mit mangelnder Anbindung an den öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) ist die Autonutzung speziell für Menschen zwischen 30 und 64 Jahren hoch. Zur Senkung der verkehrsbezogenen Treibhausgasemissionen können der Ausbau des ÖPV auf dem Land sowie die Möglichkeit des Homeoffice dazu beitragen, die Autonutzung zu reduzieren.

Nur eine Minderheit fliegt – sie ist im Schnitt wohlhabender, jünger und gebildeter

Nur 20 Prozent der Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten eine Flugreise zu privaten Zwecken unternommen zu haben. Vier von fünf Befragten sind also in dieser Zeit nicht für private Zwecke wie Urlaubsreisen geflogen. Geschäftliche Reisen wurden dabei nicht erfasst. 7 Prozent der Befragten haben Kurzstreckenflüge von bis zu zwei Stunden Flugzeit unternommen, 12 Prozent Mittelstreckenflüge mit zwei bis vier Stunden Flugzeit und 5 Prozent Langstreckenflüge. Junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahren sind mit 30 Prozent häufiger geflogen als Menschen im Rentenalter (13 Prozent). Auch das Einkommen hat einen Einfluss: Während von Befragten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen nur 12 Prozent geflogen sind, nimmt der Anteil mit steigendem Einkommen zu. Aus der Gruppe mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen sind 28 Prozent im letzten Jahr geflogen. Nicht zuletzt reisen Menschen mit sehr hohem Bildungsniveau (32 Prozent) häufiger mit dem Flugzeug als solche mit einfacher Bildung (11 Prozent). Menschen in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (27 Prozent) fliegen öfter als Menschen aus Ortschaften mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (13 Prozent).

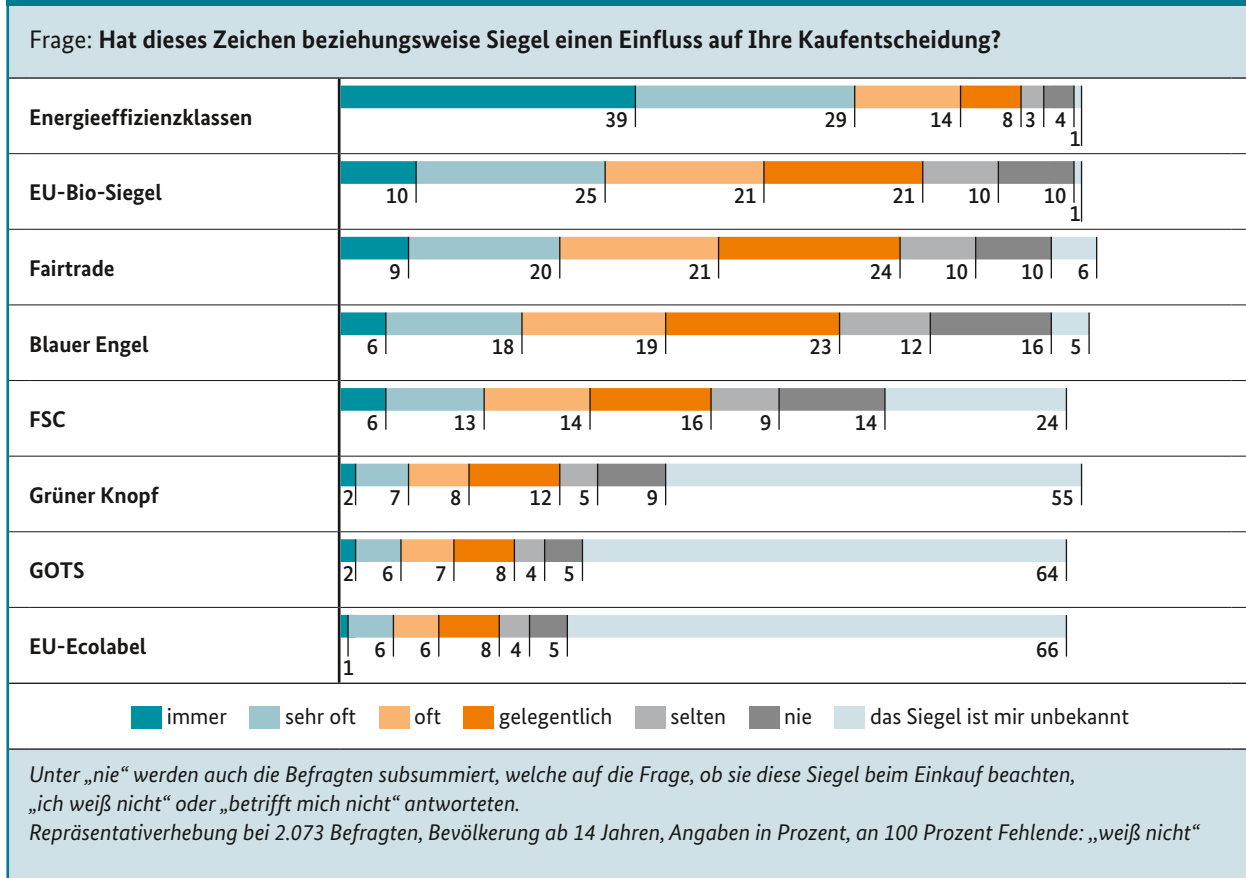
7.2 Kauf nachhaltiger Produkte

Neben Ernährung, Wohnen und Mobilität ist auch das sonstige Konsumhandeln entscheidend für den ökologischen Fußabdruck. Je weniger neue Produkte oder umweltbelastende Dienstleistungen gekauft werden und je länger Produkte genutzt werden, umso weniger Ressourcen, Energie, Frischwasser und Landnutzung werden für die Produktion in Anspruch genommen. Auch der Ausstoß von CO₂-Äquivalenten ist dadurch geringer. Der Kauf nachhaltiger Produkte kann ebenfalls die Umwelt schonen. Wie nachhaltig ein Produkt ist, kann mittels verschiedener Umweltsiegel oder -labels von Unternehmen gekennzeichnet werden, die den Menschen bei der Kaufentscheidung helfen.

Um die Kaufbereitschaft für nachhaltige Produkte in Deutschland abzuschätzen, wurde in der Studie gefragt, ob die Teilnehmenden verschiedene Umweltsiegel kennen, und wenn ja, ob diese Siegel Einfluss auf ihre Kaufentscheidung haben. Am bekanntesten ist das Siegel für die Energieeffizienzklasse von Geräten (Abbildung 23). Dieses kennen fast alle und 39 Prozent geben an, es beim Kauf immer zu beachten, weitere 43 Prozent beachten es oft oder sehr oft. Das EU-Bio-Siegel kennen ebenfalls fast alle Befragten, 10 Prozent geben an, es immer zu beachten, weitere 46 Prozent oft oder sehr oft. Das Fair-Trade-Siegel ist über 90 Prozent der Befragten bekannt, 9 Prozent beachten es immer, weitere 41 Prozent oft bis sehr oft. Der Blaue Engel des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes ist mit 93 Prozent ebenfalls den meisten Befragten bekannt und wird von 6 Prozent immer und von 37 Prozent oft oder sehr oft beim Kauf beachtet. Das FSC-Label kennen 73 Prozent der Befragten, das EU-Ecolabel hingegen nur 29 Prozent.

Siegel für nachhaltig produzierte Kleidung sind deutlich weniger bekannt: 42 Prozent kennen den Grünen Knopf, 32 Prozent das GOTS-Siegel. Den Grünen Knopf erkennen mit 53 Prozent mehr weibliche Befragte als männliche, bei denen es 32 Prozent sind. Auch das GOTS-Siegel kennen mit 42 Prozent mehr weibliche als männliche Befragte mit 21 Prozent. Dies ist möglicherweise auf ein größeres Interesse von weiblichen Personen am Thema Bekleidung zurückzuführen. Das FSC-Label ist in der jüngsten Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen (91 Prozent) deutlich besser bekannt als in der ältesten Gruppe ab 65 Jahren (56 Prozent). Menschen mit einfachem Bildungsniveau kennen es mit 62 Prozent seltener als die Menschen mit hohem oder sehr hohem Bildungsniveau mit rund 80 Prozent. Insgesamt sind die Siegel bei Menschen mit höherem Bildungsniveau etwas bekannter, dieser Unterschied ist

Abbildung 23: Bekanntheit und Kaufbereitschaft von Umweltzeichen



allerdings in vielen Fällen nicht stark ausgeprägt. Kaum nennenswerte Unterschiede bei der Bekanntheit der Siegel gibt es bezüglich Altersgruppen, Geschlecht oder Einkommen.

7.3 Der ökologische Handabdruck

Der ökologische Fußabdruck bildet die Auswirkungen von Alltags- und Konsumhandeln der Menschen auf die Umwelt ab. Menschen nehmen jedoch nicht nur über ihren Konsum auf die Umwelt Einfluss. Auch ihr Engagement als Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure, Arbeitnehmende oder Unternehmerinnen und Unternehmer spielt eine zentrale Rolle beim sozial-ökologischen Wandel. Im politischen Bereich können sie sich etwa durch ihr Wahlverhalten oder Demonstrationen für Umwelt und Klima einsetzen, in der Zivilgesellschaft durch ihre Mitgliedschaft und Aktivitäten in Umwelt- oder Naturschutzvereinen. Auch am Arbeitsplatz oder im eigenen sozialen Umfeld können Menschen sich für Umwelt- und Klimaschutz stark machen. Solch zivilgesellschaftliches Engagement wird auch als ökologischer „Handabdruck“ bezeichnet. Zwar lässt sich die positive Umweltwirkung solcher

Handelns oft nicht direkt in eingesparte CO₂-Äquivalente übersetzen – nichtsdestotrotz ist das zivilgesellschaftliche Engagement ein unverzichtbares Standbein des sozial-ökologischen Wandels in Deutschland.

Jede sechste Person engagiert sich aktiv für Umwelt und Klima

Abbildung 24 zeigt, dass das am häufigsten gezeigte zivilgesellschaftliche Umweltverhalten das Wählen einer Partei ist, die sich aus Sicht der Befragten für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt. Ganze 55 Prozent der Befragten geben an, so zu handeln. 37 Prozent der erwerbstätigen Befragten berichten, sich am eigenen Arbeitsplatz für umweltfreundliche Veränderungen einzusetzen. Jede dritte Person gibt an, umwelt- und klimaschädliche Firmen zu boykottieren, jede vierte Person spendet für Umwelt- und Naturschutzgruppen und jede sechste Person engagiert sich laut eigener Angabe aktiv für den Umwelt- und Naturschutz.

Mit steigendem Bildungsniveau werden einige Formen des Engagements für Umwelt und Klima häufiger ausgeführt, so etwa das aktive Engagement, der Ein-



Infobox:

Ökologischer Fußabdruck und ökologischer Handabdruck



Der **ökologische Fußabdruck** bezeichnet den Verbrauch an Ressourcen, Energie, Land und Wasser sowie die Treibhausgasemissionen, die ein Mensch verursacht, um seinen Bedarf an materiellen Gütern und Dienstleistungen abzudecken. Hier geht es also um belastende Auswirkungen des Menschen auf die Umwelt. Der ökologische Fußabdruck kann sich neben privaten Haushalten auch auf Unternehmen, Organisationen oder Regionen beziehen.



Der **ökologische Handabdruck** bildet das Gegenstück zum Fußabdruck und bezeichnet die positiven Auswirkungen von Umweltengagement im Sinne des Mitwirkens an gesellschaftlichen Veränderungen, sodass auch andere Menschen ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren (können). Das kann im Kleinen in der eigenen Familie, der Wohngemeinschaft oder im Freundes- und Bekanntenkreis geschehen. Dazu gehört aber auch (ehrenamtlich) in einer Umwelt- oder Naturschutzorganisation mitzuarbeiten, politische Entscheidungen durch Wählen oder Demonstrieren zu beeinflussen oder auch sich am Arbeitsplatz für Umwelt- und Klimaschutz einzusetzen.

satz für Umwelt und Klima am Arbeitsplatz oder die Spendentätigkeit. Von den Menschen mit einfachem oder mittlerem Bildungsniveau berichtet knapp die Hälfte, eine Partei zu wählen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, von den Menschen mit hohem Bildungsniveau sind es zwei Drittel und von den Menschen mit sehr hohem Bildungsniveau drei Viertel.

21 Prozent der Menschen mit einfachem Bildungsniveau spenden für Umwelt- und Naturschutzgruppen, gegenüber 37 Prozent der Personen mit sehr hoher Bildung. Auf umwelt- und klimafreundliche Investitionen bei Finanz- und Vorsorgeanlagen achten 22 Prozent der Menschen mit einfachem Bildungsniveau gegenüber 46 Prozent der Personen mit sehr hoher Bildung.

Abbildung 24: Zivilgesellschaftliches Engagement für Umwelt- und Klimaschutz

Frage: **Treffen die folgenden Verhaltensweisen auf Sie zu oder nicht?**

Antwort: **ja, trifft zu**

Ich wähle Parteien, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen.*	55
Ich setze mich an meinem Arbeitsplatz für umweltfreundliche Veränderungen ein.**	37
Ich boykottiere umwelt- und klimaschädliche Firmen.	34
Bei meinen Finanz- und Vorsorgeanlagen achte ich auf umwelt- und klimafreundliche Investitionen.	28
Ich spende Geld für Umwelt- oder Naturschutzgruppen.	25
Ich engagiere mich aktiv für den Umwelt- und Naturschutz.	17
Ich nehme an Demonstrationen für Umwelt- und Klimaschutz teil.	10

Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

* Frage an die 2.060 Teilnehmenden der Befragung gestellt, die mindestens 16 Jahre alt waren

** Frage an die 1.102 Erwerbstätigen in der Befragung gestellt

Beim zivilgesellschaftlichen Engagement für Umwelt und Klima lassen sich – anders als beim Konsumhandeln – kaum Geschlechterunterschiede finden. Auch das Pro-Kopf-Einkommen weist nur wenige eindeutige Zusammenhänge mit zivilgesellschaftlichem Engagement für Umwelt und Klima auf. So hängt das Einkommen etwa nur geringfügig mit der Spendenfreudigkeit der Menschen zusammen: Während im niedrigsten Einkommenssegment 23 Prozent spenden, sind es im mittleren Segment 19 Prozent und im (sehr) hohen Einkommenssegment rund 30 Prozent. Beim aktiven Engagement oder bei der Teilnahme an Demonstrationen setzen sich die Menschen mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen gegenüber den Menschen mit höherem Einkommen doppelt so häufig für Umwelt- und Klimaschutz ein – ein Effekt, der auch mit dem Alter zusammenhängen könnte, wie im nächsten Abschnitt beleuchtet wird.

Vor allem junge Menschen gehen für Umwelt und Klima auf die Straße

Immerhin 10 Prozent der Befragten berichten, dass sie an Demonstrationen für Umwelt- und Klimaschutz teilnehmen. Darunter sind junge Menschen besonders häufig vertreten: 23 Prozent der 14- bis 29-Jährigen geben an, an Demonstrationen teilzunehmen, während es in den anderen Altersgruppen nur 5 bis 8 Prozent sind. Auch gehen Geringverdienende (16 Prozent) doppelt so oft auf die Straße wie Menschen mit (sehr) hohem Pro-Kopf-Einkommen (8 Prozent). Diese Verteilung ist im Zusammenhang mit der Bewegung Fridays for Future zu sehen, die – gerade zu Beginn – stark von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden ausgegangen ist. Dass sie sich aktiv für den Umwelt- und Klimaschutz engagieren, bejahen mit 21 Prozent ebenfalls etwas mehr 14- bis 29-Jährige als die anderen Altersgruppen (15 bis 17 Prozent). Beim Wählen einer Partei, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, gibt es schließlich einen weiteren Alterseffekt: 64 Prozent der Wahlberechtigten bis 29 Jahre wählen eine im Umwelt- und Klimaschutz aktive Partei, verglichen mit 55 Prozent der 30- bis 49-Jährigen, 47 Prozent der 50- bis 64-Jährigen und 58 Prozent der Menschen im Rentenalter.

7.4 Bereitschaft für Engagement und Wandel

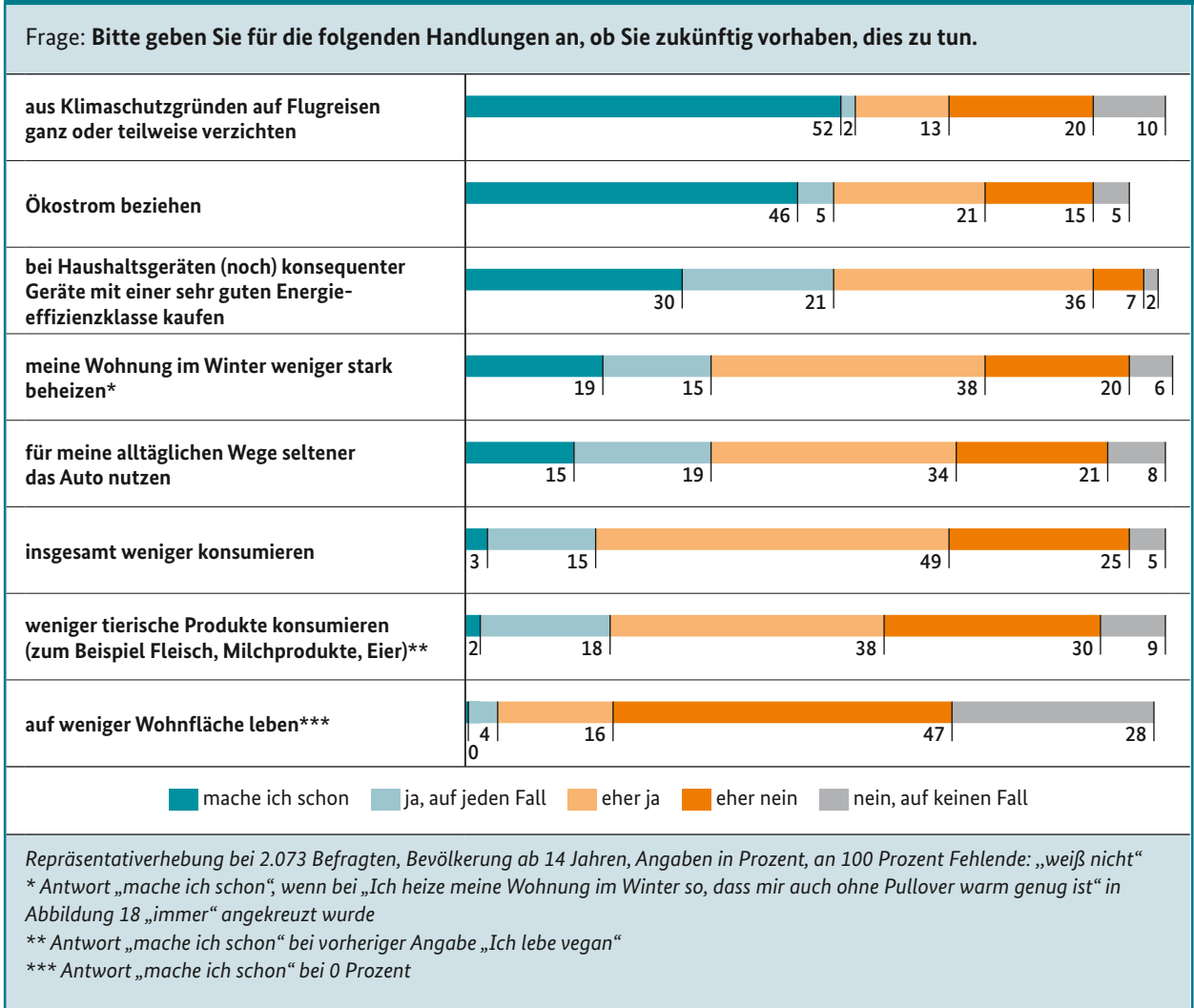
Der durchschnittliche ökologische Fußabdruck ist in Deutschland erheblich höher, als es für die Klimaziele und die Einhaltung planetarer Grenzen zuträglich ist. Nachdem das Konsum- und Alltagshandeln sowie das Engagement der Menschen betrachtet wurden, wird im Folgenden die Veränderungsbereitschaft der Menschen in diesen Feldern untersucht.

Die Mehrheit kann sich gut vorstellen, den eigenen Konsum zu reduzieren

Die Bereitschaft, den eigenen ökologischen Fußabdruck zu verringern, ist insbesondere beim Kauf energieeffizienter Geräte stark ausgeprägt sowie bei der Senkung der Heiztemperatur und der Verringerung der Autonutzung (Abbildung 25). Während 30 Prozent der Befragten nach eigener Angabe bereits immer darauf achten, Geräte mit sehr guter Energieeffizienzklasse zu kaufen (Abbildung 18), sind weitere 21 Prozent auf jeden Fall und 36 Prozent tendenziell dazu bereit, dies zukünftig noch häufiger zu tun. Weiterhin sind 19 Prozent auf jeden Fall und weitere 34 Prozent eher dazu bereit, das Auto öfter einmal stehen zu lassen. Ähnlich viele Befragte – 18 Prozent auf jeden Fall beziehungsweise 38 Prozent eher – sind willens, öfter auf tierische Produkte zu verzichten. Ihren Konsum insgesamt zu reduzieren, können sich 15 Prozent der Befragten auf jeden Fall und 49 Prozent eher vorstellen. Zu Konsum- und Fleischverzicht sind weibliche Personen deutlich stärker bereit als männliche. Menschen mit steigendem Bildungsniveau sind eher bereit, das Auto weniger oft zu nutzen und die Heiztemperatur zu senken. Ansonsten gibt es jedoch kaum soziodemografische Unterschiede.

Am wenigsten offen sind die Befragten dafür, ihre Wohnfläche zu reduzieren: Nur 20 Prozent können sich dies vorstellen. Für drei Viertel der Befragten kommt dies (eher) nicht infrage. Für den Klimaschutz auf Flugreisen verzichten wollen auch nur wenige Menschen: Nur 15 Prozent sind dazu bereit – allerdings gibt über die Hälfte der Befragten an, dies bereits zu tun. Insgesamt lassen sich kaum Abweichungen zu der Erhebung im Jahr 2020 entdecken.

Abbildung 25: Wie veränderungsbereit die Menschen in ihrem Konsumhandeln sind



Vor allem Jüngere offen für zivilgesellschaftliches Engagement

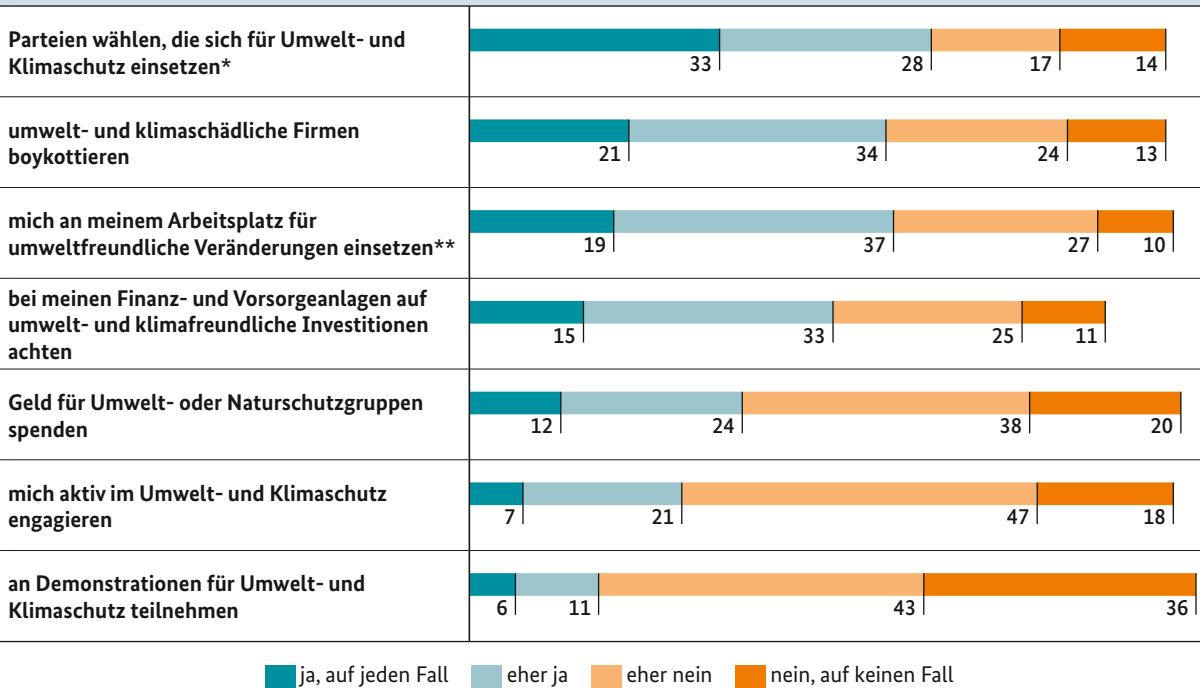
Die Handlungsbereitschaft ist jenseits des Konsumverhaltens am höchsten, wenn es darum geht, zukünftig vermehrt Parteien zu wählen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen (Abbildung 26). 61 Prozent können sich dies (eher) vorstellen, 31 Prozent (eher) nicht. Auch einen Boykott umwelt- oder klimaschädlicher Firmen, das Engagement am Arbeitsplatz für umweltfreundliche Veränderungen sowie umwelt- und klimafreundliche Geldanlagen kann sich die Mehrheit der Befragten (eher) vorstellen.

Fast durchgängig ist die Bereitschaft zum Umweltengagement bei den 14- bis 29-Jährigen am höchsten. Besonders wird dies an der Bereitschaft sichtbar, sich aktiv für Umwelt- und Klimaschutz zu engagieren – 42 Prozent der 14- bis 29-Jährigen sind dazu bereit

gegenüber 21 Prozent der Menschen ab 65 Jahren. Die Bereitschaft an Demonstrationen teilzunehmen nennen 37 Prozent der jüngsten Altersgruppe und nur 10 Prozent der ältesten, bei der Spendenbereitschaft für Umwelt- und Naturschutzgruppen sind es 48 Prozent gegenüber 34 Prozent. Ähnlich zeigt sich auch mit steigendem Bildungsniveau eine höhere Bereitschaft sich zu engagieren. Etwa sind im einfachen Bildungssegment 38 Prozent bereit, bei Geldanlagen auf umwelt- und klimafreundliche Investitionen zu achten, im sehr hohen Bildungssegment sind es 68 Prozent. Auch zum Engagement für Umwelt und Klima am Arbeitsplatz sind Menschen mit höherer Bildung eher bereit – 69 Prozent der Menschen mit sehr hoher Bildung gegenüber 48 Prozent mit einfacher Bildung – ebenso wie dazu, sich aktiv für Umwelt- und Klimaschutz zu engagieren (40 Prozent gegenüber 20 Prozent).

Abbildung 26: Wie veränderungsbereit die Menschen sind, sich für Umwelt und Klima zu engagieren

Frage: Bitte geben Sie für die folgenden Handlungen an, ob Sie zukünftig vorhaben, dies zu tun.



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

* Frage an die 2.060 Teilnehmenden der Befragung gestellt, die mindestens 16 Jahre alt waren

** Frage an die 1.102 Erwerbstätigen in der Befragung gestellt

7.5 Wahrnehmung der Umwelt- und Klimabewegungen

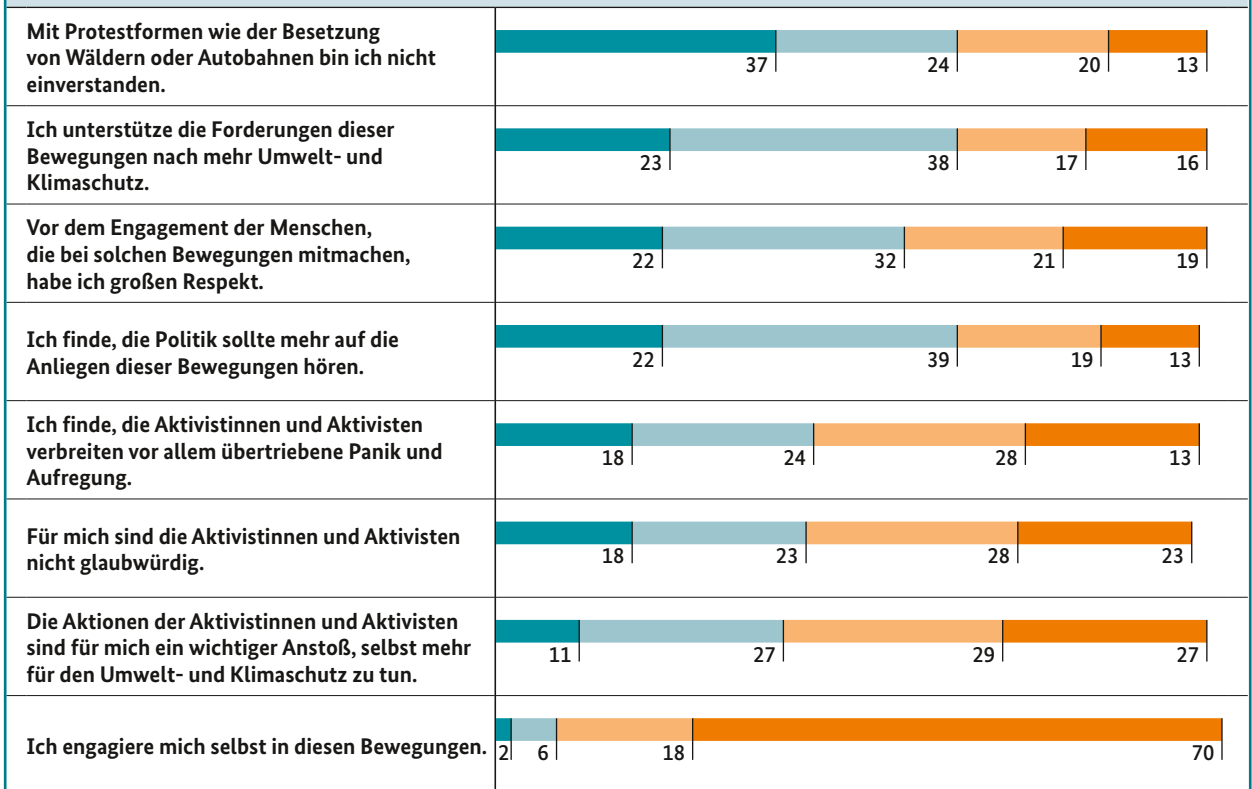
Mit Fridays for Future hat die Klimagerechtigkeitsbewegung seit 2018 immer mehr an Bedeutung gewonnen. Insbesondere junge Menschen engagieren sich dort. Bereits 2020 wurde erfasst, wie Menschen in Deutschland Fridays for Future bewerten. Die Erhebung zeigt, dass der Bewegung mehrheitlich Sympathie und Wertschätzung entgegengebracht wird. Im Jahr 2022 wurde die Wahrnehmung der breiteren Umwelt- und Klimaschutzbewegung erfasst. Die Studienteilnehmenden sollten daher nicht nur Fridays for Future, sondern auch etwa Extinction Rebellion oder die Waldbesetzungen wie im Hambacher Forst als beispielhafte Gruppen und Aktivitäten für Umwelt- und Klimaschutz bewerten.

Forderungen werden unterstützt, jedoch ist nicht jede Methode recht

Die Mehrheit der Befragten unterstützt die Forderungen und teilt die Motivationen der Umweltbewegungen, nicht jedoch alle Formen des Protests (Abbildung 27). 61 Prozent der Menschen sind mit Protestformen wie der Besetzung von Wäldern oder Autobahnen (eher) nicht einverstanden. Gleichzeitig unterstützen 60 Prozent der Befragten die Forderungen der Bewegungen und 61 Prozent finden, dass die Politik mehr auf sie hören sollte. Fast ebenso viele bekunden ihren Respekt für Menschen, die sich in diesen Bewegungen engagieren. 38 Prozent der Befragten finden gar, dass die Umweltbewegungen sie motivieren, selbst mehr für Umwelt und Klima zu tun, während 7 Prozent sich selbst (eher) als Teil dieser Gruppierungen sehen. Über 40 Prozent der Befragten wiederum stimmen den Aussagen eher bis vollkommen zu, dass die Umweltbewegungen wenig glaubwürdig sind oder übertriebene Panik verbreiten.

Abbildung 27: Wie Umweltbewegungen bewertet werden

Frage: In den vergangenen Jahren sind weltweite Bewegungen für den Umwelt- und Klimaschutz entstanden. Dazu gehören zum Beispiel Fridays for Future, Extinction Rebellion oder die Proteste im Hambacher Forst. Wie bewerten Sie solche Aktivitäten alles in allem?



■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu ■ stimme überhaupt nicht zu

Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

Von jungen Menschen stärker unterstützt

Die Wahrnehmung der Umweltbewegungen ist im Jahr 2022 durchweg um ein paar wenige Prozentpunkte negativer als die Wahrnehmung von Fridays for Future im Jahr 2020. Dies kann einerseits eine zeitliche Entwicklung sein, wahrscheinlicher ist es jedoch, dass Umweltbewegungen, die neben Demonstrationen auch zivilen Ungehorsam einsetzen, auf stärkere Ablehnung stoßen als die Schülerstreiks von Fridays for Future. Wenig überraschend unterstützen die 14- bis 29-Jährigen die Umweltbewegungen über alle Fragen hinweg am stärksten – 15 Prozent von ihnen zählen sich selbst zu diesen Bewegungen, und drei Viertel von ihnen unterstützen die Forderungen der Bewegungen.

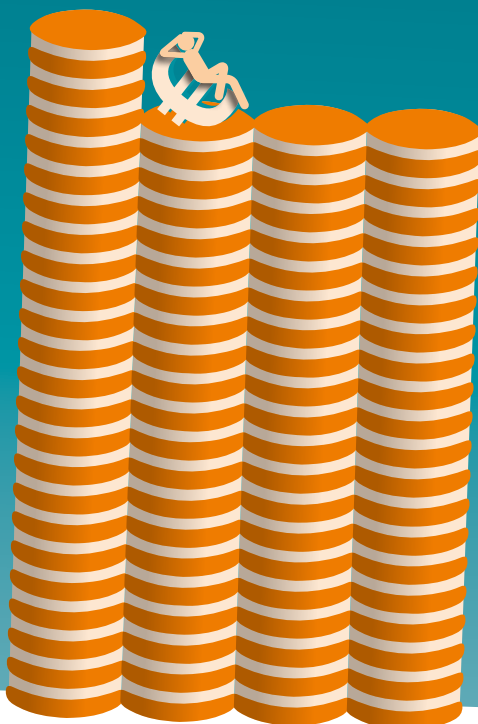
8. Umwelt- und klimafreundlicher Umbau der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft umwelt- und klimafreundlich umzubauen, erfährt breite Zustimmung. Aber es gibt ausgeprägte Bedenken zu sozialen Auswirkungen.

91%
unterstützen das Ziel, die deutsche Wirtschaft
umwelt- und klimafreundlich umzubauen



74%
erwarten, dass ein Umbau die Unterschiede
zwischen Arm und Reich vergrößert



39%
haben Angst vor sozialem Abstieg
aufgrund des Umbaus





Wie sich der ökologische Umbau der Wirtschaft auf Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland auswirkt – Wissenschaftliche Szenarien

Einige wissenschaftliche Studien haben untersucht, wie sich ein ökologischer Umbau der deutschen Wirtschaft auf den Wohlstand und den Arbeitsmarkt auswirken könnte (Helmcke et al. 2021, Hoch et al. 2019, Kaltenborn 2021, Mönnig et al. 2020, 2021). Der Fokus dieser Untersuchungen liegt auf den Effekten von Klimaschutzmaßnahmen, also auf Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen. Etwa erwarten Mönnig et al. (2021) in einer Studie zu branchenspezifischen Arbeitsmarkteffekten eines klimaneutralen Umbaupfads bis 2030 in Deutschland zusätzliche Jobs insbesondere im Baugewerbe und in verkehrsnahen Branchen. Lediglich im Fahrzeugbau käme es aufgrund des Hochlaufs bei der Elektromobilität zu größeren Arbeitsplatzverlusten. Insgesamt gehen die wissenschaftlichen Studien zum klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft von positiven Effekten auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt aus, ebenso wie – insbesondere langfristig – von positiven Nettoarbeitsplatzeffekten und positiven Einkommenseffekten.

Auch in Deutschland sind Folgen des Klimawandels mittlerweile stärker spürbar (Kapitel 4). Das globale Artensterben und die Übernutzung natürlicher Ressourcen schreiten ebenfalls voran und bereiten den Menschen Sorgen (Kapitel 3). All diese Entwicklungen machen deutlich: Ein ökologischer Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen ist dringend erforderlich. Nur so können die international vereinbarten Klimaziele eingehalten und die Abhängigkeit von Energieimporten reduziert werden – ein Ziel, das auch in Folge des Ukraine-Kriegs erheblich wichtiger geworden ist. Um diesen ökologischen Wandel konkret umzusetzen, ist ebenso ein umwelt- und klimafreundlicher Umbau der Wirtschaft in Deutschland notwendig. Dazu gehören zum Beispiel folgende Maßnahmen: die umwelt- und klimafreundliche Veränderung von Produkten und Produktionsverfahren, die Energiegewinnung aus Wind und Sonne statt aus Kohle, Öl und Gas, eine Produktion von Autos mit Elektro- anstatt mit Verbrennungsmotoren und der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

Bisher ist wenig darüber bekannt, wie die deutsche Bevölkerung einem ökologischen Umbau der Wirtschaft gegenübersteht. Das Thema wurde in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 (BMUV/UBA 2022) erstmals thematisiert, bei der sich eine sehr große Zustimmung der Bevölkerung zu diesem Wandel zeigte. Die Umweltbewusstseinsstudie 2022 hat den ökologischen Wirtschaftsombau als Schwerpunktthema vertieft. Es wurde betrachtet, wie die Befragten den ökologischen Umbau der Wirtschaft insgesamt bewerten (Kapitel 8.1). Weiterhin beurteilten sie, welche persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologi-

schen Folgen des Umbaus sie erwarten oder befürchten (Kapitel 8.2) und welche Folgen der Umbau konkret für die soziale Gerechtigkeit mit sich bringen wird (Kapitel 8.3). Schließlich teilten die Befragten auch ihre persönlichen Handlungsbereitschaften und Erwartungen an Staat und Wirtschaft bezogen auf diesen Umbau mit (Kapitel 8.4).

Das Schwerpunktthema wurde zunächst in drei Fokusgruppen diskutiert, um relevante Aspekte des Themas für die Repräsentativbefragung zu identifizieren. Nach der Befragung fanden zwei weitere Fokusgruppen statt, um die Gründe für das Antwortverhalten in der Repräsentativbefragung besser verstehen zu können. Im Folgenden werden Zitate der Teilnehmenden aus den Fokusgruppen angeführt, um Beispiele aus der Lebensrealität der Menschen im Zusammenhang mit dem ökologischen Wirtschaftsombau sichtbar zu machen.

Es brechen Arbeitsplätze, Branchen weg, aber andere entstehen neu. Ich bin für den Wandel, Veränderung und am besten [zusätzlich] zum Umwelt-/Klimawandel auch den Gesellschaftswandel.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 48 Jahre, aus Kleinstadt in Sachsen

8.1 Wie der ökologische Wirtschafts- umbau bewertet wird

Bereits die repräsentative Befragung der Umweltbewusstseinsstudie 2020 (BMUV/UBA 2022) ergab eine sehr große Zustimmung für einen Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: 91 Prozent der Befragten stimmten zu, dass die Politik den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft zügig, aber auch sozialverträglich vorantreiben sollte.

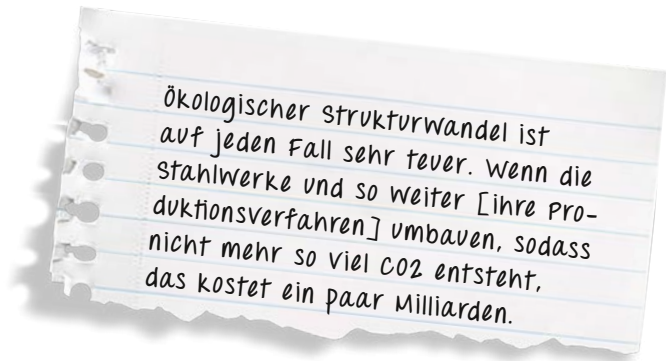
Sehr große Zustimmung zum Ziel des ökologischen Umbaus der deutschen Wirtschaft

Auch in der Umweltbewusstseinsstudie 2022 zeigt sich eine sehr hohe Zustimmung zu einer ähnlichen Aussage: Ebenfalls 91 Prozent der Befragten sprechen sich für einen umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft aus. Über die Hälfte der Befragten gibt an, „sehr dafür“ zu sein (Abbildung 28). Lediglich 8 Prozent der Befragten sprechen sich (eher) gegen das Ziel aus, die Wirtschaft in Deutschland umwelt- und klimafreundlich umzubauen. Diese hohen Zustimmungswerte sind umso bemerkenswerter, als in der Fragestellung auch absehbare negative Konsequenzen des Umbaus thematisiert wurden (wie ein Verlust von Arbeitsplätzen etwa in Kohleindustrie und Automobilwirtschaft).

Die Teilnehmenden aus den Fokusgruppen waren sich ebenfalls weitgehend einig darüber, dass das Ziel des ökologischen Wirtschaftsumbaus verfolgt werden sollte, wenngleich die Umbaumaßnahmen mit anfänglich hohen Investitionskosten verbunden seien. Zudem wurde thematisiert, dass für einen erfolgreichen Wirtschaftsumbau alle gesellschaftlichen Gruppen ihre Einstellungen und Gewohnheiten hin zu einem umweltfreundlicheren Verhalten ändern müssten.

Wenn das Umdenken [...] in den Köpfen nicht vonstattengeht, dann bringt es nichts, wenn der Strukturwandel nur in der Wirtschaft vonstattengeht.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 59 Jahre,
aus mittelgroßer Stadt in Sachsen



Teilnehmerin der Fokusgruppen, 47 Jahre,
aus Berlin

Zustimmung bei jungen und hoch gebildeten Menschen sowie bei Befragten in Westdeutschland etwas höher

Über alle Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen hinweg gibt es Zustimmungsraten von über 80 Prozent zum Ziel des ökologischen Wirtschaftsumbaus. Unterschiede zeigen sich vor allem bei den Prozentwerten für die „sehr dafür“-Antwort: Hier stimmen die 14- bis 29-Jährigen mit 68 Prozent stärker zu als die älteren Altersgruppen (44 bis 53 Prozent). „Sehr dafür“ sind 70 Prozent der Befragten mit sehr hoher Bildung und 62 Prozent der Befragten mit hoher Bildung, bei den Menschen mit mittlerer Bildung sind es 43 Prozent und bei einfacher Bildung 46 Prozent. In den unterschiedlichen Einkommensgruppen gibt es keine nennenswerten Unterschiede.

Regionale Unterschiede in den Bewertungen gibt es zwischen städtischen und ländlichen Regionen: „Sehr dafür“ sind über 60 Prozent der Befragten aus großen Städten mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, in kleineren Städten und Gemeinden sind es nur 46 bis 50 Prozent. Auch zeigen sich Unterschiede zwischen Befragten in Ost- und Westdeutschland: Bei der Gesamtzustimmung zum ökologischen Wirtschaftsumbau sind die Unterschiede zwischen den Befragten in ostdeutschen Bundesländern (86 Prozent) und westdeutschen Bundesländern (91 Prozent) gering. Unterschiede existieren allerdings beim Grad der Zustimmung: 56 Prozent der Befragten in Westdeutschland sind „sehr dafür“, in Ostdeutschland sind es 37 Prozent. Diese vorsichtigeren Einschätzung des ökologischen Wirtschaftsumbaus in Ostdeutschland zeigt sich auch bei weiteren Fragen und könnte unter anderem auf negative Erfahrungen beim Umbau der Wirtschaft im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung zurückgehen. Auch weitere Gründe spielen vermutlich eine Rolle, wie zum Beispiel, dass in den

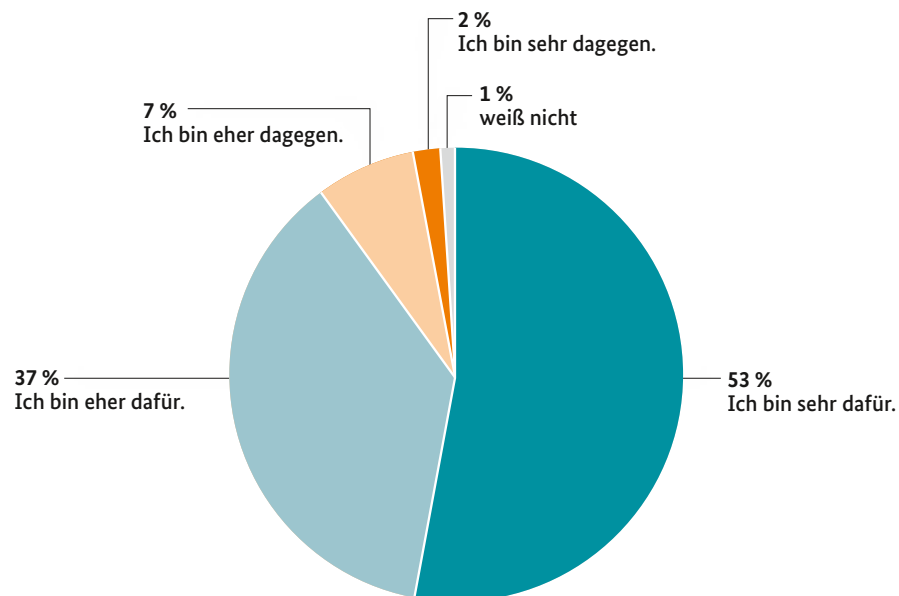
Abbildung 28: Wie das Ziel eines umwelt- und klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft beurteilt wird

Frage: **Zurzeit wird verstärkt versucht, die Wirtschaft in Deutschland umwelt- und klimafreundlich zu machen. Dazu gehören beispielsweise folgende Maßnahmen:**

- Produkte und Produktionsverfahren sollen umwelt- und klimafreundlicher werden,
- Energie soll nicht mehr aus Kohle, Öl und Gas, sondern vor allem aus Wind- und Solarenergie gewonnen werden,
- von der Produktion von Autos mit Verbrennungsmotoren soll auf Autos mit Elektromotoren umgestiegen und öffentliche Verkehrsmittel sollen ausgebaut werden.

Dieser Umbau führt voraussichtlich zu einem Gewinn von Arbeitsplätzen in einigen Branchen (zum Beispiel in Wind- und Solarenergieunternehmen, öffentlichen Verkehrsunternehmen) und zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Branchen (zum Beispiel in Kohleindustrie, Automobilwirtschaft).

Wie stehen Sie grundsätzlich zu dem Ziel, die Wirtschaft in Deutschland umwelt- und klimafreundlich umzubauen?



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren

ostdeutschen Bundesländern mehr Menschen in ländlichen Räumen leben als in Westdeutschland. Derartige strukturelle Zusammenhänge werden im wissenschaftlichen Bericht analysiert.

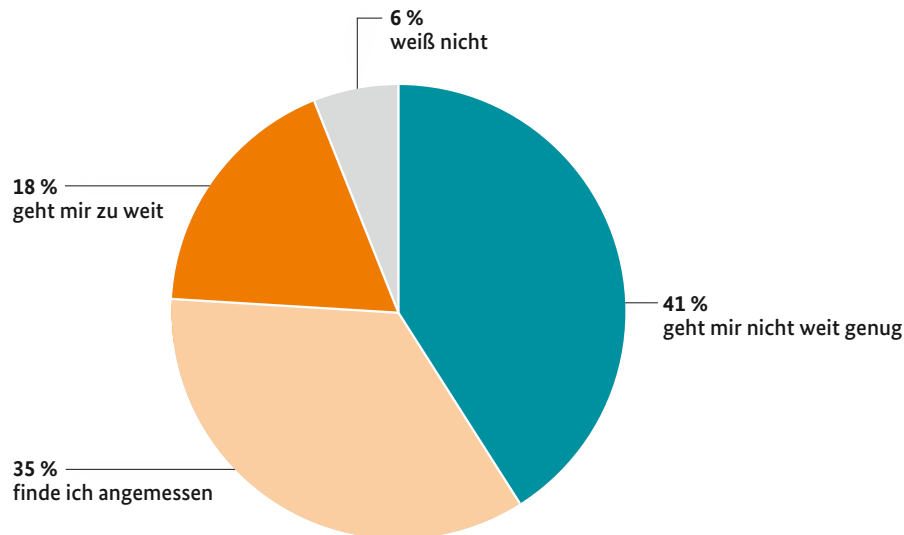
Politik der Bundesregierung zum ökologischen Wirtschaftsumbau kritischer beurteilt

Im Vergleich zur sehr hohen Zustimmung zum Ziel, die deutsche Wirtschaft umwelt- und klimafreundlich umzubauen, zeigen sich die Befragten bei der Frage, wie gut die Politik der Bundesregierung auf dieses Ziel hinarbeitet, deutlich kritischer. Zwar findet rund

ein Drittel der Befragten zum Zeitpunkt der Studie im Sommer 2022 die Politik der Bundesregierung zum umwelt- und klimafreundlichen Umbau der deutschen Wirtschaft angemessen (Abbildung 29). Allerdings geht einem größeren Anteil von 41 Prozent die Politik nicht weit genug. Einem knappen Fünftel der Bevölkerung gehen diesbezügliche Maßnahmen jedoch bereits zu weit. Diese gespaltene Beurteilung der bisherigen Maßnahmen spiegelte sich auch in den Fokusgruppen wider. So beurteilte ein Teil der Teilnehmenden die bisherigen Maßnahmen als unzureichend, während andere die Maßnahmen als unwirksam oder zu weitgehend einschätzten.

Abbildung 29: Wie die Befragten die Politik der Bundesregierung zum umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft beurteilen

Frage: Wie bewerten Sie die Politik der Bundesregierung zum umwelt- und klimafreundlichen Umbau der deutschen Wirtschaft? Bitte wählen Sie die Antwort aus, die am ehesten auf Sie zutrifft.



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren

Derzeit habe ich den Eindruck, dass die Politik nur neue Verordnungen, Gesetze und Regelungen erlässt, aber nie in der Lage ist, überhaupt was durchzusetzen.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 62 Jahre, aus Kleinstadt in Sachsen

Das ist noch zu zögerlich und man spürt nicht wirklich, dass was passiert. Es sind Tropfen auf den heißen Stein. Mir fallen auch nur Elektroautos und Ausstieg Atomkraft ein. Das ist ein bisschen wenig.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 48 Jahre, aus Kleinstadt in Sachsen

Junge, hoch gebildete Menschen und Befragte in Westdeutschland haben höhere Erwartungen an die Bundesregierung

Je jünger und je gebildeter die Befragten sind, desto mehr fordern sie weitere Anstrengungen der Bundesregierung. Für 62 Prozent der 14- bis 29-Jährigen, aber nur für 27 Prozent der Menschen ab 65 Jahren geht die Politik der Bundesregierung nicht weit genug. Von den Menschen mit hoher oder sehr hoher Bildung finden dies über die Hälfte (53 beziehungsweise 56 Prozent), bei den Befragten mit mittlerer oder einfacher Bildung sind es jeweils nur knapp 30 Prozent.

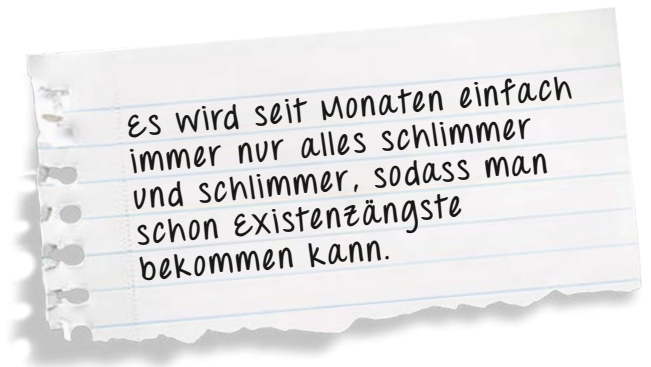
Auch in Städten mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist der Wunsch nach weitreichenderen Politikmaßnahmen für rund die Hälfte der Befragten stärker als in kleineren Orten, wo sich dies knapp vier von zehn Personen wünschen. Gleiches gilt für den West-Ost-Vergleich: In Westdeutschland geht vier von zehn Befragten die Politik nicht weit genug, in Ostdeutschland sind es knapp drei von zehn Befragten. Einem Sechstel der Befragten in Westdeutschland und fast einem Drittel der Befragten in Ostdeutschland geht die Politik zu weit.

Bewertungen stark vom Ukraine-Krieg beeinflusst

Die Bundesregierung setzt sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Ende Februar 2022 dafür ein, Deutschland unabhängiger von russischem Öl und Gas zu machen und den ökologischen Wirtschaftsumbau schneller voranzutreiben. Entsprechend naheliegend ist es, dass sich der Krieg und seine Folgen in der Umweltbewusstseinsstudie 2022 in den Antworten zum ökologischen Wirtschaftsumbau widerspiegeln. Um die Stärke dieses Effekts abzuschätzen, wurde eine entsprechende Frage aufgenommen (Abbildung 30).

Das Ergebnis: Bei fast drei Viertel der Befragten hat der Ukraine-Krieg die Einstellung zum ökologischen Wirtschaftsumbau verändert. 63 Prozent der Befragten geben an, dass der Umbau für sie wichtiger geworden ist, nur für 8 Prozent hat er an Wichtigkeit verloren. Für 28 Prozent der Befragten hat sich die Einstellung durch den Krieg nicht verändert.

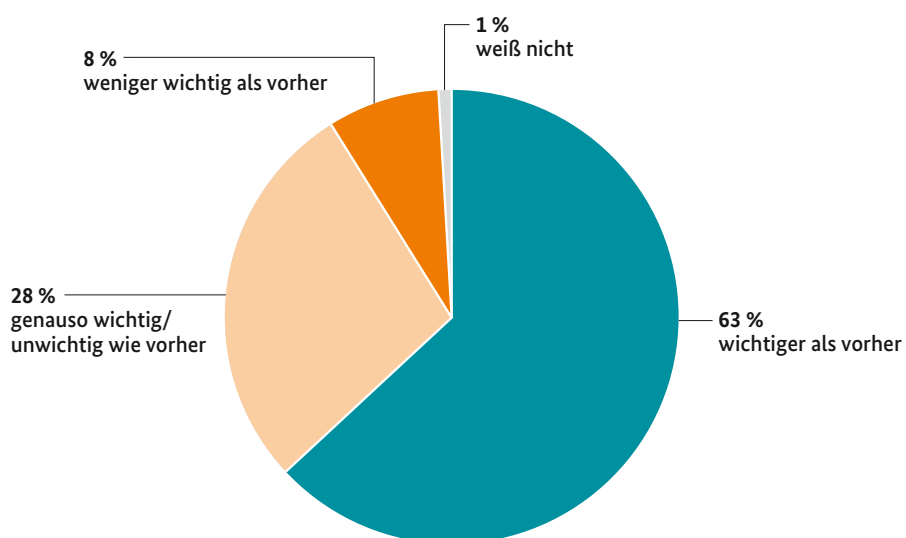
Die Diskussionen in den Fokusgruppen machten zudem deutlich, dass den Teilnehmenden durch die Energiekrise infolge des Kriegs die starke Abhängigkeit von fossilen Energieträgern bewusster geworden ist und sie daher den Umstieg auf erneuerbare Energien für wichtiger halten, auch um mehr Energiesicherheit zu schaffen. Dies könnte ein Grund für den Bedeutungsgewinn des ökologischen Wirtschaftsumbaus sein.



Teilnehmerin der Fokusgruppen, 47 Jahre, aus Berlin

Abbildung 30: Wie der Ukraine-Krieg die Einstellungen der Menschen zum ökologischen Wirtschaftsumbau beeinflusst

Frage: Infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine setzt die Bundesregierung derzeit Maßnahmen um, um Deutschland von russischem Öl und Gas unabhängig zu machen. Ist der Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland vor dem Hintergrund des Angriffs Russlands auf die Ukraine und der Bestrebung Deutschlands, unabhängig von russischem Öl und Gas zu werden, für Sie persönlich ...



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren

Alle Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudie 2022 zum ökologischen Wirtschaftsumbau sind folglich stark durch den Ukraine-Krieg und seine Folgen beeinflusst. Doch weisen die Ergebnisse der vorherigen Umweltbewusstseinsstudie, die im Jahr 2020 vor dem Ukraine-Krieg durchgeführt wurde, auf eine gewisse zeitliche Stabilität der Zustimmung zum ökologischen Wirtschaftsumbau hin: Wie zu Beginn dieses Kapitels beschrieben, stimmte sowohl 2020 als auch 2022 eine deutliche Mehrheit der Befragten einem ökologischen Wirtschaftsumbau grundsätzlich zu. Ob die zum ökologischen Wirtschaftsumbau geäußerten Einschätzungen nur Momentaufnahmen sind oder länger Bestand haben, sollte zukünftig wiederholt geprüft werden.

Besonders für Ältere und Menschen in Westdeutschland Wirtschaftsumbau wichtiger

71 Prozent der Menschen ab 65 Jahren geben an, dass der ökologische Wirtschaftsumbau durch den Krieg für sie wichtiger geworden ist, in den anderen Altersgruppen ist dieser Anteil mit 58 bis 62 Prozent geringer. Weiterhin wurde diese Antwort in Westdeutschland mit 65 Prozent der Befragten öfter gewählt als in Ostdeutschland (48 Prozent).

8.2 Welche Folgen des ökologischen Wirtschaftsumbaus die Menschen erwarten und befürchten

Um einen Eindruck davon zu erhalten, welche Stimmung in der Bevölkerung hinsichtlich des durch die Bundesregierung angestrebten ökologischen Wirtschaftsumbaus vorherrscht, wurden die Befragten zuerst gebeten, verschiedene Aussagen zu bewerten. Diese dienten vor allem dazu, die Hoffnungen und Befürchtungen der Menschen zu den persönlichen Folgen des Umbaus zu erfassen. Danach hatten sie Gelegenheit, ihre Einschätzungen zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Umbaus abzugeben.

Die steigenden Preise machen es nicht einfacher, weil einfach die Güter viel teurer geworden sind und dadurch viele Existenzen [...] auf der Kippe stehen.

Teilnehmerin der Fokusgruppen, 51 Jahre, vom Land in Schleswig-Holstein

Ausgeprägte Sorgen, aber gleichzeitig ausgeprägte positive Grundhaltung

Es zeigt sich, dass verbunden mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau – wahrscheinlich auch bedingt durch die Energiekrise und die hohe Inflation in Folge des Ukraine-Kriegs – ausgeprägte Sorgen wegen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten geäußert werden. 81 Prozent der Menschen stimmen dieser Befürchtung zu (Abbildung 31). Gleichzeitig äußern fast ebenso viele Befragte eine positive Grundhaltung gegenüber dem von der Bundesregierung angestrebten ökologischen Wirtschaftsumbau: 80 Prozent stimmen zu, dass sie es gut finden, dass dieser Umbau stattfindet, weil sie ihn für notwendig und wichtig halten.

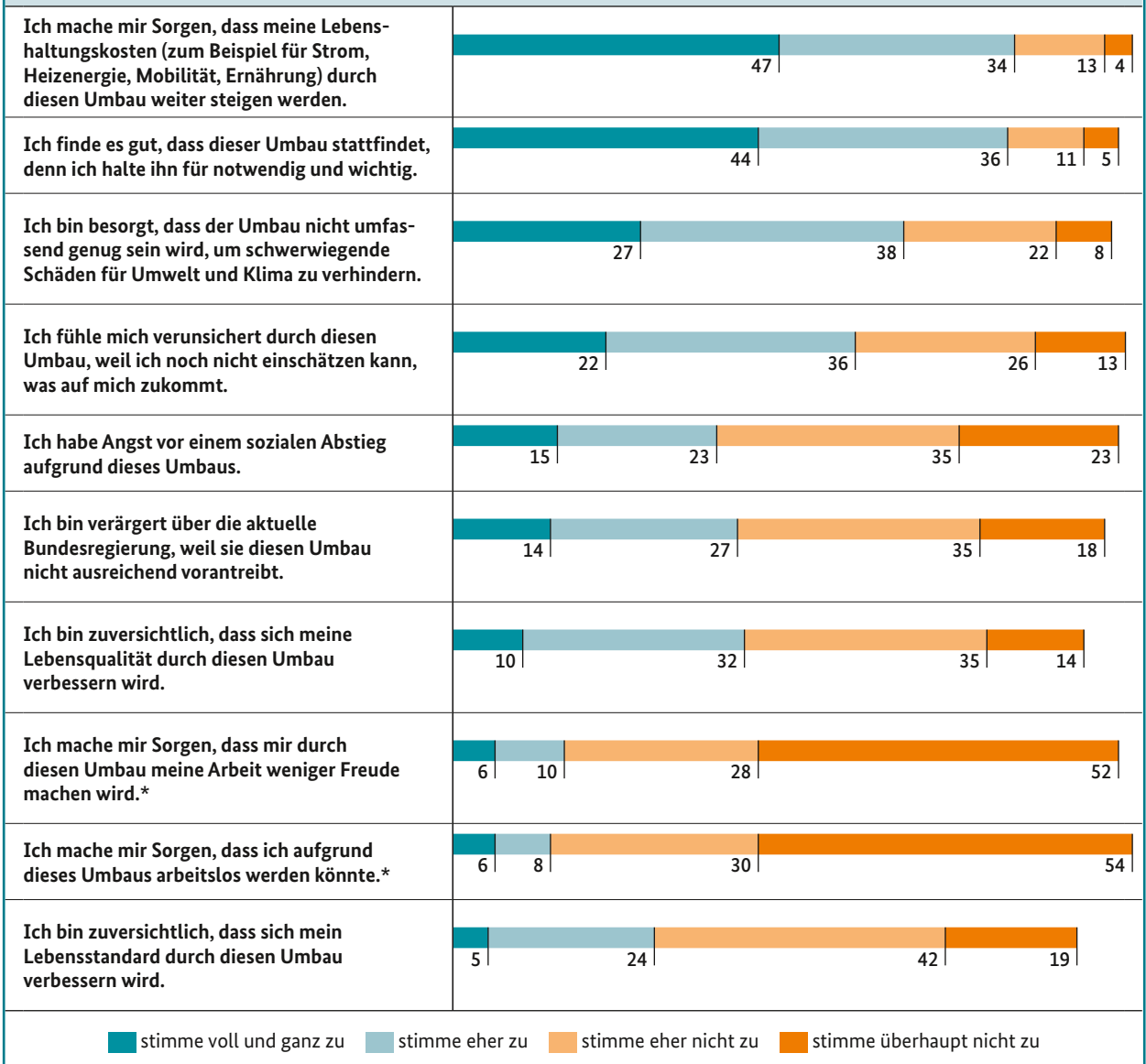
Die Sorge, dass der Umbau nicht umfassend genug sein wird, um schwerwiegende Schäden für Umwelt und Klima zu verhindern, findet mit 65 Prozent etwas geringere Zustimmung – wird aber immer noch von weit über der Hälfte der Befragten geäußert. Ähnlich sieht es bei dem Gefühl der Verunsicherung durch den Wirtschaftsumbau aus, das dadurch entsteht, dass die Menschen noch nicht einschätzen können, was auf sie zukommt (58 Prozent Zustimmung). Beide Gefühlslagen zeigen – wie schon die besonders ausgeprägten Sorgen wegen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten – eine sorgenvolle Sicht auf eine Zukunft, in der die Wirtschaft umwelt- und klimafreundlich umgebaut wird.

Wir gehen definitiv nicht mehr so oft essen, weil es so teuer ist [...]. In den vergangenen Jahren war es so, immer schneller, immer höher, immer weiter. Alles ist verfügbar gewesen, man kann alles haben [...]. Langfristig gesehen kann man in einigen Dingen wieder aufs Wesentliche zurückkommen.

Teilnehmerin der Fokusgruppen, 39 Jahre, aus mittelgroßer Stadt in Sachsen

Abbildung 31: Welche Gefühle die Menschen mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau und erwarteten persönlichen Effekten verbinden

Frage: Was empfinden Sie angesichts des von der Bundesregierung angestrebten Umbaus zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland?



Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“
 * Diese Frage wurde nur denjenigen gestellt, die bei der vorherigen Frage nach der Erwerbstätigkeit „Vollzeit erwerbstätig“, „Teilzeit erwerbstätig“ oder „Geringfügig beschäftigt“ angegeben haben (1.102 Befragte).

Bei weniger als der Hälfte der Befragten kommt es zu den folgenden Einschätzungen: 41 Prozent der Bevölkerung zeigen sich verärgert über die aktuelle Bundesregierung, da sie den Umbau nicht ausreichend vorantreibe. Und was das eigene Leben betrifft, sind 42 Prozent zuversichtlich, dass sich die eigene Lebensqualität erhöhen werde, 29 Prozent erwarten dies auch für den eigenen Lebensstandard. Jedoch äußern 39 Prozent der Befragten Angst vor einem sozialen Abstieg aufgrund des Umbaus.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit äußern hingegen nur 14 Prozent der erwerbstätigen Befragten. Auch die Sorge, dass die Arbeit aufgrund des ökologischen Wirtschaftsumbaus weniger Freude machen könnte, findet sich mit 16 Prozent Zustimmung nur bei einer Minderheit der erwerbstätigen Befragten.

Bemerkenswert ist, dass trotz weitverbreiteter Sorgen, Angst und Verunsicherung 80 Prozent der Befragten dem Umbau gegenüber positiv eingestellt sind, weil sie ihn für notwendig und wichtig halten. Die unangenehmen Gefühle führen offenbar nicht zu einer Ablehnung des Wandels, sondern die Befragten scheinen diese als Bestandteil des Wandels in Kauf zu nehmen.

Ältere und Menschen mit geringer Bildung und geringem Einkommen sind stärker besorgt

Insgesamt zeigt sich: Jüngere, Menschen mit (sehr) hoher Bildung, Besserverdienende und Befragte in Westdeutschland sowie tendenziell auch Menschen aus großen Städten schauen zuversichtlicher und weniger sorgenvoll auf den ökologischen Wirtschaftsumbau und seine Folgen.

Insbesondere in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen wird eher Besorgnis als Zuversicht geäußert: 63 Prozent fühlen sich durch den ökologischen Wirtschaftsumbau verunsichert, weil sie noch nicht einschätzen können, was auf sie zukommt. Nur 34 Prozent zeigen sich zuversichtlich, dass sich ihre Lebensqualität durch den Umbau verbessern werde. Bei den 14- bis 29-Jährigen ist es deutlich anders: Nur 48 Prozent fühlen sich verunsichert, während sich 55 Prozent zuversichtlich hinsichtlich einer Verbesserung ihrer Lebensqualität zeigen. Möglicherweise sehen die 50- bis 64-Jährigen, die im Vergleich zu den Jüngeren eher am Ende ihres Berufslebens stehen, weniger Möglichkeiten, sich noch auf den Wirtschaftsumbau einstellen und von ihm profitieren zu können, als die 14- bis 29-Jährigen.

Wenn man auf dem Land lebt und seinen Job verliert, ist es viel schwieriger.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 38 Jahre, aus Großstadt in Bayern

Je geringer die Bildung und das Pro-Kopf-Einkommen, desto weniger Zuversicht äußern die Befragten zur Verbesserung ihrer Lebensqualität und desto mehr Verunsicherung verspüren sie. Auch die Angst vor sozialem Abstieg und die Sorge, arbeitslos zu werden, ist bei diesen Menschen größer: 48 Prozent der Befragten mit einfacher Bildung und 54 Prozent der Befragten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen haben Angst vor einem sozialen Abstieg durch den ökologischen Wirtschaftsumbau. Von den erwerbstätigen Befragten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen äußern 42 Prozent die Sorge, dass sie aufgrund des ökologischen Wirtschaftsumbaus arbeitslos werden könnten, während nur 7 Prozent der erwerbstätigen Personen mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen diese Sorge haben.

In Ostdeutschland äußern sich 27 Prozent der Befragten zuversichtlich, dass sich ihre Lebensqualität verbessern wird, in Westdeutschland sind es 45 Prozent. Mit 72 Prozent der Befragten in Ostdeutschland zeigen sich deutlich mehr Menschen verunsichert als in Westdeutschland (55 Prozent).

Diese Ergebnisse zeigen eine zentrale Erkenntnis der Umweltbewusstseinsstudie 2022: Die Wirtschaft muss nicht nur ökologisch, sondern gleichzeitig sozial gerecht umgestaltet werden. Es braucht einen sozial-ökologischen Wirtschaftsumbau, der auch berufliche Perspektiven für Menschen mit einfacher Bildung, aus unteren Einkommensgruppen und aus wirtschaftlich weniger starken Regionen bietet.

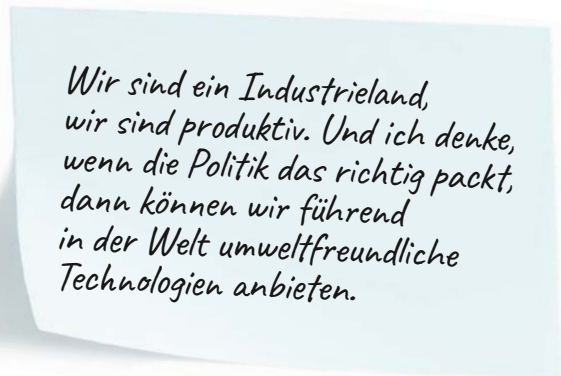
Ich glaube, dass so ein Wandel am Anfang auf jeden Fall zu einer sozialen Tragödie führen wird. Wenn man sich jetzt anschaut, wie die Leute leben, die Mindestlohn verdienen.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 24 Jahre, aus Großstadt in Baden-Württemberg

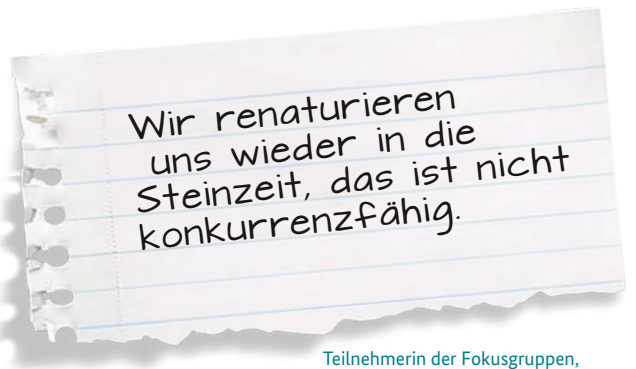
Erwartete wirtschaftliche, soziale und ökologische Effekte des ökologischen Wirtschaftsumbaus

Während sich die zuvor dargestellten Ergebnisse vor allem auf die persönlichen Effekte des ökologischen Wirtschaftsumbaus bezogen, geht es im Folgenden darum, was die Befragten zu den gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Umbaus erwarten.

Die meisten Befragten (69 Prozent) erwarten einen positiven Effekt auf die Umweltqualität durch den Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft (Abbildung 32). Jeweils 54 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass es positive Effekte auf die Gesundheit der Bevölkerung und auf die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele geben wird. Durch den Umbau besser vor den negativen Folgen des Klimawandels geschützt zu sein, erwarten 48 Prozent der Befragten. 44 Prozent denken, dass sich die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern werde, wobei 24 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen und 29 Prozent weder positive noch negative Effekte erwarten.

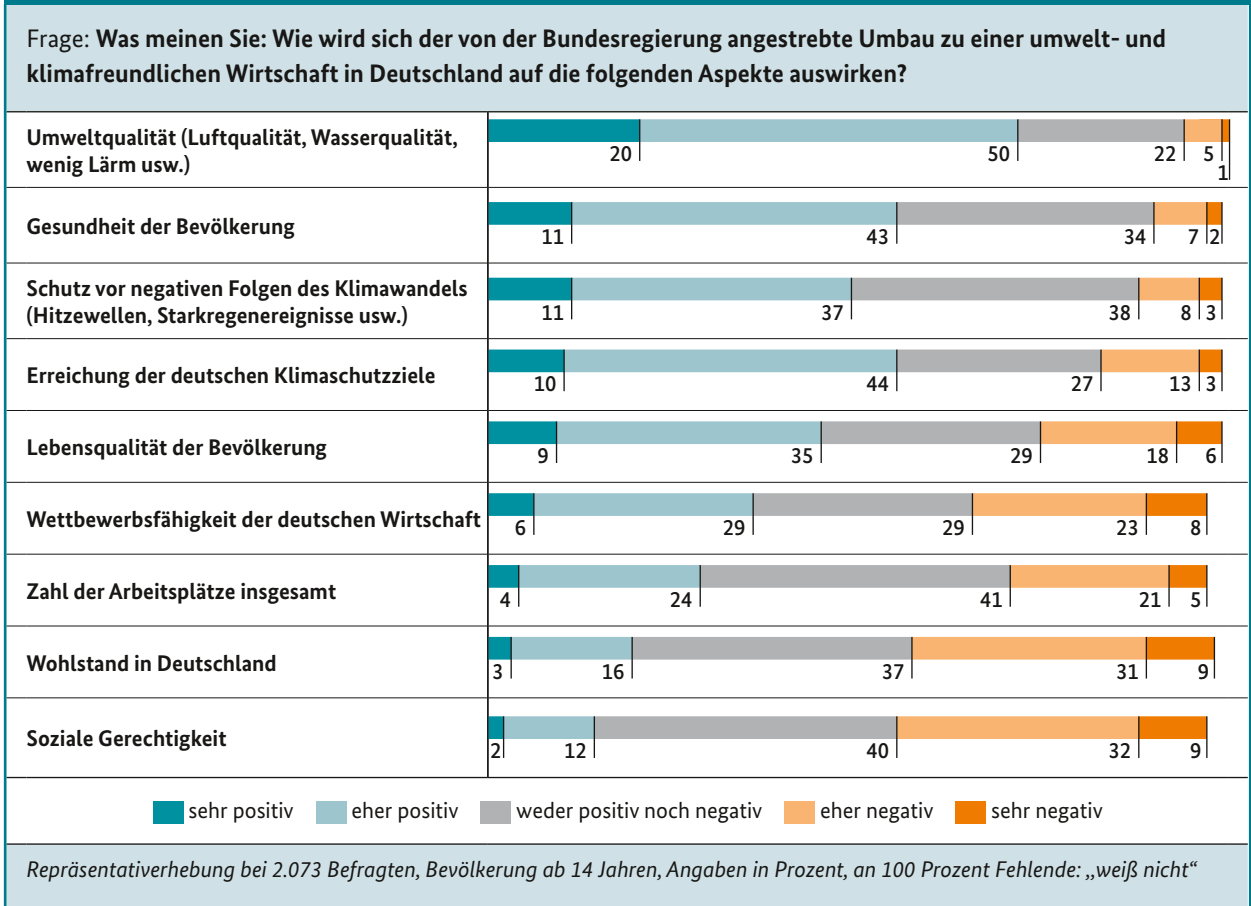


Teilnehmerin der Fokusgruppen, 60 Jahre, vom Land in Bayern



Teilnehmerin der Fokusgruppen, 47 Jahre, aus Berlin

Abbildung 32: Welche wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekte des ökologischen Wirtschaftsumbaus erwartet werden



Wir haben sicherlich viel Know-how hier in Deutschland, womit man viel reißen könnte, aber wenn man nicht in der Großstadt lebt und da nicht mal einen Internetanschluss hinkriegt.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 34 Jahre,
aus mittelgroßer Stadt in Nordrhein-Westfalen

Was die wirtschaftlichen Effekte betrifft, erwarten weniger Befragte positive Auswirkungen. 35 Prozent gehen davon aus, dass der Umbau die Wirtschaft wettbewerbsfähiger macht, allerdings erwarten hier fast ebenso viele (31 Prozent) das Gegenteil. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland: 28 Prozent der Befragten gehen von einer Zunahme durch den Wirtschaftsombau aus, wiederum fast genauso viele (26 Prozent) befürchten eine Abnahme. Während bei Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzangebot die erwarteten positiven Effekte noch etwas überwiegen, ist es beim Wohlstand und der sozialen Gerechtigkeit andersherum: 41 Prozent befürchten, dass der Wohlstand in Deutschland leiden wird, nur 19 Prozent gehen von einer Verbesserung aus. Dass der Umbau zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen wird, erwarten nur 14 Prozent der Befragten, 41 Prozent hingegen gehen von negativen Folgen aus.

Auch diese Ergebnisse verdeutlichen: Den ökologischen Wirtschaftsombau sozial gerecht zu gestalten, scheint eine Kernherausforderung und -aufgabe für die Politik zu sein.

Jüngere, hoch gebildete und Menschen aus Westdeutschland erwarten positivere Auswirkungen

Generell sehen jüngere Menschen, Menschen mit (sehr) hoher Bildung, Menschen in Westdeutschland sowie tendenziell auch Menschen aus großen Städten und mit höherem Einkommen mehr positive Konsequenzen durch den ökologischen Wirtschaftsombau.

Für alle abgefragten Folgen erwarten die 14- bis 29-Jährigen ausgeprägtere positive Folgen als die älteren Befragten. Wie schon bei der Frage nach den Gefühlen zu den erwarteten persönlichen Effekten des Wirtschaftsombaus (Abbildung 31) ist auch bei dieser Frage die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen diejenige, die am wenigsten positiv auf den ökologischen Wirtschaftsombau blickt. Eine verbesserte Lebensqualität etwa erwarten in dieser Altersgruppe 36 Prozent der Befragten – bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 58 Prozent.

Je höher der Bildungsgrad, desto mehr positive Konsequenzen werden dem ökologischen Wirtschaftsombau zugeschrieben. Diese Tendenz lässt sich für fast alle der abgefragten erwarteten Effekte feststellen. Besonders stark zeigt sie sich bezogen auf die Umweltqualität und die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele. Für die Umweltqualität beispielsweise werden sehr positive Auswirkungen von 31 Prozent der Befragten mit sehr hoher Bildung erwartet, von den Befragten mit einfacher Bildung werden diese nur von 11 Prozent erwartet.

Beim Einkommen lässt sich eine ähnliche, aber weniger stark ausgeprägte Tendenz wie beim Bildungsgrad feststellen. Für sieben der neun abgefragten Effekte findet sich der höchste Anteil an Einschätzungen zu negativen Auswirkungen in der Gruppe der Befragten mit geringem Einkommen.

Befragte in Ostdeutschland erwarten mehr negative Effekte und weniger positive Effekte als Befragte in Westdeutschland. Negative Konsequenzen für den Wohlstand sowie für die soziale Gerechtigkeit befürchten in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Menschen (53 beziehungsweise 54 Prozent), im Westen jeweils lediglich 38 Prozent.

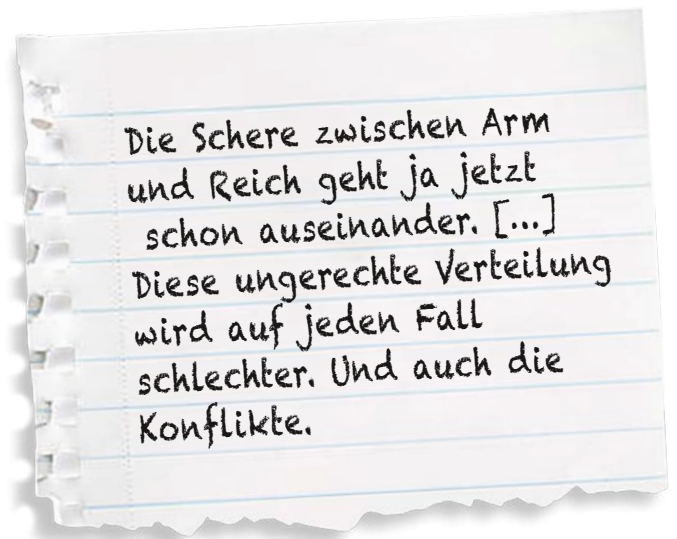
8.3 Soziale Gerechtigkeit als Kernherausforderung des Umbaus

Die Befragungsergebnisse zeigen deutlich, dass die sozial gerechte Gestaltung des ökologischen Wirtschaftsumbaus eine zentrale Aufgabe für die Politik darstellt. Insbesondere Menschen mit einfacher Bildung und mit geringem Einkommen sowie Menschen in Ostdeutschland äußern hier ausgeprägte Sorgen. Die folgenden Ergebnisse unterstreichen dies.

Starke Sorge, dass Einkommens- und Besitzunterschiede sowie gesellschaftliche Konflikte zunehmen

74 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich die Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland aufgrund des ökologischen Wirtschaftsumbaus vergrößern werden (Abbildung 33). 72 Prozent erwarten mehr gesellschaftliche Konflikte. 36 Prozent befürchten, dass sich die Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern verstärken werden, wobei hier 50 Prozent davon ausgehen, dass sich diese Unterschiede nicht verändern werden.

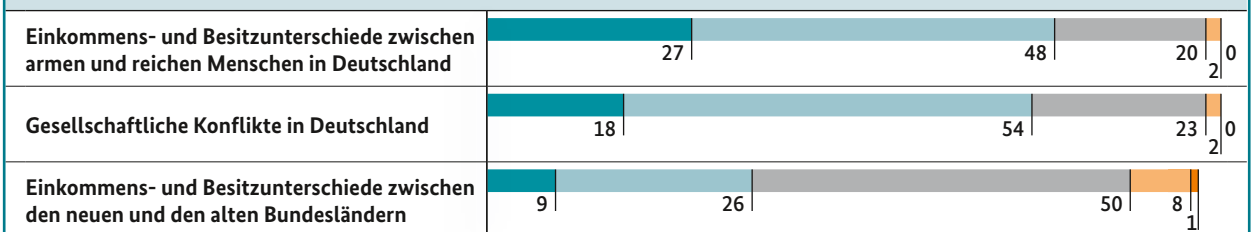
Gerade die Befürchtungen, dass gesellschaftliche Konflikte zunehmen und sich die Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland vergrößern könnten, sind stark ausgeprägt. Sie lassen sich so deuten, dass eine weit überwiegende Mehrheit der Befragten befürchtet, dass sich der soziale Frieden und die soziale Gerechtigkeit durch den ökologischen Wirtschaftsumbau verschlechtern könnten. Die Diskussionen in den Fokusgruppen bestätigen dies im Wesentlichen. Zudem äußerten einige Menschen die Befürchtung, dass soziale Unruhen sowie Protestbewegungen aufgrund steigender Ungleichheiten zunehmen könnten.



Teilnehmer der Fokusgruppen, 40 Jahre, aus Kleinstadt in Niedersachsen

Abbildung 33: Welche Veränderungen von Einkommens- und Besitzunterschieden und Konflikten durch den ökologischen Wirtschaftsumbau erwartet werden

Frage: Was meinen Sie: Werden durch den von der Bundesregierung angestrebten Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland Unterschiede und Konflikte innerhalb der Gesellschaft zunehmen oder abnehmen?



■ werden stark zunehmen
 ■ werden zunehmen
 ■ werden sich nicht verändern
■ werden abnehmen
 ■ werden stark abnehmen

Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

Gegenüber einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2021 (Gagné und Krause 2021), bei der 41 Prozent der Befragten erwarteten, dass stärkerer Klimaschutz die „Schere zwischen Arm und Reich“ in Deutschland vergrößert, zeigt sich in den Ergebnissen der Umweltbewusstseinsstudie 2022 ein deutlich höherer Wert: Hier erwarten 74 Prozent der Befragten eine Zunahme von Einkommens- und Besitzunterschieden zwischen armen und reichen Menschen. Diese Steigerung könnte durch die Energiekrise und die stark gestiegene Inflation infolge des Ukraine-Kriegs während der Durchführung der Befragung erklärbar sein.

Quer durch die Gesellschaft: stärkere Einkommens- und Besitzunterschiede sowie gesellschaftliche Konflikte befürchtet

In allen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen erwartet die deutliche Mehrheit, dass Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen armen und reichen Menschen sowie gesellschaftliche Konflikte durch den ökologischen Wirtschaftsumbau zunehmen werden. In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, bei den Menschen mit sehr hoher Bildung und jenen mit sehr hohem Einkommen sind diese Befürchtungen etwas geringer ausgeprägt. Etwa erwarten 63 Prozent der 14- bis 29-Jährigen größere Einkommens- und Besitzunterschiede, in den älteren Altersgruppen erwarten dies zwischen 75 und 79 Prozent. 64 Prozent der Menschen mit sehr hoher Bildung und 69 Prozent der Menschen mit sehr hohem Einkommen erwarten diesen Anstieg. In den anderen Bildungs- und Einkommensgruppen sind es zwischen 75 und 79 Prozent.

Unterschiede zwischen Befragten in West- und Ostdeutschland zeigen sich vor allem hinsichtlich der Einschätzung, ob Einkommens- und Besitzunterschiede zwischen West und Ost durch den ökologischen Wirtschaftsumbau zunehmen werden: Eine Mehrheit von 59 Prozent der Befragten in Ostdeutschland befürchtet dies, in Westdeutschland sind es nur 31 Prozent.

Irgendwie muss ja der kleine Mensch auf sich aufmerksam machen, also geht er natürlich auf die Straße. [...] Der Sommer, die schöne Jahreszeit, ist vorbei, und wenn sie weiter da so ihre Spielchen mit uns spielen, wird das auf jeden Fall wieder zunehmen. Ich glaube auch, dass der Mensch noch zu ganz anderen Sachen fähig ist.

Teilnehmerin der Fokusgruppen,
39 Jahre, aus mittelgroßer Stadt
in Sachsen-Anhalt

Teilnehmerin der Fokusgruppen, 39 Jahre,
aus mittelgroßer Stadt in Sachsen

Ein Auto dürfte jetzt nicht unerschwinglich werden. Ich glaube, das führt zu großen sozialen Ungerechtigkeiten.

Arme Menschen, Menschen auf dem Land und Ältere zu wenig einflussreich, Reiche zu einflussreich

Welche gesellschaftlichen Gruppen werden als potenzielle „Gewinner“, welche als „Verlierer“ des ökologischen Wirtschaftsumbaus angesehen? Und zwischen welchen Gruppen könnte es zu einer sozialen Spaltung kommen? Um zu diesen Fragen Einschätzungen von den Befragten zu erhalten, wurde gefragt, inwieweit unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der öffentlichen Diskussion zum ökologischen Wirtschaftsumbau als zu stark, angemessen oder zu wenig berücksichtigt angesehen werden. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass auch bei den Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Einflussnahme eine soziale Ungerechtigkeit wahrgenommen wird.

Eine Mehrheit von 65 Prozent der Befragten schätzt reiche Menschen in der öffentlichen Diskussion als zu stark beachtet ein (Abbildung 34). Mehrheitlich als zu wenig berücksichtigt schätzen 75 Prozent der Befragten arme Menschen ein. Für Menschen auf dem Land denken dies 65 Prozent und für ältere Menschen 54 Prozent. Aber auch jüngere Menschen und Menschen aus der Mittelschicht sieht fast die Hälfte der Befragten als zu wenig berücksichtigt an.

Es verdienen nicht alle gleich viel Geld und wenn alles teurer wird, dann tangiert das manche mehr als andere.

Teilnehmer der Fokusgruppen, 31 Jahre,
vom Land in Baden-Württemberg

Die Großen müssen was tun, wir können einen kleinen Beitrag leisten, aber Arbeitsplätze verlieren? Nein.

Teilnehmerin der Fokusgruppen, 41 Jahre,
aus mittelgroßer Stadt in Nordrhein-Westfalen

Diese Ergebnisse zeigen eine mögliche Erklärung für die sehr ausgeprägten Befürchtungen bei den Befragten, dass sich Einkommens- und Besitzunterschiede durch den ökologischen Wirtschaftsumbau verstärken werden (Abbildung 33): Wenn reiche Menschen als zu einflussreich und arme Menschen als zu wenig einflussreich wahrgenommen werden, ist die Befürchtung nachvollziehbar, dass sich Einkommens- und Besitzunterschiede weiter erhöhen könnten. Auch die Diskussionen in den Fokusgruppen weisen darauf hin, dass ärmere Menschen als benachteiligt wahrgenommen werden, während reiche Menschen sowie Unternehmen („die Großen“) stärker in der Pflicht gesehen werden, einen Beitrag zum Wirtschaftsumbau zu leisten.

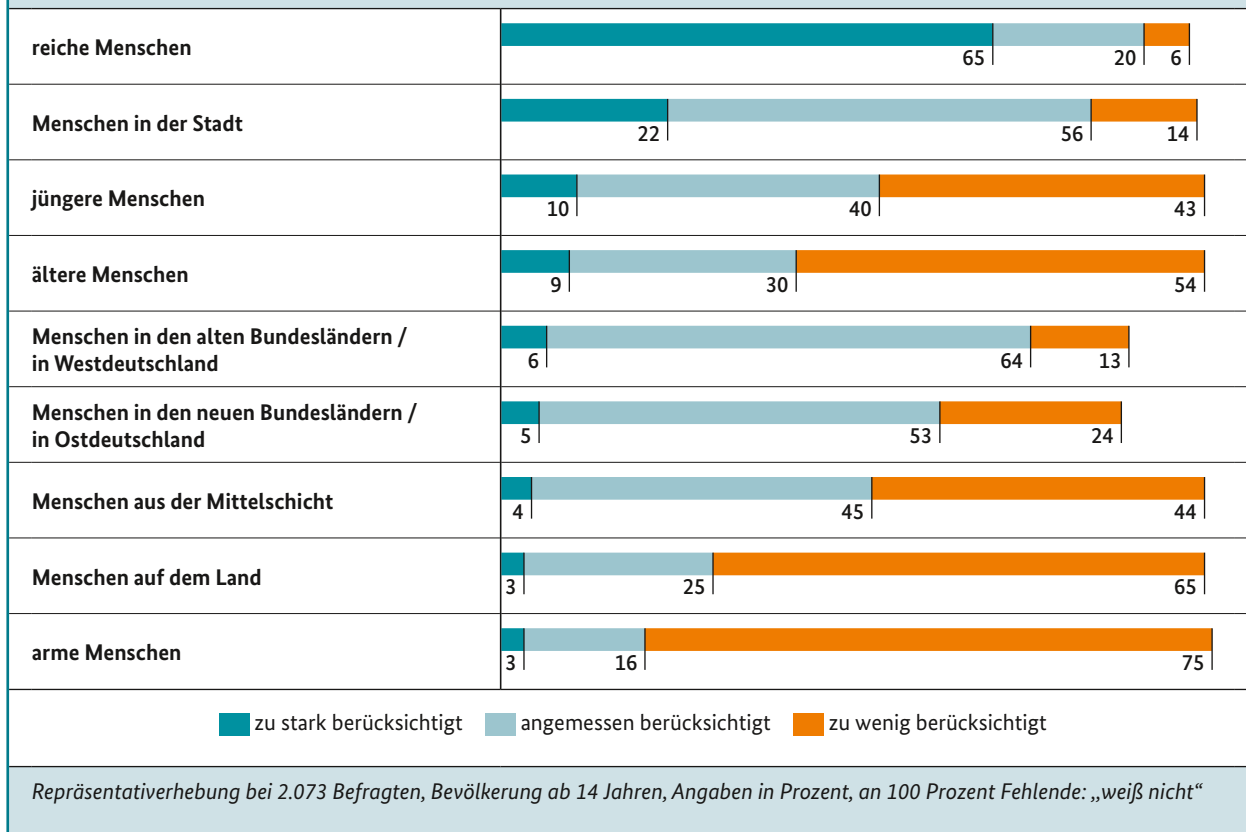
Auch Mehrheit der Einkommensstärksten sieht arme Menschen als zu wenig und reiche Menschen als zu stark berücksichtigt an

Zwar nimmt die Häufigkeit der Einschätzung, dass arme Menschen in der öffentlichen Diskussion zum ökologischen Wirtschaftsumbau zu wenig berücksichtigt werden, mit höherem Einkommen der Befragten ab, dennoch stimmen auch 71 Prozent der Befragten mit sehr hohem Einkommen dieser Einschätzung zu. Ebenfalls die Mehrheit der Befragten mit sehr hohem Einkommen (58 Prozent) gibt an, dass reiche Menschen – in anderen Worten: sie selbst – zu stark berücksichtigt werden. Folglich teilen auch reiche Menschen mehrheitlich die Meinung, dass arme Menschen zu wenig und reiche Menschen zu stark in der öffentlichen Diskussion berücksichtigt werden.

Es zeigt sich, dass es oftmals von der eigenen Gruppenzugehörigkeit abhängt, für wie angemessen die Berücksichtigung unterschiedlicher Gruppen in der öffentlichen Diskussion zum ökologischen Wirtschaftsumbau angesehen wird. Je jünger die Befragten sind, desto mehr stimmen sie zu, dass jüngere Menschen zu wenig berücksichtigt werden. Je älter sie sind, desto mehr sehen sie ältere Menschen als zu wenig berücksichtigt an. Je kleiner die Orte sind, in denen die Befragten leben, desto mehr nehmen sie Menschen auf dem Land als zu wenig berücksichtigt wahr. Befragte in Ostdeutschland geben mit 55 Prozent deutlich häufiger als Befragte in Westdeutschland mit 18 Prozent an, dass Menschen in Ostdeutschland zu wenig berücksichtigt werden.

Abbildung 34: Für wie angemessen berücksichtigt unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Diskussion zum Wirtschaftsumbau angesehen werden

Frage: **Was meinen Sie: Werden die Interessen der folgenden Personengruppen in der öffentlichen Diskussion zum Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland zu stark, angemessen oder zu wenig berücksichtigt?**



8.4 Wie handlungsbereit sind die Menschen und was erwarten sie von Staat und Wirtschaft?

Was tun die erwerbstätigen Menschen in Deutschland bereits und was sind sie bereit zu tun, um den umwelt- und klimafreundlichen Umbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen? Was erwarten sie von Unternehmen und Betrieben? Und was erwarten sie vom Staat? Um diese Fragen geht es in diesem Kapitel.

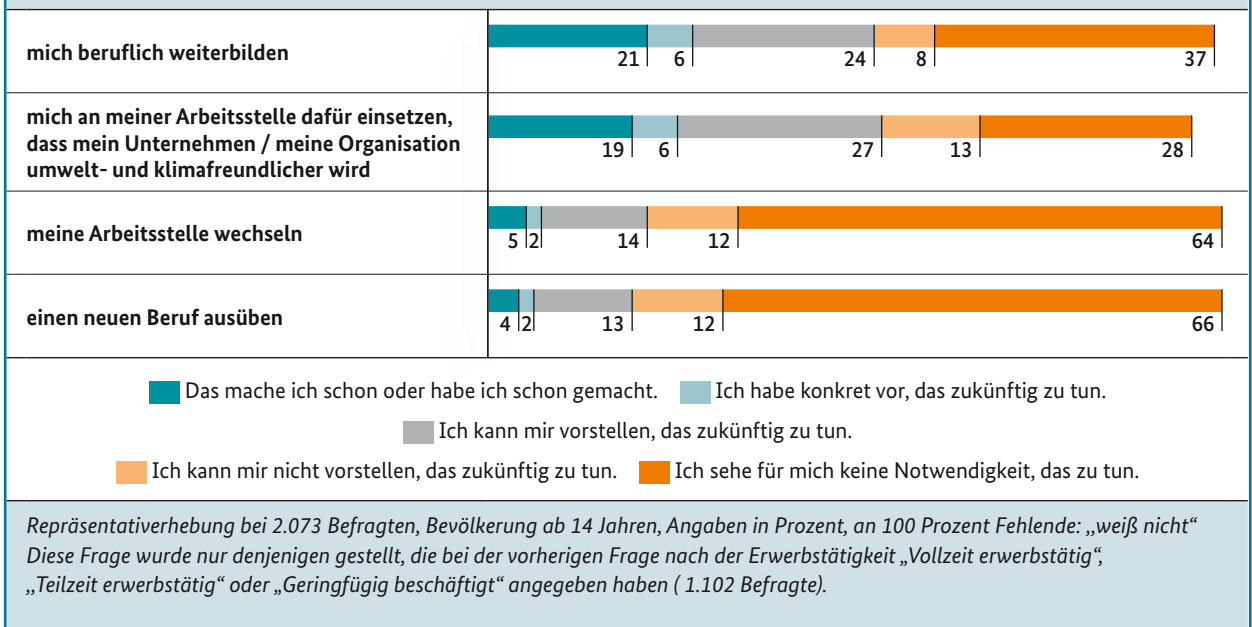
Weiterbildung und Umweltengagement am Arbeitsplatz: Die Befragten zeigen sich aktiv oder handlungsbereit

Zählt man die Prozentzahlen für das bereits umgesetzte Handeln und die Handlungsbereitschaften zusammen – also die Antwortoptionen „Das mache ich schon oder habe ich schon gemacht“, „Ich habe konkret vor, das

zukünftig zu tun“ und „Ich kann mir vorstellen, das zukünftig zu tun“ – ergibt sich folgendes Bild: Über 50 Prozent der erwerbstätigen Befragten zeigen sich bereits aktiv oder handlungsbereit hinsichtlich der eigenen beruflichen Weiterbildung und zum Engagement an der Arbeitsstelle für Umwelt- und Klimaschutz (Abbildung 35). Jeweils etwa 20 Prozent der erwerbstätigen Befragten haben sich laut eigener Aussage in der Vergangenheit bereits beruflich in Zusammenhang mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau weitergebildet beziehungsweise bei der Arbeit für den Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt. Und je rund 30 Prozent geben an, dies konkret vorzuhaben beziehungsweise sich für die Zukunft vorstellen zu können. 45 Prozent der erwerbstätigen Befragten können sich nicht vorstellen oder sehen keine Notwendigkeit, sich beruflich für den ökologischen Wirtschaftsumbau weiterzubilden. 41 Prozent sehen dies so hinsichtlich eines Engagements an der Arbeitsstelle für Umwelt- und Klimaschutz.

Abbildung 35: Was die Menschen im Zusammenhang mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau tun und tun wollen

Frage: Was tun Sie schon oder was sind Sie bereit zu tun im Zusammenhang mit dem angestrebten Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland?



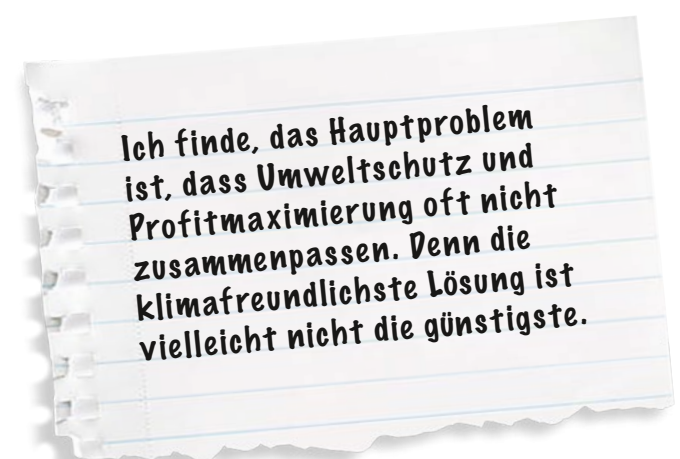
Weniger Menschen wechseln die Arbeitsstelle oder den Beruf – oder erwägen dies zu tun: nur 21 Prozent beziehungsweise 19 Prozent der erwerbstätigen Befragten. Rund zwei Drittel erachten derartige Wechsel für sich als nicht notwendig und 12 Prozent der Befragten können sich nicht vorstellen, dies zukünftig zu tun. Die Fokusgruppen machten zudem deutlich, dass Teilnehmende zwar häufig eine Notwendigkeit sehen, den Beruf zu wechseln oder sich weiterzubilden, jedoch unzufrieden mit den gebotenen Perspektiven sind.

Junge, gebildete und ärmere Menschen handeln eher oder sind dazu bereit

Wird das bereits umgesetzte Handeln gemeinsam mit der Handlungsbereitschaft betrachtet, zeigt sich: Je jünger die Befragten sind, desto eher bilden sie sich weiter, wechseln ihre Arbeitsstelle oder ihren Beruf – oder sind offen dafür. Je geringer das Einkommen, desto eher erwägen die Befragten ihre Arbeitsstelle oder den Beruf zu wechseln – oder tun dies bereits. Weiterbildung und Engagement am Arbeitsplatz für Umwelt und Klima wird umso öfter berichtet, je höher die Bildung ist. Zudem äußern Befragte in Westdeutschland häufiger, an der Arbeitsstelle für die Umwelt einzutreten (oder geben eine entsprechende Bereitschaft an) als Befragte in Ostdeutschland.

Hohe Erwartungen an Unternehmen und Betriebe beim ökologischen Wirtschaftsumbau in allen gesellschaftlichen Gruppen

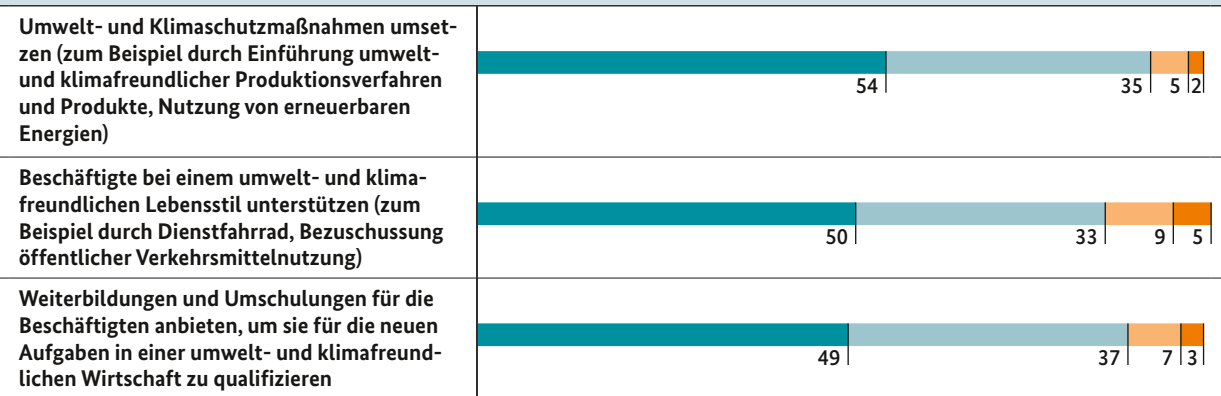
Die überwiegende Mehrheit der Befragten erwartet, dass Unternehmen und Betriebe den Umbau zu einer ökologischen Wirtschaft voranbringen sollen. 89 Prozent der Befragten stimmen zu, dass sie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen umsetzen sollten, indem sie etwa entsprechende Produktionsverfahren und Produkte einführen oder erneuerbare Energien nutzen (Abbildung 36). 86 Prozent erwarten von den Unter-



Teilnehmerin der Fokusgruppen,
47 Jahre, aus Berlin

Abbildung 36: Was von den Unternehmen und Betrieben beim ökologischen Wirtschaftsumbau erwartet wird

Frage: Was erwarten Sie von den Unternehmen und Betrieben in Deutschland beim Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland?



■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ stimme eher nicht zu ■ stimme überhaupt nicht zu

Repräsentativerhebung bei 2.073 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 Prozent Fehlende: „weiß nicht“

nehmen und Betrieben, dass sie Weiterbildungen und Umschulungen für die Beschäftigten anbieten, um sie für neue Aufgaben in einer ökologisch umgebauten Wirtschaft zu qualifizieren. 83 Prozent der Befragten stimmen zu, dass Unternehmen und Betriebe ihre Beschäftigten bei einem umwelt- und klimafreundlichen Lebensstil unterstützen sollten – etwa durch Dienstfahrräder oder die Bezuschussung öffentlicher Verkehrsmittelnutzung.

Ob alt oder jung, hoch oder gering gebildet, arm oder reich, Stadt oder Land, West oder Ost: Über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg sind die Erwartungen an Unternehmen und Betriebe hoch. In sämtlichen Gruppen stimmen bei allen Maßnahmen mindestens drei Viertel der Befragten zu. Es gibt nur leichte Tendenzen, dass mit höherer Bildung und höherem Einkommen sowie in Westdeutschland ausgeprägtere Erwartungen geäußert werden.

Hohe Erwartungen auch an den Staat bei der Gestaltung des ökologischen Wirtschaftsumbaus

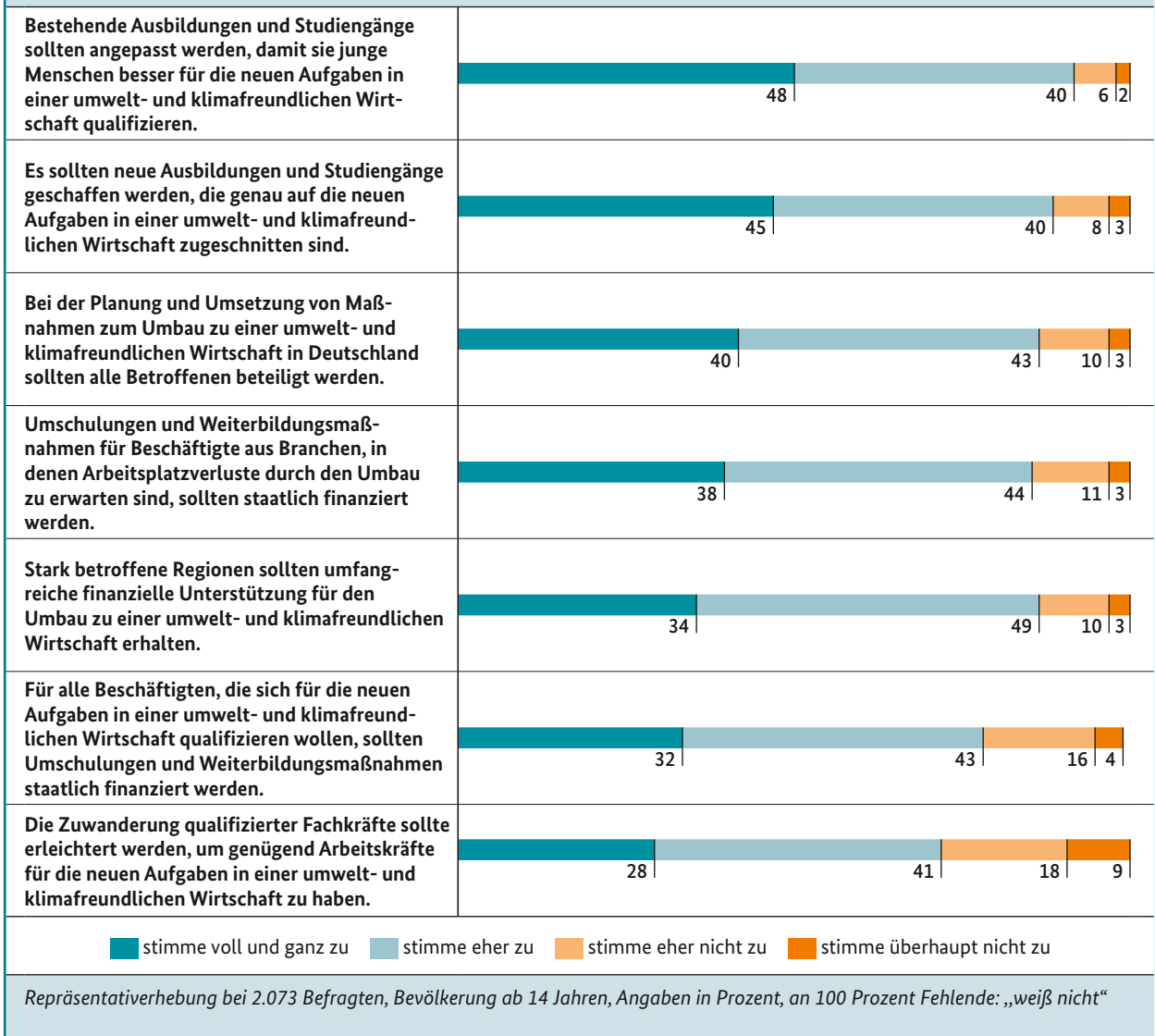
Auch zu den abgefragten staatlichen Maßnahmen gibt es sehr hohe Zustimmungswerte (Abbildung 37). Jeweils über 80 Prozent der Befragten stimmen zu, dass

- bestehende Ausbildungen und Studiengänge angepasst werden sollten, damit sie junge Menschen besser für die neuen Aufgaben in einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft qualifizieren,
- neue Ausbildungen und Studiengänge geschaffen werden sollten, die genau auf die neuen Aufgaben zugeschnitten sind,
- Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte aus Branchen, in denen Arbeitsplatzverluste durch den Umbau zu erwarten sind, staatlich finanziert werden sollten,
- stark betroffene Regionen umfangreich finanziell für den Wirtschaftsumbau unterstützt werden sollten und
- alle Betroffenen bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zum Wirtschaftsumbau in Deutschland beteiligt werden sollten.

75 Prozent der Befragten sprechen sich für eine staatliche Finanzierung von Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Beschäftigten aus, die sich für die neuen Aufgaben in einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft qualifizieren wollen. Und 69 Prozent stimmen einer erleichterten Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte zu, um genügend Arbeitskräfte für die neuen Aufgaben zu haben (Abbildung 37).

Abbildung 37: Was die Menschen vom Staat beim ökologischen Wirtschaftsumbau erwarten

Frage: Sie sehen jetzt einige Aussagen vor allem zu Maßnahmen des Staates, mit denen der angestrebte Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft in Deutschland unterstützt werden könnte. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen.



Ob der Staat Bildungsmaßnahmen für Beschäftigte aus Branchen mit Arbeitsplatzverlusten durch den Umbau finanzieren sowie stark betroffene Regionen finanziell unterstützen sollte, wurde bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2020 abgefragt. Damals gab es zu diesen Fragen, die sich besonders auf eine sozialverträgliche und sozial gerechte Gestaltung des Wirtschaftsumbaus beziehen, noch höhere Zustimmungswerte: 92 Prozent beziehungsweise 93 Prozent der Befragten stimmten diesen Maßnahmen zu (BMUV/UBA 2022).

In allen gesellschaftlichen Gruppen mindestens 50 Prozent Zustimmung für staatliche Maßnahmen

Insgesamt bewerten die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die staatlichen Maßnahmen beim Umbau zu einer umwelt- und klimafreundlichen Wirtschaft sehr ähnlich. In allen Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen, sowohl in städtischen wie ländlichen Regionen als auch in Ost- und Westdeutschland stimmen die Befragten den Maßnahmen mehrheitlich zu. Für alle Maßnahmen findet sich die höchste

Zustimmung in der Altersgruppe der Menschen ab 65 Jahren. Sie äußern die höchsten Erwartungen an den Staat beim Umbau der Wirtschaft.

Unterschiede zeigen sich vor allem beim Thema Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, um genügend Arbeitskräfte für die neuen Aufgaben zu haben: Menschen mit sehr hohem Bildungsniveau zeigen hier mit 78 Prozent eine höhere Zustimmung als andere Bildungsgruppen (65 bis 69 Prozent). Noch deutlicher fallen die Unterschiede beim Einkommen aus: 75 Prozent der Befragten aus der Gruppe mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen stimmen einer Zuwanderung von Fachkräften zu, aber nur 59 Prozent der Befragten aus der Gruppe mit niedrigem Einkommen.

Erwartungen an Staat und Wirtschaft sehr hoch, aber Bevölkerung zeigt sich selbst auch handlungsbereit

Insgesamt ergibt sich das Bild, dass die Menschen in Deutschland beim ökologischen Wirtschaftsumbau sehr viel vom Staat und von der Wirtschaft erwarten. Gleichzeitig sind über 50 Prozent der Erwerbstätigen bereit, sich selbst beruflich weiterzubilden und sich an der Arbeitsstelle für Umwelt- und Klimaschutz zu engagieren – oder sie tun dies bereits heute. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung den ökologischen Wirtschaftsumbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung begreift.

Dass die Rolle des Staates darin bestehen sollte, diesen Umbau sozialverträglich und sozial gerecht zu gestalten, ist aus den Kapiteln 8.1 bis 8.3 deutlich geworden. Es geht also um deutlich mehr als einen alleinigen Fokus auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit. Gerade in Zeiten von Energiekrise und Inflation ist bei dem ökologischen Wirtschaftsumbau die soziale Gerechtigkeit und die Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungsgruppen zentral – alt und jung, reich und arm, hoch und gering gebildet, in der Stadt und auf dem Land, in West und Ost. Die Aufgabe für den Staat ist es also, Umwelt- und Sozialpolitik stärker zusammenzudenken (Jacob et al. 2016, Petschow et al. 2021) und den Wirtschaftsumbau sozial und ökologisch zu gestalten. Auf das „und“ kommt es an. Denn nur, wenn die Kosten und Nutzen des umwelt- und klimafreundlichen Umbaus sozial gerecht verteilt werden, kann der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft von einer demokratischen Mehrheit getragen werden und somit langfristig funktionieren.

Literaturverzeichnis

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)/Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2022): Bericht zur Hochwasserkatastrophe 2021: Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Evaluierungsprozesse. www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2022/abschlussbericht-hochwasserkatastrophe.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)/Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2016

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)/Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2021): Zusatzbefragung im Rahmen der Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Themenbereich: Klimaanpassung. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2378/dokumente/tabellenband_ubs_zusatzbefragung_sept_2021_klimaanpassung.pdf

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)/Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2022): Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2020

Bundesnetzagentur/Bundeskartellamt (2022): Monitoringbericht 2021. www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/Monitoringbericht_Energie2021.pdf

Deutscher Wetterdienst (DWD) (Hrsg.) (2022): Klimatologischer Rückblick Sommer 2022. www.dwd.de/DE/leistungen/besondereereignisse/temperatur/20220921_bericht_sommer2022.pdf;jsessionid=CE6E1F327B1CA0FECF6BA5525616C426.live11053?__blob=publicationFile&v=6

Gagné, Jérémie; Krause, Laura-Kristine (2021): Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. More in Common e.V. Deutschland. www.moreincommon.de/klimazusammenhalt

Geiger, Sonja; Holzhauer, Brigitte (2020): Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins, TEXTE 25/2020, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/weiterentwicklung-skala-umweltbewusstsein

Helmcke, Stefan; Heuss, Ruth; Hieronimus, Solveigh; Enge, Hauke (2021): Net-Zero Deutschland. Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045, McKinsey & Company. www.mckinsey.de/news/presse/studie-net-zero-deutschland-klimaneutralitaet-chancen-herausforderungen

Hoch, Markus; Lambert, Jannis; Kirchner, Almut; Simpson, Richard; Sandhövel, Myrna; Mündlein, Tabea (2019): Jobwende-Effekte der Energiewende auf Arbeit und Beschäftigung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. www.library.fes.de/pdf-files/fes/15696-20210201.pdf

Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) (2019): The global assessment report on biodiversity and ecosystem services. Summary for policymakers, IPBES secretariat, Bonn, Germany. www.ipbes.net/sites/default/files/inline/files/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers.pdf

Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena; Weiland, Sabine; Range, Claire; Pestel, Nico; Sommer, Eric; Pohlmann, Jonas (2016): Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente, TEXTE 73/2016, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/verteilungswirkungen-umweltpolitischer-massnahmen

Kaltenborn, Bruno (2021): Auswirkungen der ökologischen Transformation: Beschäftigungseffekte des Klimaschutzes in Deutschland, Literaturstudie, Forschungsförderung Working Paper, Düsseldorf. www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008185

Mönnig, Anke; Lutz, Christian; Becker, Lisa; Maier, Tobias; Zika, Gerd (2021): Arbeitsmarkteffekte eines klimaneutralen Langfristpfads bis 2030 – Zusammenfassung der Ergebnisse, Kurzstudie im Auftrag der Stiftung Klimaneutralität, Osnabrück. www.stiftung-klima.de/app/uploads/2021/05/2021-05-18_Arbeitsmarkteffekte_KNDE.pdf

Mönnig, Anke; Schneemann, Christian; Weber, Enzo; Zika, Gerd (2020): Das Klimaschutzprogramm 2030 – Effekte auf Wirtschaft und Erwerbstätigkeit durch das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung, IAB-Discussion Paper No. 2/2020, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg. www.doku.iab.de/discussionpapers/2020/dp0220.pdf

Petschow, Ulrich; Rioussat, Pauline; Sharp, Helen; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena (2021): Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik – Systematisierung der sozialen Dimension von Umweltpolitik, TEXTE 133/2021, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-fuer-nachhaltigkeitspolitik

Robert Koch-Institut (RKI) (2022): Hitzebedingte Mortalität in Deutschland 2022, Epidemiologisches Bulletin 42/2022, Robert Koch-Institut, Berlin. www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2022/Ausgaben/42_22.pdf?__blob=publicationFile

Schunkert, Stephan; Siewert, Julia; Pitz, Paula; Paar, Angelika; Hertle, Hans; Berg, Fabian; Dittrich, Monika; Dingeldey, Miriam (2022): Der UBA-CO₂-Rechner für Privatpersonen. Hintergrundinformationen, TEXTE 97/2022, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/publikationen/der-uba-co2-rechner-fuer-privatpersonen

Umweltbundesamt (UBA) (2023): Tabellenband zur Umweltbewusstseinsstudie 2022. www.umweltbundesamt.de/dokument/ergebnisse-der-studie-umweltbewusstsein-in

Abkürzungsverzeichnis

BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
DWD	Deutscher Wetterdienst
EU	Europäische Union
FSC	Forest Stewardship Council (Zertifizierungsorganisation für nachhaltige Waldprodukte)
GOTS	Global Organic Textile Standard (Zertifizierungsorganisation für nachhaltige Textilien)
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
IPBES	Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Weltbiodiversitätsrat)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Weltklimarat)
ÖPV	Öffentlicher Personenverkehr
Pkw	Personenkraftwagen
RKI	Robert Koch-Institut
UBA	Umweltbundesamt

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wie wichtig die Menschen in Deutschland verschiedene politische Themen einschätzen (Zeitvergleich)	21
Abbildung 2: Einschätzung der Bedeutsamkeit von Umwelt- und Klimaschutz für andere Politikbereiche	22
Abbildung 3: Einschätzung der Bedeutsamkeit von Umwelt- und Klimaschutz für andere Politikbereiche (Zeitvergleich)	23
Abbildung 4: Zufriedenheit mit gesellschaftlichen Akteuren im Umwelt- und Klimaschutz	25
Abbildung 5: Wie das Engagement gesellschaftlicher Akteure für Umwelt- und Klimaschutz eingeschätzt wird (Zeitvergleich)	26
Abbildung 6: Planetare Grenzen	28
Abbildung 7: Wie gut sich die Menschen über Umweltthemen informiert fühlen	30
Abbildung 8: Wahrgenommene Bedrohlichkeit von Umweltproblemen	32
Abbildung 9: Wie wichtig die Menschen verschiedene Aufgabenbereiche im Umweltschutz finden	35
Abbildung 10: Wie die Folgen des Klimawandels in Deutschland wahrgenommen werden	39
Abbildung 11: Wie wichtig die Befragten unterschiedliche Aufgabenbereiche zur Anpassung an den Klimawandel wahrnehmen	40
Abbildung 12: Welche Veränderungen als dringend notwendig angesehen werden, um die Lebensqualität zu verbessern (Zeitvergleich)	43
Abbildung 13: Als wie schädlich verschiedene Umweltfaktoren wahrgenommen werden	45
Abbildung 14: Als wie schädlich verschiedene Umweltfaktoren wahrgenommen werden (Zeitvergleich)	46
Abbildung 15: Kenngröße Umweltaffekt	49
Abbildung 16: Emotionale Betroffenheit durch Umweltthemen	50
Abbildung 17: Kenngröße Umweltkognition	51
Abbildung 18: Kenngröße Umweltverhalten	53
Abbildung 19: Kenngröße Umweltverhalten (Zeitvergleich)	54
Abbildung 20: Kenngrößen des Umweltbewusstseins im Zeitvergleich	54
Abbildung 21: Kenngröße Umweltbewusstsein im soziodemografischen Vergleich	55
Abbildung 22: Anteil ausgewählter Einflussgrößen am CO ₂ -Fußabdruck	57
Abbildung 23: Bekanntheit und Kaufbereitschaft von Umweltzeichen	60
Abbildung 24: Zivilgesellschaftliches Engagement für Umwelt- und Klimaschutz	61
Abbildung 25: Wie veränderungsbereit die Menschen in ihrem Konsumhandeln sind	63
Abbildung 26: Wie veränderungsbereit die Menschen sind, sich für Umwelt und Klima zu engagieren	64
Abbildung 27: Wie Umweltbewegungen bewertet werden	65
Abbildung 28: Wie das Ziel eines umwelt- und klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft beurteilt wird	69
Abbildung 29: Wie die Befragten die Politik der Bundesregierung zum umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft beurteilen	70
Abbildung 30: Wie der Ukraine-Krieg die Einstellungen der Menschen zum ökologischen Wirtschaftsumbau beeinflusst	71
Abbildung 31: Welche Gefühle die Menschen mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau und erwarteten persönlichen Effekten verbinden	73
Abbildung 32: Welche wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekte des ökologischen Wirtschaftsumbaus erwartet werden	75
Abbildung 33: Welche Veränderungen von Einkommens- und Besitzunterschieden und Konflikten durch den ökologischen Wirtschaftsumbau erwartet werden	77
Abbildung 34: Für wie angemessen berücksichtigt unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Diskussion zum Wirtschaftsumbau angesehen werden	80
Abbildung 35: Was die Menschen im Zusammenhang mit dem ökologischen Wirtschaftsumbau tun und tun wollen	81
Abbildung 36: Was von den Unternehmen und Betrieben beim ökologischen Wirtschaftsumbau erwartet wird	82
Abbildung 37: Was die Menschen vom Staat beim ökologischen Wirtschaftsumbau erwarten	83

